



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie



# Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Januar 2015

## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
www.bmwi.de

### Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Redaktionsteam „Schlaglichter der  
Wirtschaftspolitik“

### Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

### Redaktionsschluss:

19. Dezember 2014

### Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

### Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/  
Bergmann (S. 2), picture alliance/dpa (S. 5), Fotolia365 –  
Fotolia.com (S. 6), vege - Fotolia.com (S. 7), BMWi/Andreas  
Mertens (S. 8), B. Boissonnet – mauritius images (S. 14),  
Lisa S. – shutterstock (S. 17), Akarapong – shutterstock (S. 18),  
Mopic – shutterstock (S. 19), Bundesregierung – Klaus  
Lehnartz (S. 21), mauritius images/imageBROKER/hwo (S. 25),  
ESA/Rosetta/NAVCAM – CC BY-SA IGO 3.0 (S. 27),  
ESA/Rosetta/MPS for OSIRIS Team MPS/UPD/LAM/IAA/  
SSO/INTA/UPM/DASP/IDA (S. 28 oben), ESA/Rosetta/  
Philae/CIVA (S. 28 unten)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des  
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.  
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum  
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung  
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen  
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder  
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und  
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für  
seine familienfreundliche Personalpolitik  
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von  
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der  
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



**Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:**  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmwi.de

**Zentraler Bestellservice:**  
Telefon: 030 182722721  
Bestellfax: 030 18102722721

# Inhalt

Editorial .....	2
<b>I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen .....</b>	<b>4</b>
Auf einen Blick .....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage .....	12
Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz.....	14
Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag.....	21
Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur.....	27
<b>II. Wirtschaftliche Lage .....</b>	<b>29</b>
Internationale Wirtschaftsentwicklung .....	30
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....	32
<b>III. Übersichten und Grafiken .....</b>	<b>45</b>
1. Gesamtwirtschaft .....	46
2. Produzierendes Gewerbe .....	54
3. Privater Konsum .....	62
4. Außenwirtschaft .....	64
5. Arbeitsmarkt .....	66
6. Preise .....	68
7. Monetäre Entwicklung .....	72
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse .....	74
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben .....	76

# Editorial



## Liebe Leserinnen und Leser!

Die Energiewende ist eines der bedeutendsten Zukunftsprojekte Deutschlands. Sie ist eine Generationenaufgabe, weil sie uns ehrgeizige ökologische Ziele setzt: Bis 2050 soll der Energieverbrauch um die Hälfte sinken, mindestens 80 Prozent des Stroms sollen dann aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Gleichzeitig ist die Energiewende auch eine große Chance für Deutschland, da sie den heimischen Unternehmen Geschäftsfelder eröffnet, dem Wissenschafts- und Technologiestandort neue Forschungsschwerpunkte bietet, Innovationen anstößt und vor allem Arbeitsplätze schafft.

Für die vor uns liegenden Herausforderungen der Energiewende verfügen wir über einen präzisen Fahrplan: In der 10-Punkte-Energie-Agenda haben wir die notwendigen Schritte für diese Legislaturperiode skizziert und sie inhaltlich und zeitlich miteinander verzahnt. Ein erstes wichtiges Etappenziel war die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die bereits im Sommer 2014 in Kraft getreten ist und den geplanten Ökostrom-Ausbau mit einer erhöhten Kosteneffizienz und besserer Planung verbindet.

Mit den Beschlüssen zum Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE), dem Fortschrittsbericht und dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 hat die Bundesregierung am 3. Dezember 2014 weitere zentrale Meilensteine zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende gesetzt. Der Fortschrittsbericht zeigt, wo wir stehen. Damit prüfen wir auch, ob die Ziele des Energiekonzepts erreicht werden. Handlungsbedarf gibt es vor allem bei der Energieeffizienz und beim Klimaschutz. Genau an diesen Punkten setzen wir mit dem NAPE an, dessen Handlungsstrategien in einem Artikel dieses Monatsberichts näher beschrieben werden. Das Ziel ist es, die Energieeffizienz zu einer zentralen Säule der Energiewende zu machen. Damit erhält das Thema Energieeinsparung nun endlich die Aufmerksamkeit, die es verdient. Schließlich gibt es zahlreiche Gründe, um sparsam mit Energie umzugehen:

- ▶ wir reduzieren Energiekosten und beleben damit auch die private Investitionstätigkeit,
- ▶ wir verringern unsere Abhängigkeit von importierten Brennstoffen,
- ▶ wir sichern Wachstum, Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze in unserem Land,
- ▶ und wir senken unsere Treibhausgasemissionen.

Historisch beispiellose Aufgaben erfordern enorme gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengungen. Das hat sich auch beim Aufbau Ost gezeigt, der im zweiten Schwerpunktartikel dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ thematisiert wird. Mittlerweile weisen die ostdeutschen Länder eine gute Lebensqualität, moderne Infrastruktur sowie innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur auf. Gleichwohl ist heute festzuhalten, dass die neuen Länder bei den wichtigsten Indikatoren für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch um 20 bis 30 Prozent hinter Westdeutschland zurückliegen. Um das im Grundgesetz verankerte Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen, ist daher auch zukünftig eine Förderung der strukturschwachen Regionen – übrigens auch der in Westdeutschland – erforderlich.

Auch bei der Lektüre der übrigen wirtschaftspolitischen Beiträge und Analysen wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

# I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

# Auf einen Blick

## Gabriel und Macron nehmen Experten-Empfehlungen zur Stärkung der Wirtschaft entgegen



Bundeswirtschaftsminister Gabriel und der französische Wirtschaftsminister Macron haben am 27. November 2014 in Paris eine von den Professoren Henrik Enderlein und Jean Pisani-Ferry in Auftrag gegebene Studie entgegengenommen. Die Untersuchung identifiziert den Bedarf an Strukturreformen und zusätzlichen öffentlichen Investitionen in Deutschland und Frankreich und unterbreitet den Regierungen beider Länder Vorschläge sowie konkrete Handlungsempfehlungen für wachstumssteigernde Maßnahmen. Die Vorschläge umfassen Wachstumsmaßnahmen auf nationaler Ebene in Deutschland und Frankreich, gemeinsame deutsch-französische Projektinitiativen und Maßnahmen auf EU-Ebene.

Beide Wirtschaftsminister haben die Studie begrüßt. Der Bericht beschreibe sehr umfassend die unterschiedlichen Reformnotwendigkeiten für beide Länder. Für Frankreich sind dies vor allem Maßnahmen zur Öffnung des Arbeitsmarktes und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, für Deutschland die Herausforderungen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und Defizite bei privaten und öffentlichen Investitionen.

Minister Gabriel betonte die Notwendigkeit beiderseitiger Reformen, damit Deutschland und Frankreich gemeinsam ihrer Rolle als Motor der europäischen Entwicklung wieder gerecht werden können. Er hob zwei Vorschläge besonders hervor: Die Autoren votierten für mehr Investitionen auf europäischer Ebene sowie für ein „wirtschaftliches Schengen-Abkommen in Europa“, d.h. für die Schaffung eines einheitlichen Regulierungsrahmens in zentralen Bereichen. In wichtigen Sektoren, wie zum Beispiel im Energiebereich, in der digitalen Wirtschaft, bei Dienstleistungen und auf den Arbeitsmärkten, sind Märkte in Europa – und die Rechtsrahmen und Institutionen, die sie regulieren – nach wie vor überwiegend national. In der Folge wird das ökonomische Potenzial Europas nicht ausgeschöpft. Eine verstärkte Zusammenarbeit in der EU könnte auf den Märkten zwischenstaatliche Barrieren abbauen und gemeinsame, moderne Rechtsrahmen schaffen. So böten beispielsweise eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und die Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen eine Perspektive für den Abbau von Mobilitätsbarrieren auf dem Arbeitsmarkt.

Deutsch-französische Initiativen haben das Potenzial, wichtige Weichenstellungen und Impulse für eine vertiefte Integration in Europa zu setzen. Eine mögliche Harmonisierung könnte zunächst von diesen beiden Ländern ausgehen, sollte aber für eine Beteiligung aller anderer EU-Mitgliedstaaten offenstehen.

Diese Vorschläge wurden auch bei dem Treffen der deutschen und französischen Wirtschafts- und Finanzminister und Zentralbankpräsidenten in Berlin am 2. Dezember 2014 begrüßt. Ein Schwerpunktthema der Sitzung des Rates war die Verstärkung der Investitionen in Europa, insbesondere im Zusammenhang mit der Initiative der Europäischen

Kommission. Die vier Minister beschlossen ein gemeinsames Papier mit dem Titel „Investitionen stärken, Europa voranbringen“. Es wurde vereinbart, gemeinsam konkrete Projekte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu definieren. Wichtige Felder seien insbesondere die digitale Infrastruktur, ein EU-Binnenmarkt für Energie sowie die technologische Entwicklung, z. B. im Bereich der Elektromobilität.

Kontakt: Christoph Menzel  
Referat: Wirtschaftspolitische Analysen

## Workshop „Makroökonomische Analyse von Strukturreformen“

Am 28. November 2014 veranstaltete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit Makroökonomien des Schwerpunktprogramms „Financial Market Imperfections and Macroeconomic Performance“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft einen Workshop zur modellbasierten Abschätzung makroökonomischer Effekte von Strukturreformen. Thema des ganztägigen Workshops war die Diskussion von gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen öffentlicher Investitionen und von Strukturreformen. Ein wesentliches Ziel dabei war es, den Austausch zwischen wirtschaftswissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Praxis zu fördern. Thematische Schwerpunkte der Veranstaltung waren die volkswirtschaftlichen Effekte öffentlicher Investitionen in Bildungsinstitutionen, von Reformen des Dienstleistungssektors und von Anpassungen des Rentensystems.

Empirische Analysen und Modellsimulationen haben in den vergangenen Jahren für die Wirtschaftspolitik an Bedeutung gewonnen. So nutzen der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und nationale Zentralbanken zunehmend diese Methoden, um geld- und finanzpolitische Maßnahmen zu evaluieren sowie strukturpolitische Empfehlungen als Bestandteil von Länderanalysen zu modellieren. Auch die Europäische Kommission legt regelmäßig modellbasierte Simulationsergebnisse von Strukturreformen vor. Auf nationaler Ebene, beispielsweise von Seiten des Nationalen Normenkontrollrats, wird eine Ex-ante-Evaluierung von wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Maßnahmen zunehmend gefordert.



Eine häufig zur Analyse von Strukturreformen verwendete Modellklasse sind sogenannte Dynamic Stochastic General Equilibrium (DSGE) Modelle. Dabei werden Strukturreformen als Schocks auf den allgemeinen Gleichgewichtszustand der Volkswirtschaft modelliert. Die resultierenden Anpassungsreaktionen auf Veränderungen bestimmter Teilaggregate des Bruttoinlandsprodukts, wie z. B. des privaten Konsums, der Unternehmensinvestitionen oder der öffentlichen Haushalte, können hiermit nachvollzogen und quantifiziert werden.



Eine Stärke von DSGE-Modellen im Vergleich zu „klassischen“ Makromodellen liegt in ihrer rigorosen mikroökonomischen Fundierung dynamischer makroökonomischer Zusammenhänge. Gegenüber rein partialanalytischen Modellen gewährleisten sie damit eine widerspruchsfreie Modellierung der Interaktion zwischen den einzelnen Entscheidungsträgern (private Haushalte, Unternehmen, Notenbank, Staat) und der Gesamtwirtschaft. Allerdings müssen in DSGE-Modellen zusätzlich bestimmte Variablen vom Benutzer gesetzt werden, um mit dem Modell ein möglichst präzises Abbild der tatsächlich beobachteten Daten zu erhalten. Diese manuellen Vorgaben sind dabei nicht frei vom Risiko einer Fehleinschätzung.

Folgende Forschungsprojekte wurden vorgestellt und unter den Teilnehmern diskutiert:

- ▶ *Tom Krebs (Universität Mannheim)* stellte in seinem DSGE-Modell mit heterogenen Haushalten und Humankapital die Wachstumseffekte staatlicher Investitionen in den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder von Alleinerziehenden dar. Zusätzliches Wachstum ergab sich dabei nicht nur auf direktem Wege, über die Integration von einem Fünftel der 1,3 Millionen alleinerziehenden Erwerbstätigen in den Arbeitsmarkt, sondern auch indirekt über deren verstärkte Aus- und Fortbildungsbemühungen.
- ▶ *Keith Kuester (Universität Bonn)* nutzte ein neu-keynesianisches DSGE-Modell mit Friktionen auf Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkten, um die Auswirkungen verschiedener Reformmaßnahmen abzuschätzen – z. B. von stärkerem Wettbewerb unter Güter-Produzenten, geringeren Marktzutrittsschranken im Dienstleistungssektor oder von Änderungen in der Verhandlungsmacht von Tarifpartnern. Ihm zufolge liefert das Modell dabei nur erste Anhaltspunkte zur Auswahl wachstumsrelevanter Maßnahmen, die anschließend tiefergehend untersucht werden müssten.
- ▶ *Alexander Ludwig (Universität Frankfurt)* widmete sich in seinem Vortrag den Auswirkungen diverser Arbeitsmarkt- und Rentenreformen auf das langfristige Arbeitsangebot und das Wohlstandsniveau (BIP pro Kopf). Dabei stellte er die komplexen Modellanforderungen dar, um Aspekte des demografischen Wandels mit strukturellen Politikreformen und endogenen Haushalts- und Unternehmensreaktionen zu verknüpfen.



- ▶ Ein allgemeines Gleichgewichtsmodell mit heterogenen Wirtschaftssubjekten verwendete *Maik Heinemann (Universität Potsdam)* für die Frage, welche regulatorischen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Unternehmertum und Firmengründungen beeinflussen. Strengere Finanzierungsbedingungen reduzieren demnach die durchschnittliche Firmengröße und wirken sich nachteilig auf die gesamtwirtschaftliche Erzeugung aus.

Carl Christian von Weizsäcker, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, zog aus den Erfahrungen mit hochkomplexen gesamtwirtschaftlichen Modellen der 70er Jahre abschließend die Lehre, dass die Transmissionskanäle des gewählten Modellansatzes stets intuitiv nachvollziehbar sein müssten. Bei DSGE-Modellen sei dabei von Vorteil, dass nur der jeweils für den Forschungszweck relevante Teil im Detail modelliert werden müsste, während die übrigen Wirkungskanäle relativ abstrakt gehalten werden könnten.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird auch zukünftig evidenzbasierte Wirtschaftspolitik mit Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung diskutieren und die wertvollen Erkenntnisse dieses Workshops darin einfließen lassen.

Kontakt: André Eid  
Referat: Wirtschaftspolitische Analysen

## Energieeffizienz wird zur zweiten Säule der Energiewende

Das Bundeskabinett hat am 3. Dezember 2014 mit dem ersten *Fortschrittsbericht zur Energiewende*, dem *Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)* und dem *Aktionsprogramm Klimaschutz 2020* weitreichende energiepolitische Beschlüsse gefasst.

Auf Grundlage einer mehrjährigen Datenbasis und vertiefter Analysen beschreibt der Fortschrittsbericht zur Energiewende alle drei Jahre den Stand der Energiewende. Er ist Teil des Monitoringprozesses „Energie der Zukunft“ der Bundesregierung. Zudem stellt der Bericht weitere Maßnahmen vor, wie die Energiewende umgesetzt und die gesetzten Ziele erreicht werden können. Eine unabhängige Kommission aus vier renommierten Energie-Experten begleitet den Monitoringprozess. Der Vorsitzende der Kommission, Herr Prof. Dr. Löschel, hat Herrn Bundesminister Gabriel am 2. Dezember 2014 eine Stellungnahme zum Fortschrittsbericht überreicht.

Um die Steigerung der Energieeffizienz neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien zur zweiten Säule der Energiewende zu machen, hat die Bundesregierung mit dem NAPE eine umfassende Strategie auf den Weg gebracht. Der Aktionsplan setzt auf einen intelligenten Mix aus Beraten und Informieren, Fördern und Fordern. Seine wichtigsten Elemente sind der Vorschlag, eine steuerliche Förderung von energetischen Gebäudesanierungen einzuführen, die Aufstockung der Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm und wettbewerbliche Ausschreibungen für Energiesparprojekte mit einem angestrebten Fördervolumen im dreistelligen Millionenbereich pro Jahr. Auch die Stärkung des Marktes für Energieeffizienz sowie eine gemeinsame Initiative mit der Wirtschaft, bis zu 500 Energieeffizienz-Netzwerke zu etablieren, sind wesentliche Bestandteile.

Das erfolgreiche CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm der KfW, das energieeffizientes Bauen und Sanieren durch Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen fördert, wird um 200 Millionen Euro auf insgesamt zwei Milliarden Euro pro Jahr aufgestockt. Dazu kommt eine weitere Option: Private Haus- und Wohnungseigentümer, die ihr Haus oder ihre Wohnung selbst nutzen, sollen energetische Sanierungsmaßnahmen steuerlich geltend machen können. Vorgesehen ist hierfür ein Volumen von einer Milliarde Euro pro Jahr bis 2019. Allein für die energetische Gebäudesanierung stehen damit Mittel in Höhe von drei Milliarden Euro pro Jahr bereit. Zur Umsetzung der steuerlichen Förderung von Effizienzmaßnahmen im Gebäudesektor wird die Bundesregierung



Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel

Gespräche mit den Ländern führen, mit dem Ziel, spätestens Ende Februar 2015 eine finale Entscheidung zu treffen.

Insgesamt sollen mit dem NAPE 390 bis 460 Petajoule (PJ) Energie eingespart werden. Dies entspricht in etwa dem Energieverbrauch von Bremen und Thüringen zusammen. Zusätzliche Energieeinsparungen in einer Größenordnung von 110 bis 160 PJ werden mit Maßnahmen im Verkehrsbereich angestrebt. Mit den Maßnahmen des NAPE können bis 2020 zusätzliche Investitionen von über 80 Milliarden Euro angestoßen werden. Dies ist ein weiterer wichtiger Beitrag, um das nationale Klimaschutzziel zur Minderung der Treibhausgasemissionen für 2020 zu erreichen. Hier muss der Stromsektor wie alle übrigen Sektoren einen zusätzlichen Minderungsbeitrag erbringen.

Zusammen mit dem Fortschrittsbericht und dem NAPE wurde das Aktionsprogramm Klimaschutz beschlossen. Dieses benennt ein umfangreiches Paket von Maßnahmen, die das Erreichen des deutschen Klimaschutzzieles für 2020 sicherstellen sollen.

Im Kabinett wurde außerdem die Novelle der Ausgleichsmechanismusverordnung beschlossen. Diese Novelle sorgt dafür, dass die EEG-Umlage transparenter ermittelt wird. Zudem wird es einfacher, sie auch von Eigenversorgern zu erheben, indem die Aufgabe der Erhebung weitgehend auf die Verteilnetzbetreiber übertragen wird.

Alle Neuerungen und weitergehende Informationen finden Sie auf der Website [www.bmwi.de/go/energiewende](http://www.bmwi.de/go/energiewende).

Kontakt: Dr. Konstantin Kolloge  
Referat: Koordinierung, Länder, Information und Dialogprozesse

## Denkräume zur „Sharing Economy“ mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Sascha Lobo

Stehen wir am Anfang von etwas, das im Ausmaß und in den Auswirkungen der Globalisierung entspricht? Ist die „Sharing Economy“ tatsächlich eine neue Form des Teilens, der gegenseitigen Hilfe, oder breitet sich ein aggressiver „Plattform-Kapitalismus“ aus? Über diese und andere Fragen haben Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft am 11. Dezember 2014 mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und dem Blogger, Buchautor und Journalisten Sascha Lobo diskutiert.

Die „Denkräume“ sind ein neues Veranstaltungsformat im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, bei dem die Diskussion mit einem ausgewählten Publikum über aktuelle wirtschaftspolitische Fragen im Mittelpunkt steht. Im Dezember waren Schriftsteller, Schauspieler, Regisseure, sonstige Kulturschaffende, Politiker und Wissenschaftler eingeladen, um über das neue Phänomen der „Sharing Economy“ miteinander zu diskutieren. Bundeswirtschaftsminister Gabriel führte in das Thema ein.

Schon der Begriff der „Sharing Economy“ bietet Zündstoff: Handelt es sich um reine Nachbarschaftshilfe über eine digitale Plattform, die gleichzeitig die Möglichkeit eines geringfügigen Nebenerwerbs bringt, oder geht es um neue Unternehmensformen, die keinen Regeln unterliegen und traditionelle Dienstleister verdrängen?

Bundeswirtschaftsminister Gabriel betonte, dass die neuen Geschäftsmodelle in bestimmten Bereichen einen erheblichen Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft bewirken. Die Chancen und Gefahren dieser Entwicklung müssten ausgelotet werden.

Für Sascha Lobo ist zum Beispiel das Ziel des Internet-Transportvermittlers Uber die Beherrschung des Transportmarktes überhaupt. Es gehe um Kontrolle, letztlich die Schaffung eines Monopols. Das Mittel dafür sei die digitale Plattform: Diese bewirke eine dramatische Senkung der Markteintrittsbarrieren, weil jeder sehr einfach jederzeit mitmachen könne. Aus zufälligen Fahrern würden Anbieter von Fahr-Dienstleistungen, die keinerlei wirtschaftlichem Druck unterlägen. Daraus entstehe ein Überangebot, das zum Preisverfall führe. Uber-Fahrer seien Quasi-Selbstständige, die über keinerlei sozialen Schutz verfügen und zu minimalem Lohn fahren. Hier stelle sich die Frage nach einem Mindestlohn für Selbstständige.

Eine Plattform sei nichts weiter als vernetzte Software. Überhaupt sei auch für die traditionelle Industrie die Software in der Zukunft entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit. So, wie es bei Handys nicht mehr auf die Hardware, sondern nur noch auf die Software ankomme, sei in fünf, spätestens aber in zehn Jahren die Software, auch zum Beispiel für den Autokauf, maßgeblich.

Heftig diskutiert haben die Teilnehmer über die Frage, ob – und wenn ja, welche – Regulierungen für die „Sharing Economy“ nötig seien. Dabei war schnell Einigkeit erzielt, dass Phänomene wie die „Sharing Economy“ nicht verboten werden können, sondern vom Gesetzgeber „begleitet“ werden müssen. Strittig aber blieb, ob dafür die traditionellen Instrumente, z. B. des Wettbewerbs-, Gewerbe- und Steuerrechts, ausreichen und für die analoge wie für die digitale Welt gleichermaßen gelten. Damit hängt auch die Frage zusammen, ob neue Regeln geschaffen werden müssen, um Werte (wie z. B. Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz) in der digitalen Welt zu erhalten, auf die die traditionellen Prinzipien und Instrumente nicht passen.

Bundeswirtschaftsminister Gabriel betonte, es sei wichtig, Lösungen zu finden, die die Verbraucher- und andere Schutzrechte sowie Arbeits- und Sozialstandards wahren und Wettbewerb ermöglichen.

Aus Sicht der Diskussionsteilnehmer bewirkt die „Sharing Economy“ eine Ökonomisierung von sozialen Beziehungen, die in diesem Ausmaß neu sei. Google und Facebook hätten faktisch durch die Entscheidungen der Nutzer Monopolstellungen erlangt. Wie darauf regulatorisch reagiert werden könne, sei noch völlig offen.

Bundeswirtschaftsminister Gabriel bestätigte, das Erscheinungsbild der „Sharing Economy“ sei sehr heterogen und in jedem Geschäftsfeld seien die Rahmenbedingungen genau zu prüfen.

Insgesamt erwies sich die Veranstaltung als „Think Tank“ im besten Sinne. In entspannter Atmosphäre wurden viele Ideen und Fragen diskutiert, die die Wirtschaftspolitik vor neue Herausforderungen stellen.

Kontakt: Dr. Kirstin Pukall  
Referat: Grundsatzfragen der Dienstleistungswirtschaft

## Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

<b>Januar 2015</b>	
01.01.	Lettland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft
07.01.	Arbeitsmarktdaten Dezember 2014
08.01.	Auftragseingang in der Industrie (November)
09.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
13.01.	Industrieproduktion (EU) November 2014
14.01.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
26./27.01.	Eurogruppe/ECOFIN in Brüssel
Ende Januar	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
31.01.	Arbeitslosigkeit (EU) im Dezember
<b>Februar 2015</b>	
05.02.	Auftragseingang in der Industrie (Dezember)
06.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
11.02.	Industrieproduktion (EU) Dezember
12.02.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12./13.02.	(Informeller) Europäischer Rat in Brüssel
26./27.02.	Informeller Handelsministerrat
Ende Februar	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>März 2015</b>	
02./03.03.	Wettbewerbsfähigkeitsrat in Brüssel
05.03.	Energierat in Brüssel
05.03.	Auftragseingang in der Industrie (Januar)
06.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
09./10.03	Eurogruppe/ECOFIN in Brüssel
11.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
19./20.03	Europäischer Rat in Brüssel
26./27.03.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende März	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

### In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:  
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

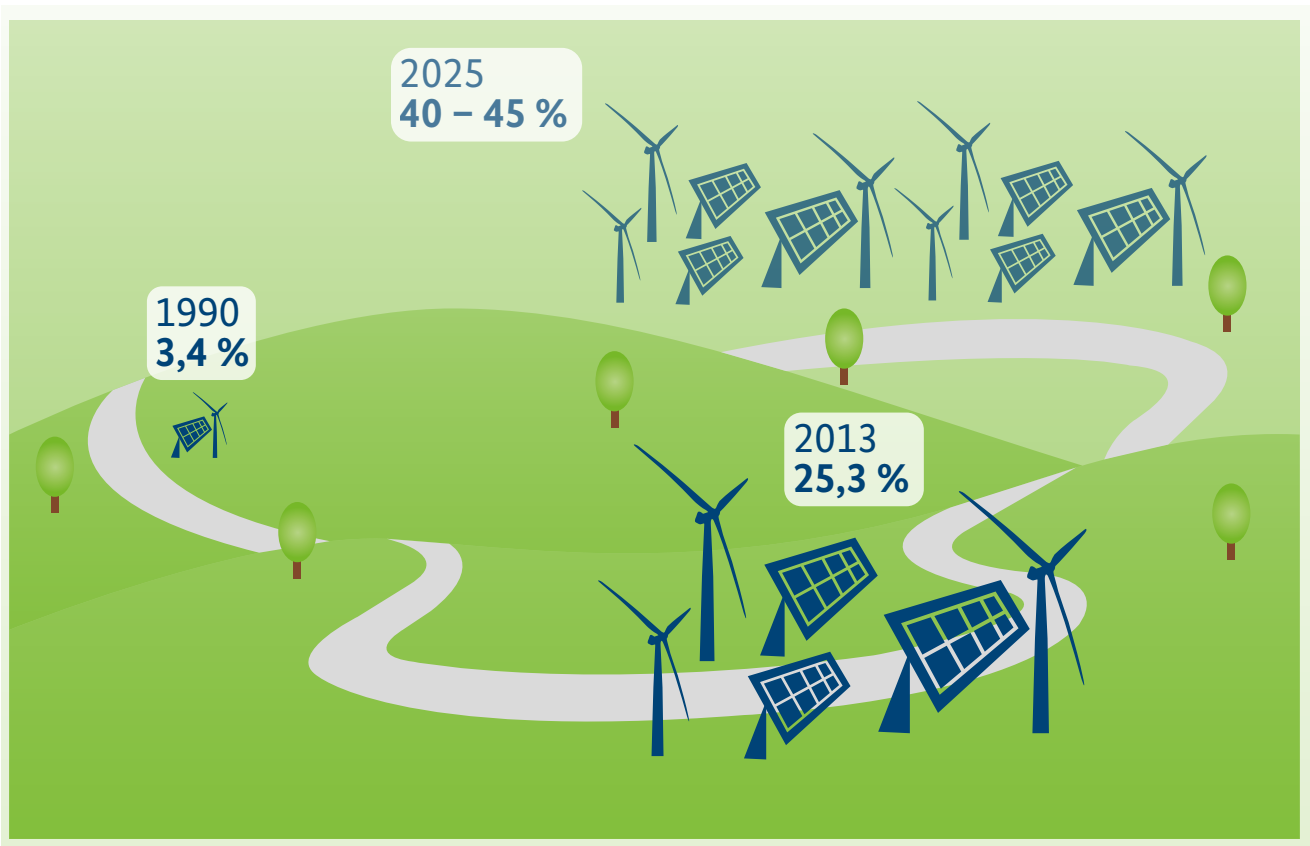


## Grafik des Monats

### Mit der grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes am 1. August 2014 (EEG 2014) ...

... wurde erstmals ein Zielkorridor für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor festgelegt. Demnach soll bis zum Jahr 2025 der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Bruttostromverbrauch in Deutschland auf 40 bis 45 Prozent steigen. Bereits in den vergangenen Jahren ist dieser Anteil deutlich gestiegen. Er lag im Jahr 2013 bei 25,3 Prozent und hat sich damit in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien entwickelt sich damit im Einklang mit dem Zielkorridor des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Durch den gesetzlich verankerten Ausbaukorridor wird der Ausbau erneuerbarer Energien zielgenauer gesteuert. Dies schafft Planungssicherheit auch für die konventionelle Stromversorgung, den Ausbau der Stromnetze und die Entwicklung des Strommarktes.

### Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland



Quelle: BMWi auf Basis der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik

# Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die Erholung der deutschen Wirtschaft verläuft gegenwärtig noch mit geringer Dynamik.
- ▶ Vor dem Hintergrund einer nach wie vor gedämpften außenwirtschaftlichen Entwicklung gibt es dennoch positive konjunkturelle Signale. Wichtige Stimmungsindikatoren haben sich etwas aufgehellt, die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich stabilisiert und die Auftragseingänge in der Industrie haben angezogen.
- ▶ Der Arbeitsmarkt ist weiterhin robust, der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort. Der private Konsum wird daher weiterhin die Binnennachfrage stützen.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft kommt vorerst nur zögerlich voran.<sup>1</sup> Das außenwirtschaftliche Umfeld zeigt sich nach wie vor wenig dynamisch und bleibt fragil. Dennoch senden aktuelle Konjunkturindikatoren erste positive Signale. Nach dem leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal, der auch durch Sondereffekte bedingt war, hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung im dritten Quartal bereits wieder geringfügig erhöht. Das Bruttoinlandsprodukt nahm um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal zu.<sup>2</sup> Während die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten nochmals leicht zurückgingen, stützten die privaten und staatlichen Konsumausgaben und der Anstieg der Nettoexporte die Nachfrage. Zu Beginn des Jahreschlussquartals hat sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe stabilisiert und die Auftragseingänge zogen an. Die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen setzten ihren leichten Aufwärtstrend fort und die Einzelhandelsumsätze belebten sich ebenfalls. Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich zuletzt wieder etwas gefestigt. Sowohl das ifo Geschäftsklima als auch die ZEW-Konjunkturerwartungen hellten sich auf. Der schwächere Euro und die günstigeren Ölpreise dürften mittelfristig belebend wirken. Insgesamt mehren sich Signale, die für eine sich allmählich verstärkende Erholung sprechen.

Allerdings gewinnt die Weltwirtschaft bis jetzt nur wenig an Fahrt. Die Weltindustrieproduktion hat im dritten Quartal nur leicht zugenommen. Die stärkeren Impulse gingen

wiederholt von den Vereinigten Staaten und den Schwellenländern Asiens aus. Schwach entwickelte sich vor allem die Produktion in Japan, aber auch im Euroraum. Die einschlägigen Frühindikatoren für die globale Wirtschaft senden gemischte Signale und deuten noch nicht auf eine Beschleunigung hin. Die Entwicklung der Ölpreise könnte allerdings für positive Impulse sorgen. Die großen internationalen Organisationen IWF und OECD haben in ihren jüngeren Prognosen ihre Einschätzung für das Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2014 auf +3,3 % zurückgenommen. Für das Jahr 2015 erwarten sie lediglich eine geringe Beschleunigung auf +3,7 % (OECD) bzw. +3,8 % (IWF).

Trotz weiterhin zögerlicher Erholung der Weltkonjunktur gab es zuletzt einige positive Signale für das deutsche Auslandsgeschäft. Nach den Zahlungsbilanzdaten der Deutschen Bundesbank sind die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen auch im Oktober um 0,8 % gestiegen (nominal). In der Tendenz lässt sich seit dem Frühjahr eine leichte Aufwärtsbewegung beobachten. Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen gingen im Oktober unter dem Einfluss fallender Energiepreise um 1,9 % zurück. Dennoch ist auch bei ihnen ein leichter Aufwärtstrend zu beobachten. Zudem fielen einige Frühindikatoren zuletzt wieder günstiger aus. Die kurzfristigen Exporterwartungen der Unternehmen haben sich im Oktober und November etwas aufgehellt und die Auftragseingänge aus dem Ausland legten im Oktober deutlich zu. Zudem erhöht der schwächere Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure.

Im Produzierenden Gewerbe hat sich die Produktion stabilisiert. Nach der Abschwächung im Sommerhalbjahr erhöhte sich die Erzeugung im Oktober um 0,2 %. Die größeren Impulse kamen dabei vom Baugewerbe (+1,4 %). Die Industrieproduktion wurde nur wenig ausgeweitet (+0,2 %). Obwohl die Mehrmonatsvergleiche überwiegend noch negative Vorzeichen aufweisen, deuten die Produktionsanstiege im September und Oktober darauf hin, dass die Talsohle durchschritten wurde. Hierfür spricht auch der spürbare Anstieg der Umsätze und der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober. Die Auftragseingänge, die sich im bisherigen Jahresverlauf seitwärts entwickelten, nahmen im September und Oktober spürbar um 1,1 % bzw. 2,5 % zu. Im Oktober waren es vor allem die inländischen Aufträge, die sich erholten (+5,3 %). Auch das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe hellte sich laut

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Dezember 2014 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

ifo Konjunkturtest im November nach sechsmonatiger Eintrübung erstmals wieder auf. Allerdings fiel der Markt/BME-Einkaufsmanager-Index für die Industrie im November auf seinen tiefsten Stand im Jahr 2014. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe entwickelten sich im laufenden Jahr tendenziell rückläufig und die Baugenehmigungen für Wohnbauten büßten ihre Dynamik ein. Angesichts der nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen für den Bau ist hier aber nicht mit einer längeren Durststrecke zu rechnen. Hierfür spricht auch das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe. Trotz mehrmonatiger Abkühlung ist es weiterhin überdurchschnittlich und hat sich im November auch etwas erholt. Insgesamt bleiben die Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe zwar anfällig, es überwogen zuletzt aber deutlich die positiveren Signale.

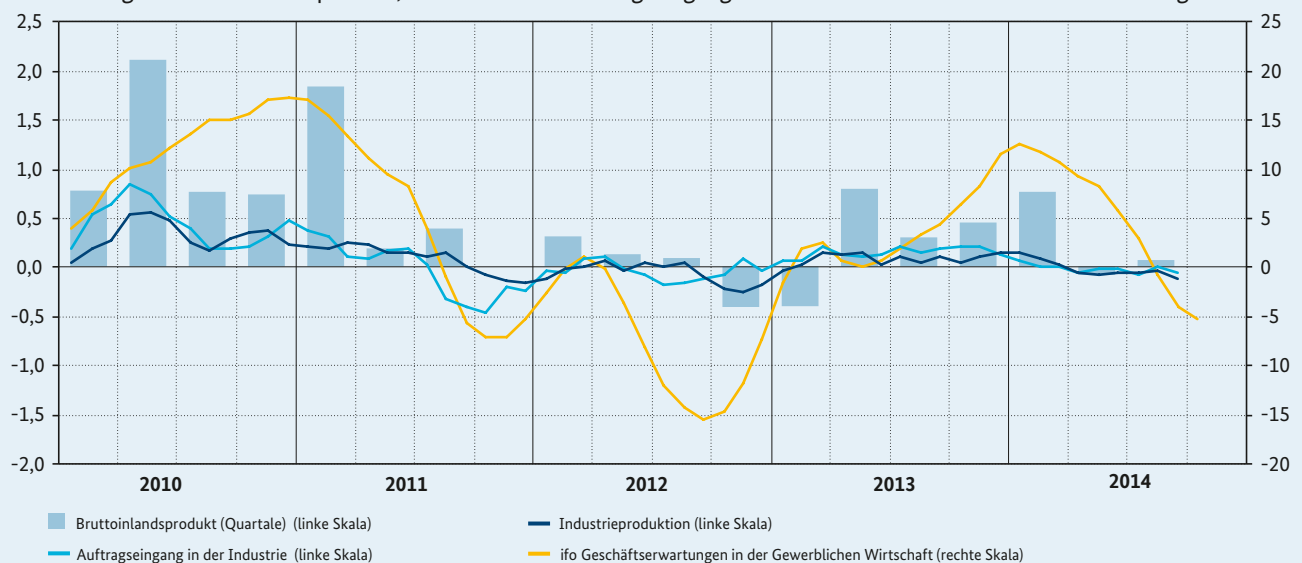
Die privaten Konsumausgaben stützen ungeachtet der konjunkturellen Schwächephase die binnenwirtschaftliche Nachfrage. Sie stiegen im dritten Quartal um 0,7% gegenüber dem Vorquartal. Dies war möglich, weil die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nicht zuletzt aufgrund der guten Beschäftigungsentwicklung um 1,2% zunahmen und die Verbraucherpreise vom zweiten zum dritten Quartal kaum angestiegen sind (+0,2%). Diese

Entwicklungen dürften sich fortsetzen. Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) stiegen im Oktober über ihr durchschnittliches Niveau im dritten Quartal. Die Pkw-Neuzulassungen nahmen ebenfalls zu. Das GfK-Konsumklima signalisiert für den Weihnachtsmonat eine sich weiter aufhellende Konsumentenstimmung und hohe Anschaffungsneigung. Vor diesem Hintergrund hat sich auch das Geschäftsklima der Einzelhändler etwas aufgehellt.

Der Arbeitsmarkt erweist sich weiterhin als robust. Die Arbeitslosigkeit ging im November etwas stärker als jahreszeitlich üblich auf 2,717 Mio. registrierte Arbeitslose zurück. Saisonbereinigt nahm sie gegenüber dem Vormonat weiter um 14.000 ab. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im September saisonbereinigt kräftig um 67.000 und glich die ferientagebedingt schwache Entwicklung des Vormonats mehr als aus. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im Oktober weiter kräftig um 33.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen waren damit erstmals mehr als 43 Mio. Personen im Inland erwerbstätig. Da auch die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt unauffällig blieben bzw. sich teilweise etwas aufhellten, ist für die kommenden Monate weiter mit einer moderat positiven Entwicklung zu rechnen.

### Konjunktur auf einen Blick\*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen

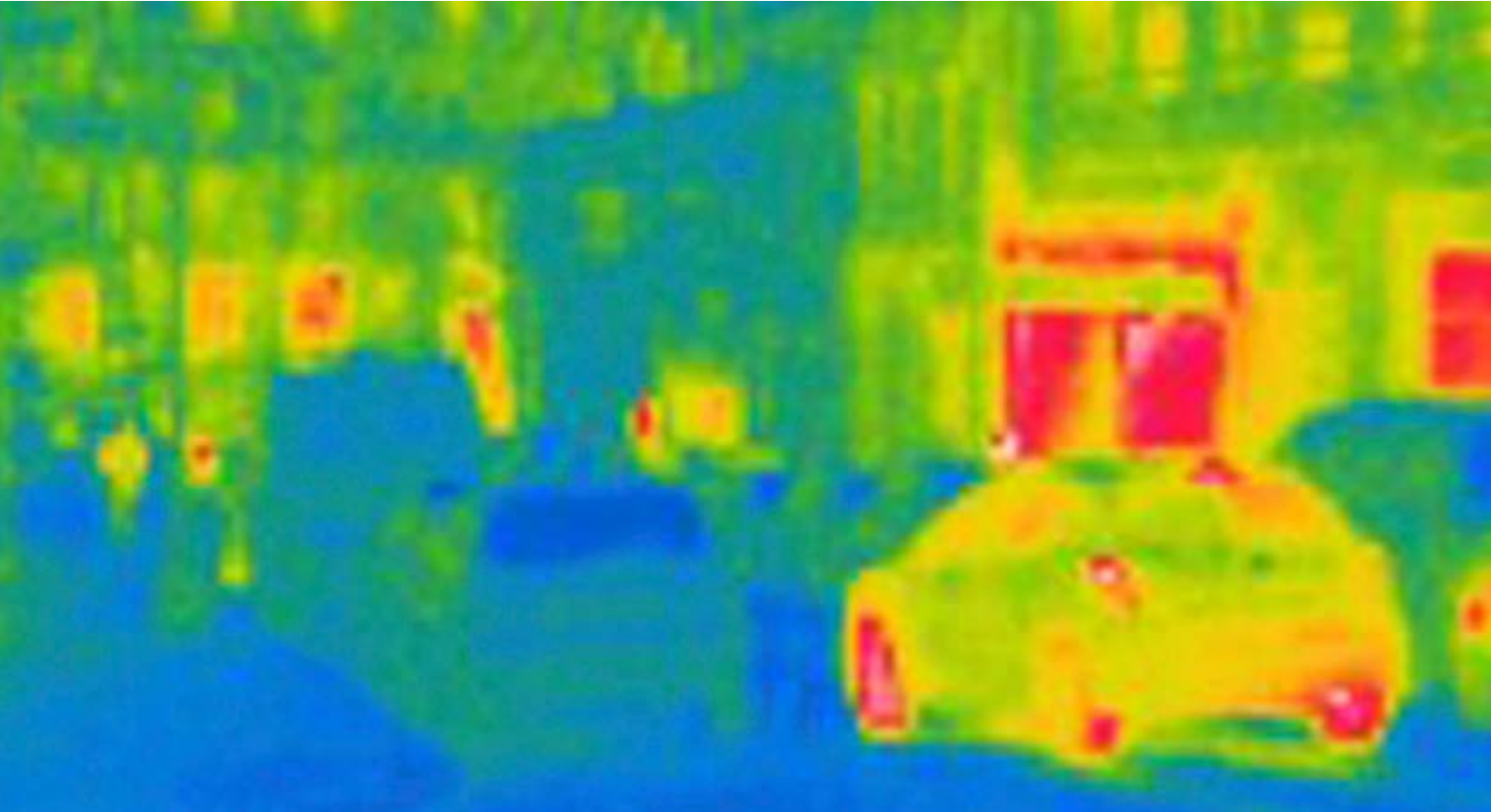


\* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

# Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz

Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) stellt die Bundesregierung ihre Effizienzstrategie für die 18. Legislaturperiode vor. Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der NAPE zielt darauf ab, alle gesellschaftlichen Akteure in diesen Prozess einzubinden und das Bewusstsein für die Vorteile energieeffizienten Handelns zu schärfen.



## Ohne Energieeffizienz kann die Energiewende nicht gelingen

Bislang standen bei der Energiewende der Ausstieg aus der Kernenergienutzung und der Ausbau neuer Erzeugungskapazitäten für Strom auf Basis erneuerbarer Energien im Mittelpunkt. Die Steigerung der Energieeffizienz ist die zweite Säule der Energiewende. Auch das Erreichen der Klimaschutzziele hängt von einer weiteren Steigerung der Energieeffizienz ab. Gleichzeitig leistet Energieeffizienz einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Energieeffizienz ist außerdem die entscheidende Voraussetzung dafür, die Energiewende so kosteneffizient wie möglich zu gestalten. Energieeffizienzmaßnahmen senken darüber hinaus nicht nur die individuellen und volkswirtschaftlichen Energiekosten, sondern eröffnen darüber hinaus auch neue Marktchancen.

Bisher wird Energieeffizienz häufig mit der Vorstellung von Beschränkung und Verzicht in Verbindung gebracht – dabei

bietet die Steigerung der Energieeffizienz vor allem Chancen: Vielfach ist die Rendite, die sich durch Investitionen in Energieeffizienz erzielen lässt, höher als die derzeit zu erzielende Rendite von klassischen Anlagen auf den Kapitalmärkten. Energieeffizienz als Geschäftsmodell bietet Marktchancen für innovative Unternehmen – sowohl für Anbieter von (neuen) Energiedienstleistungen als auch für Produzenten energieeffizienter Technik. Energetische Sanierungen von Gebäuden geben nicht nur heimischer Wertschöpfung positive Impulse. Auch Mieter und Eigentümer profitieren von niedrigeren Heizkosten und höherem Wohnkomfort.

Der NAPE setzt an diesen Punkten an: Die Effizienzstrategie der Bundesregierung soll das Bewusstsein für die Vorteilhaftigkeit von Energieeffizienzmaßnahmen stärken und Lust auf Energieeffizienz machen. Damit sind die Maßnahmen des NAPE ein entscheidender Schritt, die großen Potenziale zu heben, die in allen Verbrauchssektoren bestehen.



## Weitere Anstrengungen sind nötig

Die Ziele der Bundesregierung zur Verringerung des Energieverbrauchs sind ambitioniert: Bis zum Jahr 2020 soll der Primärenergieverbrauch im Vergleich zu 2008 um 20 Prozent gesenkt werden. Aktuelle Zahlen und Szenarien zeigen jedoch, dass mit den bestehenden Maßnahmen diese Ziele nicht zu erreichen sind. Mit dem NAPE wurden deshalb zusätzliche Maßnahmen beschlossen, die einen wichtigen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten werden.

Mit den NAPE-Maßnahmen können zusätzliche Energieeinsparungen von 390 bis 460 Petajoule Primärenergieverbrauch erzielt werden. Dies entspricht etwa dem Energieverbrauch der Bundesländer Thüringen und Bremen. Gleichzeitig werden durch die NAPE-Maßnahmen die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 25 bis 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente reduziert – ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung des nationalen Klimaschutzziels. Die durch die Sofortmaßnahmen angestoßenen Investitionen können in einer Größenordnung von rund 70 bis 80 Milliarden Euro bis 2020 liegen. Zusätzlich werden Maßnahmen im Verkehrsbereich und auf der Erzeugungsseite zur Senkung von Energieverbrauch und Emissionen beitragen.

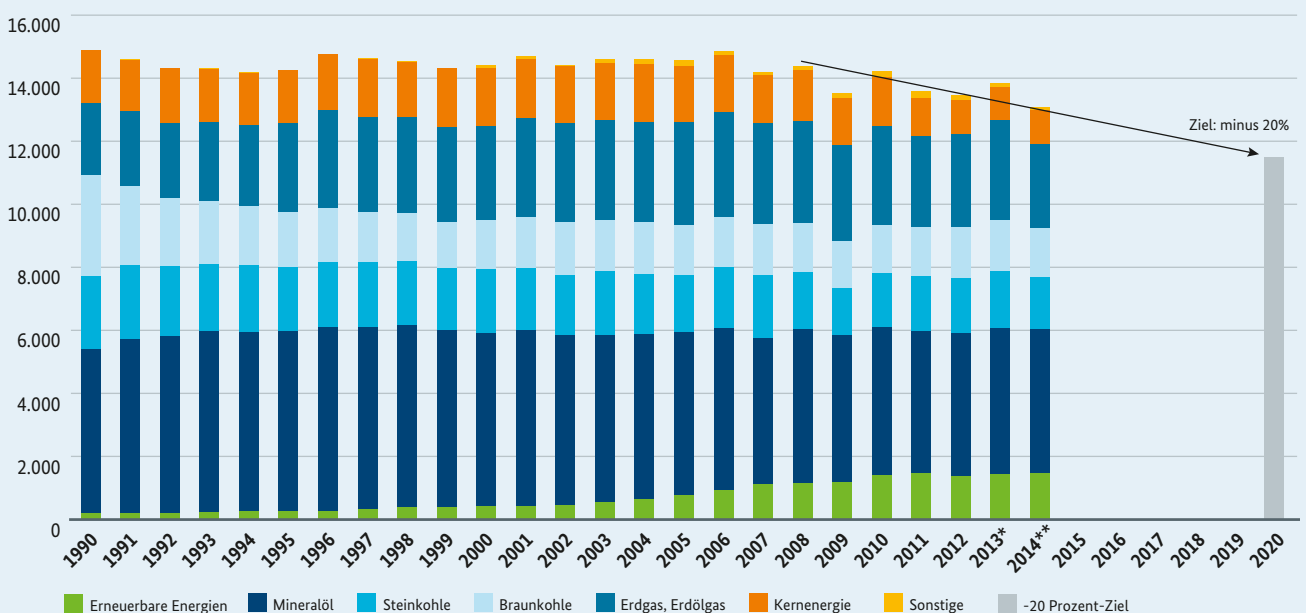
Der NAPE setzt dabei beim Endenergieverbrauch an und bündelt somit Maßnahmen auf der Endverbraucherseite – also bei privaten Haushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand. Der Primärenergieverbrauch bildet darüber hinaus aber auch die Erzeugungsseite ab. Für die Zielerreichung sind daher Maßnahmen, die auf die Effizienz in der Erzeugung zielen, ebenso entscheidend.

## NAPE definiert die zentralen Handlungsfelder

Um die Energieeffizienzpolitik zu stärken, identifiziert der NAPE als zentrale Handlungsfelder:

- ▶ Energieeffizienz im Gebäudebereich voranbringen;
- ▶ Energieeffizienz als Rendite- und Geschäftsmodell: Neue Impulse für Energiedienstleistungen, Effizienztechnologien und Wettbewerbsfähigkeit setzen;
- ▶ Eigenverantwortlichkeit für Energieeffizienz: Messen – Verstehen – Handeln – Sparen;
- ▶ Weiterentwicklung der Maßnahmen im Verkehrsbereich.

**Abbildung 1: Entwicklung des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern**  
unbereinigte Werte in Petajoule (PJ)



\* vorläufig \*\*1. Schätzung

Quelle: AG Energiebilanzen

Für jedes Handlungsfeld definiert der NAPE jeweils konkrete Sofortmaßnahmen, die unmittelbar umgesetzt werden, sowie weiterführende Arbeitsprozesse, die im Laufe der 18. Legislaturperiode konkretisiert und implementiert werden. Alle Maßnahmen folgen dabei dem Grundsatz „Informieren – Fördern – Fordern“: Information und Transparenz sind entscheidende Grundlagen für Effizienzverbesserungen. Durch finanzielle Anreize werden gezielt Impulse für Effizienzsteigerungen gesetzt und Best-Practice-Beispiele geschaffen, die zur Nachahmung anregen. Die ordnungsrechtlichen Anforderungen sorgen flächendeckend für Mindeststandards.

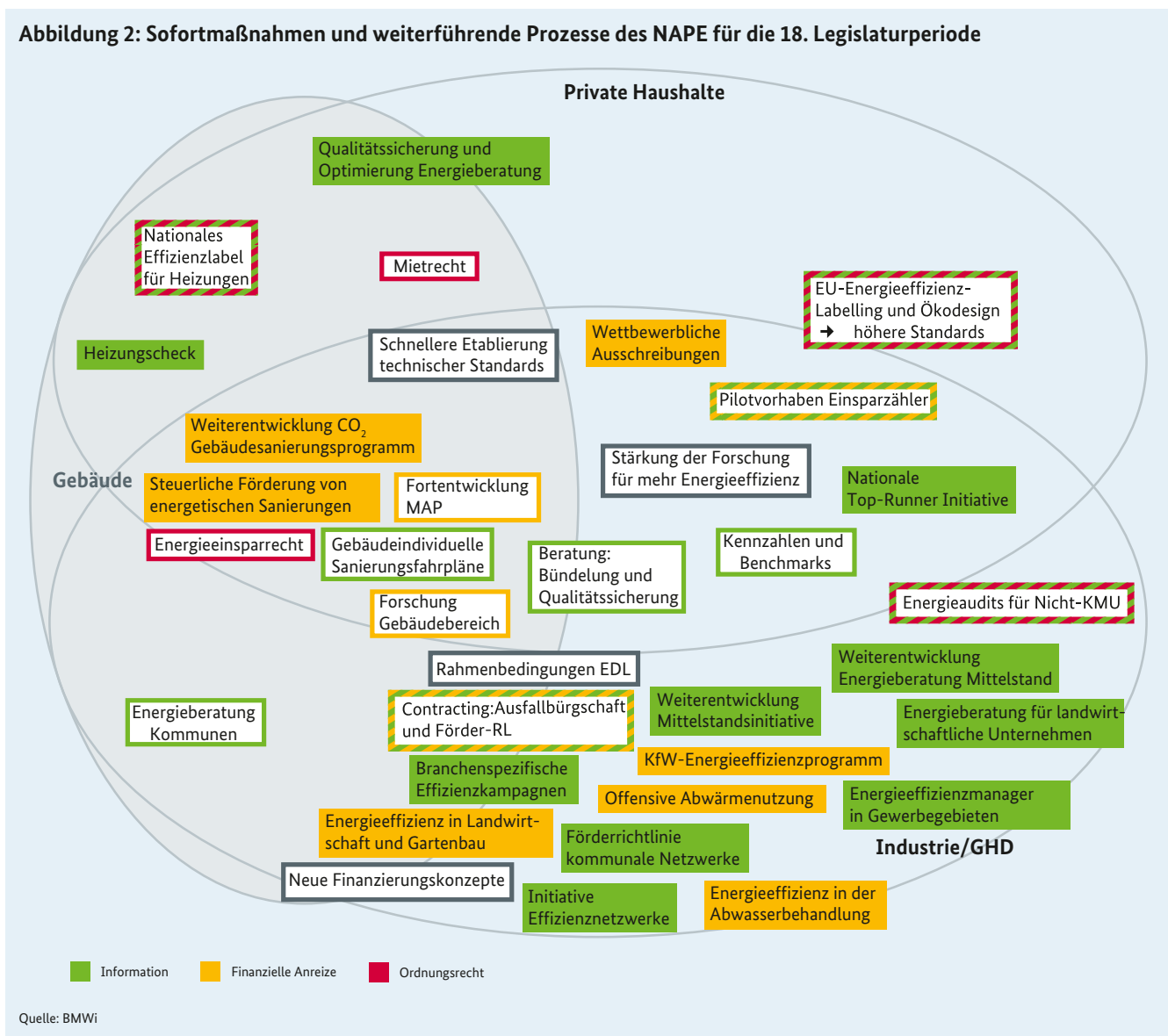
Neben den im NAPE aufgeführten neuen und optimierten Maßnahmen werden die bestehenden erfolgreichen Instrumente der deutschen Energieeffizienzpolitik weitergeführt.

### Energieeffizienz im Gebäudebereich voranbringen

Bis 2050 soll der Gebäudebestand nahezu klimaneutral werden. Dafür ist neben der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien die Senkung des Energieverbrauchs unerlässlich. Nur mit einer sinnvollen, kosteneffizienten Kombination verschiedener bestehender und neuer Instrumente kann diese „Wärmewende“ gelingen. Das Fundament bilden Freiwilligkeit und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen, flankiert durch Anreizsysteme, Beratung und Information.

Die energetische Modernisierung des Gebäudebestands kann nur gelingen, wenn sie von allen Beteiligten als Chance

Abbildung 2: Sofortmaßnahmen und weiterführende Prozesse des NAPE für die 18. Legislaturperiode





gesehen wird. Es gilt daher, Vertrauen zu schaffen und die Kooperation der verschiedenen Akteure zu fördern, um gemeinsam die Wohn- und Lebensqualität zu steigern und unabhängiger von fossilen Energieträgern zu werden. Nicht zuletzt leistet Energieeffizienz einen Beitrag zur Steigerung der heimischen Wertschöpfung. Die energetische Sanierung von Wohngebäuden stellt aber auch eine soziale Herausforderung dar. Die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums ist seit jeher eine der zentralen Herausforderungen der Wohnungspolitik. Längst belasten die Nebenkosten bei schlecht gedämmten Gebäuden mit veralteter Heiztechnik vor allem Haushalte mit geringem Einkommen überproportional.

Die Bundesregierung hat daher im NAPE am 3. Dezember 2014 die folgenden Sofortmaßnahmen im Gebäudebereich beschlossen:

- ▶ **Qualitätssicherung und Optimierung/Weiterentwicklung der bestehenden Energieberatung:** Die Energieberatung soll ausgebaut werden, denn sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Investitionsbereitschaft und Akzeptanz von Sanierungsmaßnahmen.
- ▶ **Steuerliche Förderung von energetischen Sanierungen:** Gefördert werden sollen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Wärme in Wohngebäuden. Das Fördervolumen soll jährlich eine Milliarde Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren betragen. Die Rahmenbedingungen für den steuerlichen Abzug von der Steuerschuld über zehn Jahre werden am CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ausgerichtet. Zur Umsetzung werden kurzfristig Gespräche mit den Ländern geführt.

- ▶ **CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm:** Die KfW-Förderprogramme, die über Zuschüsse oder Darlehen Sanierungen fördern, werden auf jährlich zwei Milliarden Euro aufgestockt und weiterentwickelt. Zum Beispiel sollen ein Förderstandard Effizienzhaus Plus eingeführt, Wohnungseigentümergeinschaften verstärkt aktiviert und Energieeffizienz bei Nichtwohngebäuden gefördert werden.
- ▶ **Heizungsscheck:** Alte, ineffiziente Heizungsanlagen weisen erhebliche Energieeinsparpotenziale auf. Im Rahmen von freiwilligen, individuellen Heizungsschecks können Fachkundige die Schwachstellen einer ineffizienten Heizungsanlage ermitteln und Vorschläge zur Abhilfe unterbreiten. Der Heizungsscheck wird 2015 entwickelt.

Die weiterführenden Arbeitsprozesse sind Bestandteil der Energieeffizienzstrategie Gebäude. Sie ist der strategische Rahmen für die Energiewende im Gebäudebereich und berücksichtigt auch übergeordnete Aspekte, z. B. sozialgesellschaftliche Fragen oder Fragen der Finanzierung (Ausschreibungsmodell Wärme, Renditemodell etc.). Dies erfordert einen aktiven Kommunikationsprozess mit den Beteiligten zu den Zielen und Maßnahmen, z. B. über die 2014 begonnene Energiewende Plattform Gebäude. Als Eckpunkte der Energieeffizienzstrategie Gebäude sind im NAPE genannt: Energieberatung für Kommunen, Energieeinsparrecht, gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne, Mietrecht, Fortentwicklung des Marktanreizprogramms für erneuerbare Energien (MAP), schnellere Etablierung neuer technischer Standards sowie in der Energieforschung das Forschungsnetzwerk „Energie in Gebäuden und Quartieren“.

## Energieeffizienz als Rendite- und Geschäftsmodell

Unternehmen, die ihre Produktionsprozesse besonders effizient gestalten, können Energiekosten sparen, Rendite erwirtschaften und somit ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern. Energieeffizienz hat jedoch das Potenzial, zusätzlich und viel mehr als bislang zum Geschäftsmodell für innovative Unternehmen zu werden. Innovative Energiedienstleistungen und Effizienztechnologien sind Märkte, die in Deutschland und weltweit Wachstumschancen bieten. Auch private Haushalte profitieren als Kunden und ggf. als Anleger von diesen neuen Märkten. Die Steigerung der Energieeffizienz ermöglicht auch eine Steigerung der Investitionstätigkeit in Deutschland. Mit den im NAPE vereinbarten Sofortmaßnahmen wird gezielt ein Anstoß für die Weiterentwicklung von Geschäftsmodellen für das Energiesparen gesetzt:

▶ Mit der Einführung eines **wettbewerblichen Ausschreibungsmodells** für Energieeffizienz wird ein neuer Weg für die Förderung marktnaher und kosteneffizienter Effizienzlösungen beschritten. Gefördert wird in diesem Programm nicht nach einer festen Förderquote, sondern diejenigen Projekte erhalten die Förderung, die Energieeinsparungen zu den geringsten Kosten anbieten. Das Finanzvolumen wird in den kommenden Jahren aufwachsen, im Jahr 2018 werden für das Ausschreibungsmodell 150 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

- ▶ Beim Contracting übernimmt ein Dienstleister die Energieversorgung. Effizienzvorteile entstehen, weil der Dienstleister ein Eigeninteresse an Effizienzverbesserungen hat. Diese zukunftsweisende Energiedienstleistung wird gezielt durch die Bereitstellung von **Ausfallbürgschaften** der Bürgschaftsbanken für Contracting-Finanzierungen gefördert. Dies versetzt insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen in die Lage, in diesem Markt aktiv zu sein. Daneben werden **Projektentwickler** gefördert, um die Transaktionskosten für Projekte des Einsparcontractings zu verringern.
- ▶ Die **KfW-Energieeffizienzprogramme** für Unternehmen werden weiterentwickelt und **Abwärmenutzung** rückt verstärkt in den Fokus.
- ▶ Mit dem **Pilotprogramm „Einsparzähler“** wird untersucht, ob auf Grundlage von intelligenten Einsparzählern ein neues Modell für die Refinanzierung von Effizienzmaßnahmen eingeführt werden kann.

In einem weiterführenden Arbeitsprozess sollen die Rahmenbedingungen für Energieeffizienzdienstleistungen gemeinsam mit den relevanten Akteuren verbessert werden. Auch für die Entwicklung neuer Finanzierungskonzepte sollen Impulse gesetzt werden. Da Innovationen eine entscheidende Bedeutung für die Steigerung der Energieeffizienz zukommt, wird zudem die Einrichtung eines „Forschungsnetzwerks Energieeffizienz“ geprüft, um die Forschung in diesem Bereich zu stärken.





## Eigenverantwortlichkeit für Energieeffizienz

Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine Aufgabe, die nicht durch staatliches Handeln allein erreicht werden kann. Eigenverantwortlichkeit für Energieeffizienz spielt eine entscheidende Rolle. Nur wer seinen eigenen Energieverbrauch kennt und verlässlich über die verschiedenen Möglichkeiten zur Energieeinsparung informiert ist, kann zukunftsgerichtete Entscheidungen treffen. Deshalb sind Beratungs- und Informationsinstrumente wichtige Bestandteile des NAPE. Besondere Bedeutung haben zudem die Vorgaben, die Transparenz und Standards für energierelevante Produkte festlegen.

- ▶ Die gemeinsam mit Spitzen- und Fachverbänden und weiteren Organisationen der deutschen Wirtschaft ins Leben gerufene „**Initiative Energieeffizienznetzwerke**“ zielt auf eine Einführung von rund 500 neuen Energieeffizienznetzwerken bis zum Jahr 2020. Ergänzend dazu wird die Beratung für **kommunale Energieeffizienznetzwerke** gefördert, ebenso die Arbeit von **Energieeffizienzmanagern** zur Erschließung von Synergieeffekten etwa in Gewerbegebieten.
- ▶ Große Unternehmen werden zudem verpflichtet, alle vier Jahre ein **Energieaudit** durchzuführen. Der Energieverbrauch wird so systematisch erfasst und Effizienzmaßnahmen werden empfohlen. Damit kommt Deutschland den Anforderungen der Energieeffizienzrichtlinie der Europäischen Union nach.
- ▶ Speziell an kleine Unternehmen richten sich die von der Bundesregierung, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks gemeinsam getragene „**Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz**“ und die „**Energieberatung Mittelstand**“. Beide werden weiterentwickelt.
- ▶ **Branchenspezifische Effizienzkampagnen** werden entwickelt und gefördert, weil Energieeinsparungen in Unternehmen größer sein können, wenn zusätzlich verstärkt branchenspezifische Maßnahmen ergriffen werden.
- ▶ Mit einer „**Nationalen Top-Runner-Initiative**“ bündelt die Bundesregierung ihre Maßnahmen zur beschleunigten Marktdurchdringung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen und Produkte, die zur Senkung des Energieverbrauchs beitragen. Im Rahmen der EU-Verhandlungen zur Novellierung der **EU-Energieeffizienz-Labeling- und Ökodesign-Richtlinien** wird sich Deutschland für anspruchsvolle Standards einsetzen und so die EU-Top-Runner-Strategie stärken.
- ▶ Um die Motivation von Gebäudeeigentümern zum Austausch alter ineffizienter Heizungsanlagen zu fördern, wird ein **nationales Effizienzlabel für Heizungsanlagen** eingeführt, das z. B. von den Bezirksschornsteinfegern im Rahmen ihrer regelmäßigen Überwachung vergeben wird.

- Aufgrund der hohen Stromeinsparpotenziale in **kommunalen Abwasseranlagen** werden für solche Anlagen ebenfalls Energiechecks und Energieanalysen gefördert. Auch in **landwirtschaftlichen Unternehmen** bestehen große Potenziale zur Effizienzsteigerung. Um diese zu heben, werden speziell auf diese Unternehmen zugeschnittene Programme zur Energieberatung und zur Förderung der Energieeffizienz eingeführt.

In einem weiterführenden Arbeitsprozess werden existierende Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie den im Bereich der Energieberatung tätigen Fortbildungsträgern geprüft und verbessert. Dabei geht es um Verständlichkeit, Wirksamkeit, die Umsetzung von Qualitätsanforderungen sowie die Vergleichbarkeit der Zulassungsbedingungen für Berater.

Zudem werden Kennzahlen und Benchmarks im gewerblichen Bereich und für private Haushalte entwickelt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Energieeffizienz in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Hier bestehen besonders hohe Potenziale.

## Verkehr

In Deutschland gehen 28 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs und 17 Prozent der Treibhausgase auf das Konto des Verkehrs. Der Anteil ist in den letzten Jahren zwar gesunken, doch das Verkehrsaufkommen steigt immer weiter an. Deshalb wird die Bundesregierung im Rahmen des „Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ weitere Maßnahmen ergreifen, damit der Verkehrsbereich angemessen dazu beiträgt, das Klima zu schützen und Energie einzusparen. Dazu gehört zum Beispiel, verstärkt auf Elektrofahrzeuge zu setzen: Gewerbliche Käufer von Elektrofahrzeugen könnten die Möglichkeit einer steuerlichen Sonderabschreibung erhalten, außerdem wollen Bund und Länder den Anteil von Elektrofahrzeugen in ihren Fuhrparks erhöhen. Darüber hinaus ist vorgesehen, den Schienengüterverkehr stärker zu fördern, Gütertransporte von der Straße auf die Wasserwege zu verlagern und energieeffiziente Nutzfahrzeuge zu fördern. Eine Liste aller Maßnahmen findet sich im NAPE; eine detaillierte Darstellung der Verkehrsmaßnahmen im „Aktionsplan Klimaschutz 2020“.

## Akteursbeteiligung und Monitoring sind entscheidend

Schon bei der Entwicklung des NAPE haben die beiden neu eingerichteten Plattformen zur Energiewende „Energieeffizienz“ und „Gebäude“, eine entscheidende Rolle gespielt. Hier kommen Vertreter von Wirtschafts- und Umweltverbänden, Wissenschaftler und Vertreter der Länder zusammen. Über diese Foren ist eine Vielzahl von Vorschlägen für Maßnahmen in den Prozess eingespeist worden. Auch in Zukunft werden diese Plattformen insbesondere bei der Umsetzung der weiterführenden Arbeitsprozesse, etwa bei der Entwicklung der Effizienzstrategie Gebäude, eine entscheidende Rolle spielen.

Mit der Verabschiedung des NAPE hat die Bundesregierung der Energieeffizienzpolitik neuen Schwung verliehen, jetzt ist die Umsetzung der Maßnahmen entscheidend. Um diesen Prozess und die Wirkungen der Maßnahmen unabhängig zu überwachen, wird die Umsetzung von der unabhängigen Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ begleitet und evaluiert.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website zum NAPE unter:



<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energieeffizienz/nape.html>

Den NAPE zum Download erhalten Sie unter:



<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=672756.html>

Kontakt: Elena Brosch-Pahlke  
Referat: Grundsatz Energieeffizienz und rationelle Energienutzung  
und Dr. Alexander Renner  
Referat: Energiepolitische Grundsatzfragen im Gebäudesektor

# Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag

## Wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands 25 Jahre nach dem Mauerfall

Der Aufbau Ost ist seit Beginn der 1990er Jahre eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe. Die Bilanz nach 25 Jahren zeigt: Hinsichtlich der Lebensqualität und Infrastruktur sind heute zwischen alten und neuen Ländern kaum mehr Unterschiede festzustellen. Unterschiede und auch Nachholbedarf bestehen jedoch weiterhin bei der Wirtschaftskraft, auf dem Arbeitsmarkt und auch bei den Löhnen. Es ist davon auszugehen, dass auch nach 2020 ein großer Teil der struktur- und finanzschwachen Regionen in den neuen Ländern liegen wird. Deshalb wird auch weiterhin eine flankierende Strukturpolitik erforderlich sein, um die Wirtschaftskraft zu stärken. Dies erfordert insbesondere, Investitionen und Innovationen zu steigern sowie den Internationalisierungsgrad der ostdeutschen Wirtschaft zu erhöhen.



### Deutliche Fortschritte bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland

Mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages war Deutschland zwar formal vereinigt, die Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands unterschieden sich jedoch grundlegend. Die historische Aufgabe bestand in der zu bewältigenden Transformation einer sozialistischen Planwirtschaft in eine international wettbewerbsfähige Marktwirtschaft. Eine moderne, marktorientierte Unternehmensstruktur war zum einen Ziel der Privatisierung durch die Treuhandanstalt und zum anderen Ergebnis der Gründung neuer Unternehmen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern, war es erforderlich, das Sachkapital – durch private ebenso wie öffentliche Investitionen – grundlegend zu erneuern, neue Produkte zu entwickeln und Wertschöpfungsketten zu verbessern.

Merkliche Unterschiede und Nachholbedarf bestehen heute noch in einigen wichtigen Bereichen, wie z. B. bei der Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt rund zwei Drittel des Westniveaus), auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote 2013: Ost 10,3 Prozent, West 6,0 Prozent) und bei den Löhnen (ca. 80 Prozent des Westniveaus).

Heute, 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR, können die Menschen in Ost und West auf das gemeinsam Erreichte stolz sein. Bei allen begangenen Irrtümern und Fehlern und bei allen Problemen und Härten, die der beispiellose Transformationsprozess in Ostdeutschland für die dort lebenden Menschen mit sich brachte, kann heute mit Fug und Recht festgestellt werden, dass der Aufbau Ost insgesamt gelungen ist. Die Weichen für eine wirtschaftlich dynamische und ökologisch verträgliche Entwicklung wurden gestellt. Der Verfall vieler Innenstädte wurde aufgehalten und die Wohnsituation der Haushalte

hat sich durch Sanierungen, energetische Modernisierungen und durch Neubau deutlich verbessert. Die verheerende Umweltverschmutzung wurde gestoppt; viele Altlasten sind heute beseitigt. Das Verkehrsnetz wurde in großem Umfang neu- und ausgebaut, die Einbindung in das trans-europäische Netz wird weiter verbessert. Der Zugang zu Bildung ist seit der Wiedervereinigung so offen wie nie zuvor. Das bietet ein breites Spektrum an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und ist eine wesentliche Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

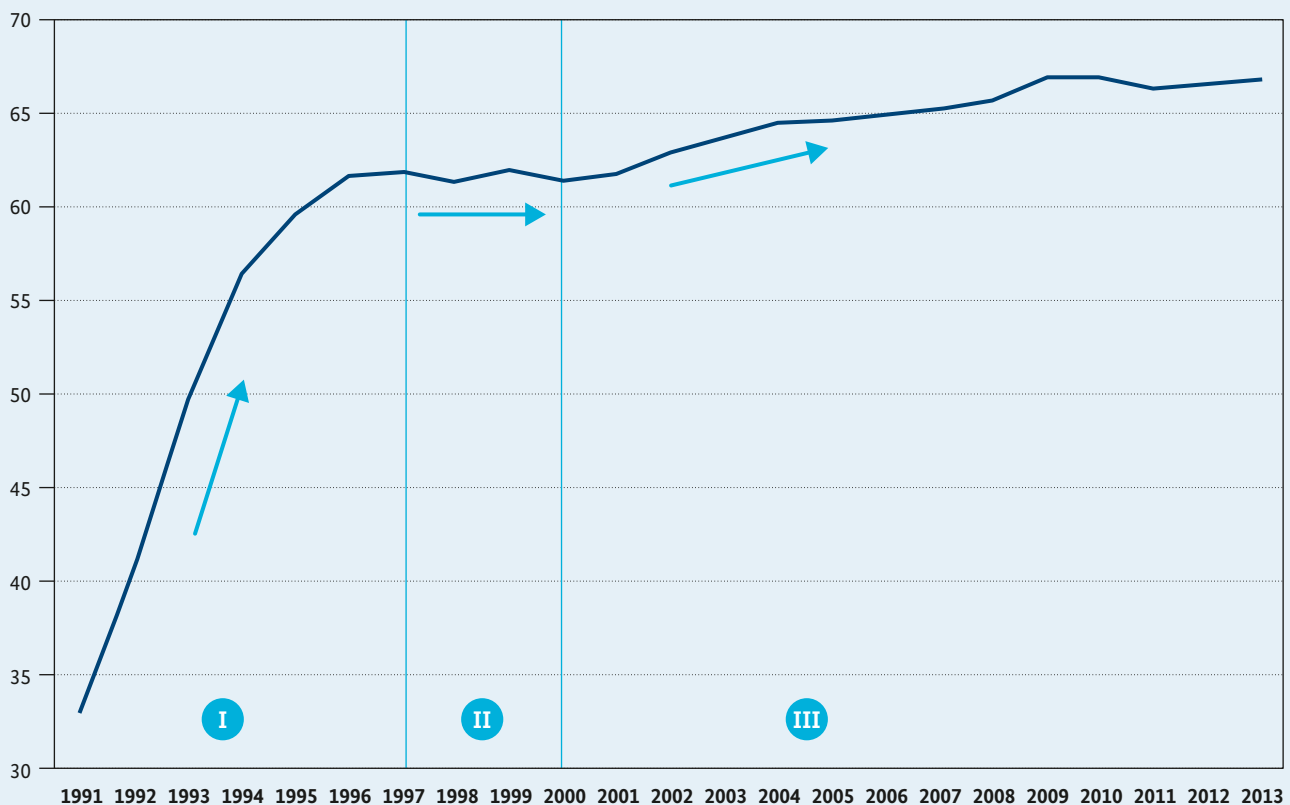
Die durch den Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft verursachte Massenarbeitslosigkeit und die deutlich günstigeren Arbeitsmarktbedingungen in den westlichen Bundesländern hatten gerade zu Beginn und Ende der 1990er Jahre zu einer massiven Abwanderung, vor allem von jungen und gut ausgebildeten Menschen, in den Westteil der Republik geführt. Die Bevölkerung hat durch diese Wanderungsverluste und den rapiden Geburteneinbruch

in den 90er Jahren stark abgenommen. Dies hat in Verbindung mit der steigenden Lebenserwartung dazu beigetragen, dass sich der Altersaufbau der Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern besonders schnell und drastisch verändert hat. Diese Entwicklung ist auch im europäischen Vergleich einzigartig. Die ostdeutschen Länder nehmen bei der Bewältigung der daraus entstehenden Herausforderung eine Vorreiterrolle ein.

### Wirtschaftskraft Ostdeutschlands seit Anfang der 1990er Jahre beachtlich gestiegen – wirtschaftlicher Aufholprozess aber noch nicht abgeschlossen

Ostdeutschland hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche Steigerung der Wirtschaftsleistung erreicht. Das BIP hat sich von 1992 bis heute in etwa verdoppelt. Im Zeitablauf können drei Phasen unterschieden werden.

**Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in – Anteil der ostdeutschen Länder am Wert der westdeutschen Länder (beides ohne Berlin)**  
in Prozent



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Das BIP je Einwohner ist in der eigentlichen Transformationsphase bis 1997 in den neuen Ländern zunächst rasant gewachsen. Die Produktionsstätten wurden geschlossen, privatisiert oder neu geordnet. Die umgewandelten Betriebe mussten sich im Wettbewerb behaupten und neue Unternehmen wurden gegründet. Insgesamt begünstigt wurde die wirtschaftliche Entwicklung auch durch umfassende Maßnahmen der regionalen Wirtschafts-, Infrastruktur- und Arbeitsmarktförderung. Ab etwa 1997 hat sich das Wachstum dann merklich verlangsamt. Mit dem Auslaufen des Baubooms kam es zu einer Konsolidierung. Mit der Überwindung der Krise im Baugewerbe nahm der Konvergenzprozess in der dritten Phase zu Beginn des neuen Jahrtausends zunächst neuen Schwung. Ostdeutsche Unternehmen eroberten zunehmend internationale Märkte. Die Exportquote, gemessen als Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, stieg besonders im Verarbeitenden Gewerbe. Dies zeigte sich auch in einer trendmäßig zunehmenden Exportquote. Sie stieg bis 2013 auf 36 Prozent des BIP, liegt damit aber immer noch deutlich unter der westdeutschen Exportquote (49 Prozent). In den letzten Jahren wächst das BIP in Deutschland insgesamt nur noch langsam. Der wirtschaftliche Konvergenzprozess, d. h. der wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Länder, hat sich infolgedessen ebenfalls deutlich abgeschwächt. Im Jahr 2013 lag der Zuwachs beim BIP je Einwohner bei 0,3 Prozent und damit nur noch geringfügig über dem Wert für die westdeutschen Länder.

Insgesamt sind beeindruckende Aufholerfolge mit regionalen Wachstumsschwerpunkten zu verzeichnen. Dennoch bestehen immer noch erhebliche strukturelle Schwächen. Zu den strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Länder gehören unter anderem eine weitgehend von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägte Wirtschaftsstruktur, der Mangel an kapitalstarken industriellen Großunternehmen und wertschöpfungsintensiven Konzernzentralen, eine geringere von Unternehmen getragene Forschungs- und Entwicklungsleistung, ein weniger ausgeprägtes industrielles Dienstleistungsangebot sowie eine schwächere Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten und internationale Märkte. Daraus resultiert wiederum ein – im Vergleich zu Westdeutschland – geringeres Niveau der Exportquote, der Produktivität, des Einkommensniveaus der Beschäftigten sowie der Innovationsintensität.

Die Arbeitsproduktivität (BIP je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen), die häufig auch zur Darstellung des Konvergenzfortschritts verwendet wird, lag im Jahr 2013 in den neuen Ländern bei knapp 71 Prozent je geleisteter Arbeits-

stunde und damit merklich niedriger als in den alten Ländern. Der Abstand bei der Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verringert.

### Die regionale Verteilung der Wirtschaftskraft

Verglichen mit den alten Ländern ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den neuen Ländern im Durchschnitt insgesamt gut ein Drittel geringer. Die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands hat sich seit der Wiedervereinigung ausdifferenziert. Viele Regionen konnten wieder an traditionelle Wirtschaftszweige wie den Maschinenbau, die chemische Industrie und den Automobilbau anknüpfen – an vielen Orten ist Neues entstanden. Dennoch sind die Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen den ostdeutschen Ländern eher gering. Das BIP je Einwohner lag im Jahr 2013 in Mecklenburg-Vorpommern, dem insoweit schwächsten der neuen Länder, um rund sechs Prozent niedriger als in Sachsen, das das Ranking anführt. Das BIP je Einwohner von Sachsen liegt trotzdem um 14 Prozent unter dem Niveau von Schleswig-Holstein, das Land mit dem geringsten BIP je Einwohner in Westdeutschland. Die relativ geringen Unterschiede zwischen den ostdeutschen Ländern sind ein Indiz dafür, dass diese trotz der erfolgten Ausdifferenzierungen in ihren Entwicklungsphasen mit vergleichbaren wirtschaftlichen Problemen und Herausforderungen zu kämpfen haben.

### Deutlicher Strukturwandel in der Wirtschaft

In den vergangenen gut zwei Jahrzehnten ging in Ostdeutschland mit dem erheblichen Umgestaltungsprozess auch ein deutlicher Strukturwandel einher, der sich auch auf die Branchenstruktur ausgewirkt hat.

Der ostdeutsche Branchenmix hat sich tendenziell der westdeutschen Struktur angenähert. Doch innerhalb der Wirtschaftszweige bestehen deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. So ist der Anteil der Unternehmen der Vor- und Zulieferindustrie in Ostdeutschland merklich höher als in Westdeutschland, während im Osten weniger Endfertigung und noch weniger Verwaltungs- und Unternehmenszentralen anzutreffen sind. Dies bedeutet für Ostdeutschland einen gravierenden strukturellen Nachteil, da gerade in den Konzernzentralen und in ihrem Umfeld hoch qualifizierte Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung angesiedelt sind.

Dennoch zeigt die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung aller ostdeutschen Länder, dass es nicht nur einen richtigen Weg der strukturellen Entwicklung gibt. Vielmehr ist es wichtig, dass jede Region ihre Potenziale ausschöpft. Dies kann bedeuten, dass sich Unternehmen in einer Region stärker auf die Metallindustrie spezialisieren und in einer anderen auf den Tourismus oder auf die Gesundheitswirtschaft. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung und damit mehr Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger kann viele Wege nehmen.

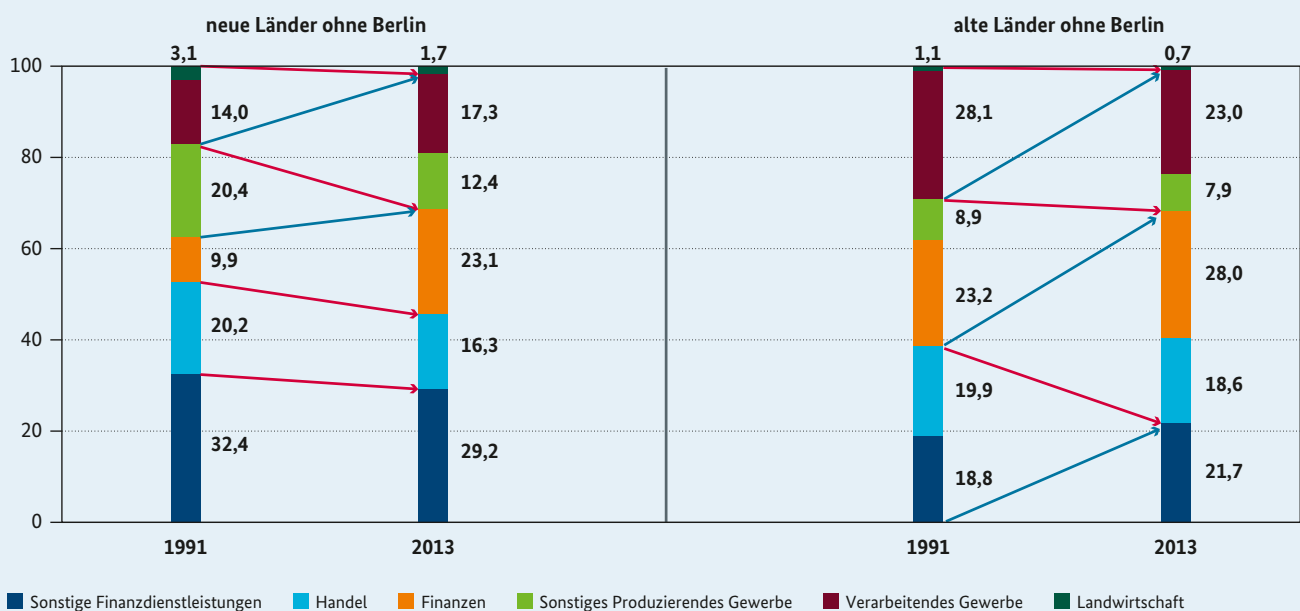
**Die Industrie in Ostdeutschland bleibt der Motor für mehr Wachstum – Anteil der ostdeutschen Industrie an der Bruttowertschöpfung heute auf europäischem Niveau**

Ostdeutschland kann, nach einer anfänglichen Phase der Deindustrialisierung in der ersten Hälfte der 90er Jahre und einer damit einhergehenden hohen Arbeitslosigkeit, heute auf eine erfolgreiche Reindustrialisierung mit einer guten Entwicklung zurückblicken. Das jährliche Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes von rund fünf Prozent seit 1995 spiegelt dies wider. Auch diesem Reindustrialisierungsprozess ist es zu verdanken, dass sich der wirtschaftliche

Abstand zu Westdeutschland verringert hat. Der Industrie kommt für Ostdeutschland eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche Entwicklung zu. Denn: Industrielle Produkte sind grundsätzlich dazu geeignet, überregionale Märkte zu bedienen und so auch von deren Wachstum zu profitieren. Im Umfeld von Industrieunternehmen etablieren sich zudem wertschöpfungsintensive unternehmensnahe Dienstleistungen, die wiederum Wertschöpfung und Einkommen in der Region erhöhen.

Der Industrieanteil an der gesamten Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands liegt heute mit gut 15 Prozent (2013) etwa auf europäischem Niveau. In Westdeutschland beträgt der Industrieanteil 23 Prozent. Gemessen an der industriellen Gesamtleistung Deutschlands liegt der Industrieanteil der neuen Länder insgesamt bei lediglich neun Prozent, mit Berlin sind es knapp elf Prozent. Allerdings ist ein hoher Industrieanteil allein nicht automatisch gleichbedeutend mit hoher Wirtschaftskraft. Den höchsten Industrieanteil innerhalb Ostdeutschlands weist Thüringen auf; der Anteil dort liegt über dem gesamtdeutschen Industrieanteil. Dennoch liegt das BIP je Einwohner in Thüringen nur im Mittelfeld der ostdeutschen Länder und deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt.

**Abbildung 2: Anteil wichtiger Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Prozent**



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



### **Mittelstand ist in Ostdeutschland das Rückgrat und Ausgangspunkt für die weitere wirtschaftliche Entwicklung**

Nach der Wiedervereinigung ist in den neuen Ländern eine Wirtschaftsstruktur entstanden, die vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist. Bereits bei einer Unternehmensgröße ab 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beginnt ein beträchtlicher Strukturunterschied zwischen ost- und westdeutscher Wirtschaft. Hinzu kommt, dass kein einziges DAX-Unternehmen seinen Sitz in Ostdeutschland hat. Auch wenn kleinere Unternehmen häufig Vorteile in Bezug auf Flexibilität und Anpassungsfähigkeit aufweisen, weisen größere Unternehmen meist ein höheres Produktivitätsniveau und höhere Innovationsleistungen auf und besitzen eine größere Marktmacht. Die Mittelstandspolitik der Bundesregierung ist vor diesem Hintergrund zugleich eine Strukturpolitik, die insbesondere die Wachstumschancen der Unternehmen stärkt. Denn der Mittelstand ist nicht nur das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschaft, sondern auch Ausgangspunkt, um den Angleichungsprozess in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung voranzubringen. Viele ostdeutsche Mittelständler haben gute Wachstumschancen und damit das Potenzial, langfristig auch die Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern weiter zu verbessern.

### **Öffentlich finanzierte Forschung spielt in Ostdeutschland eine besondere Rolle für Innovationen**

Innovationen sind der Schlüssel zu Wirtschaftswachstum sowie für den Aufbau und die Sicherung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Die Forschungsintensität (also die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP) der ostdeutschen Unternehmen ist allerdings nur halb so hoch wie in den westdeutschen Unternehmen. In Ostdeutschland werden nur rund 40 Prozent der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von der Wirtschaft erbracht; in Westdeutschland sind es rund zwei Drittel. Deshalb spielen die sogenannten gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen (IFE) in Ostdeutschland eine besondere Rolle. Denn diese bereiten das von ihnen selbst oder an Hochschulen und Forschungseinrichtungen generierte Wissen so auf, dass es passgerecht vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen angewandt werden kann. Darüber hinaus sind sie häufig Initiatoren von und Treiber in regionalen Innovationsnetzwerken.

### Flankierende strukturpolitische Maßnahmen

Der wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Länder ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb ist weiterhin eine flankierende Unterstützung in den als die „Drei I“ bekannten Handlungsfeldern erforderlich: Investitionen steigern, Innovationen erhöhen und die Internationalisierung der ostdeutschen Wirtschaft verbessern. Die Bundesregierung hat im Rahmen der nationalen Investitionsförderung eine schrittweise Wiederanhebung des GRW-Mittelvolumens auf das Niveau von 2009 beschlossen. Innovationen erhöhen, das heißt auch, verstärkt Innovationen zu fördern und branchenübergreifende Netzwerke und Cluster sowie Innovationsbündnisse zu unterstützen. Zu nennen sind neben gesamtdeutschen Programmen, wie z. B. der High-Tech-Initiative und dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), vor allem die spezifisch ostdeutschen Programme „Unternehmen Region“, „Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern“ und das bis 2015 verlängerte erfolgreiche Programm INNO-KOM-Ost. Um den Internationalisierungsgrad der ostdeutschen Wirtschaft zu verbessern, unterstützt der Bund die ostdeutschen KMU bei der Erschließung ausländischer Märkte mit einem Förderprogramm. Darüber hinaus besteht bei der Außenwirtschaftsfördergesellschaft des Bundes Germany Trade & Invest (GTAI) ein strategischer Schwerpunkt „Neue Bundesländer“.

### Ostdeutschland braucht auch über 2019 hinaus Unterstützung

Der Abbau der regionalen Disparitäten in ganz Deutschland hat für die Bundesregierung eine hohe Bedeutung. Daher sollen in dieser Legislaturperiode die Grundlagen für ein weiterentwickeltes System der Förderung strukturschwacher Regionen in ganz Deutschland ab 2020 gelegt werden. Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Dabei ist zu prüfen, ob und wie die speziellen Förderprogramme der ostdeutschen Länder nach und nach in ein gesamtdeutsches System für strukturschwache Regionen überführt werden. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe

„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) soll hierbei als Ausgangspunkt dienen. Für die ostdeutschen Länder sowie auch für einige Regionen in westdeutschen Ländern ist auch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen von enormer Bedeutung, da sie voraussichtlich größtenteils auch nach 2019 noch strukturschwache Regionen sein und deutlich unterdurchschnittliche Steuereinnahmen erzielen werden.

### Zusammenfassung

Der Aufbau Ost ist seit Beginn der 1990er Jahre eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben. Denn mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages war Deutschland zwar formal vereinigt, die Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands unterschieden sich jedoch grundlegend. Die Bilanz nach 25 Jahren zeigt: Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist weitgehend gelungen.<sup>1</sup> Vor allem hinsichtlich der Lebensqualität und der Infrastruktur sind heute kaum mehr Unterschiede zwischen neuen und alten Ländern festzustellen. Die ostdeutschen Länder werden voraussichtlich größtenteils auch nach 2019 noch zu den strukturschwachen Regionen gehören und deutlich unterdurchschnittliche Steuereinnahmen erzielen. Der wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Länder ist noch nicht abgeschlossen und eine flankierende Strukturpolitik ist weiterhin erforderlich. Darüber hinaus sind auch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 sowie die vorgesehene Entwicklung eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen von besonderer Bedeutung.

Kontakt: Sabine Döhmer  
Arbeitsstab Neue Bundesländer, Referat Grundsatz,  
Gesellschaftspolitik, zeithistorische Aufarbeitung  
und Tobias Zuchtriegel  
Arbeitsstab Neue Bundesländer, Referat Wirtschafts-  
und Finanzpolitik

1 Der aktuelle Stand der Entwicklung bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West, die auch gesellschaftspolitische Themen beinhalten, ist im [Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014](#) dargestellt. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Mauerfalls wird im Bericht einleitend die Friedliche Revolution 1989 in der DDR gewürdigt, die zu den größten und glücklichsten Ereignissen in der deutschen Geschichte gehört.

# Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur

Mit der erstmaligen Landung einer Sonde auf einem Kometen ist Europa eine Premiere in der Geschichte der Raumfahrt gelungen: Am 12. November 2014 trennte sich das Landegerät Philae von seinem „Mutterschiff“, dem Orbiter Rosetta, und ist auf dem Kometen 67/P Churyumov-Gerasimenko (auch „Tschuri“ genannt) gelandet. Die deutschen Beiträge zur weltweit beachteten Mission wurden im Rahmen der Technologiepolitik der Bundesregierung gefördert.



[http://www.esa.int/spaceimages/Images/2014/12/Comet\\_on\\_9\\_December\\_2014\\_NavCam](http://www.esa.int/spaceimages/Images/2014/12/Comet_on_9_December_2014_NavCam)

Die Mission Rosetta der europäischen Weltraumorganisation ESA soll die Entstehungsgeschichte unseres Sonnensystems erforschen, indem sie einen Kometen untersucht. Kometen zählen zu den ältesten und ursprünglichsten Himmelskörpern. Die Mission begann bereits am 2. März 2004 mit ihrem Start ins All. Sie besteht aus dem um den Kometen kreisenden Rosetta-Orbiter und dem robotischen Landegerät Philae.

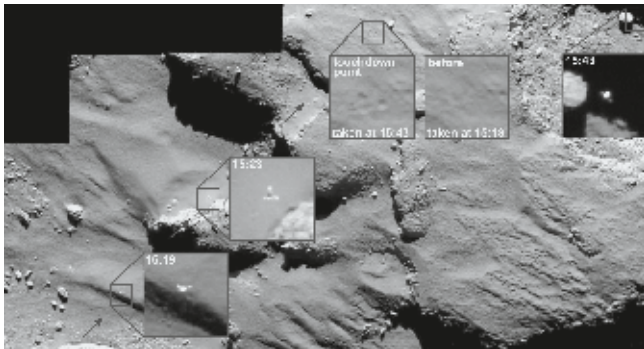
Nach einem perfekten Absetzmanöver, das Philae fast punktgenau in das Zentrum des Zielgebiets brachte, zündeten die Harpunen nicht, die Philae auf der Kometenoberfläche verankern sollten. Da die Schwerkraft auf dem nur ungefähr vier Kilometer großen Kometen hunderttausendmal kleiner ist als auf der Erde, prallte das Landegerät zunächst zweimal ab und kam erst nach ungefähr eintausend Metern zum Stillstand.

Trotz der nicht planmäßigen Landung verliefen die vorgesehenen wissenschaftlichen Untersuchungen erfolgreich. Als das Landegerät nach mehr als 60 Stunden in den Ruhezustand ging, hatte es mit Hilfe seiner Batterie bereits einiges geleistet: Über 500 Millionen Kilometer entfernt von der Erde hatte das Mini-Labor mit Hilfe von zehn Instrumenten an Bord zahlreiche Untersuchungen durchgeführt. Die beteiligten Wissenschaftler sind derzeit mit der umfangreichen und aufwendigen Auswertung der Daten beschäftigt.

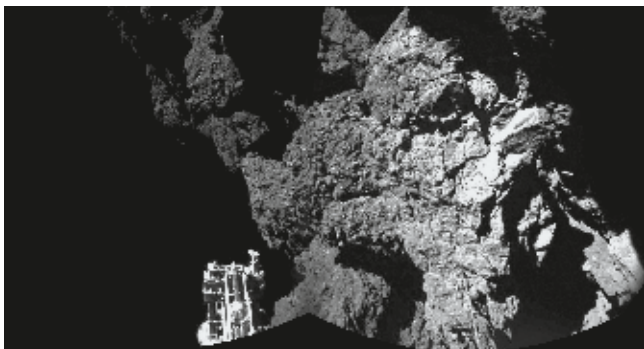
Durch den ungeplanten Standort hat Philae für weitere Untersuchungen nicht die günstigsten Voraussetzungen: Nach der Entladung der Batterie erlauben die herrschenden Lichtverhältnisse den Solargeneratoren derzeit nicht, für den weiteren Betrieb genügend Energie zur Verfügung zu stellen. Daher befindet sich Philae nun zunächst in einer „Tiefschlafphase“. Bei weiterer Annäherung an die Sonne

könnte sich diese Situation ändern. Die Projektbeteiligten erwarten, dass sich das Landegerät in einigen Monaten von der Kometenoberfläche wieder zurückmelden wird und weitere Messungen vor Ort durchführen kann.

Für den um den Kometen kreisenden Rosetta-Orbiter hat nach dem Absetzen des Landegeräts ein neues Kapitel begonnen. Er wird noch mindestens das Jahr 2015 in einer Umlaufbahn um den Kometen verbleiben, ihn bis über seine größte Annäherung an die Sonne hinaus begleiten und dabei kontinuierlich Daten sammeln. Damit kann erstmalig ein Komet über einen längeren Zeitraum aus nächster Nähe untersucht werden – vom langsamen „Erwachen“ seiner Aktivität beim Näherkommen bis hin zur größten Annäherung an die Sonne. Dabei lässt sich die Staubentwicklung und Ausgasung des Kometen durch die zunehmende Erwärmung und damit auch die Bildung des Kometenschweifs aus nächster Nähe analysieren.



Die aus mehreren Aufnahmen zusammengesetzte Abbildung des Kamerasystems OSIRIS an Bord des Rosetta-Orbiters zeigt Philae über der Kometenoberfläche. Mit Hilfe einer Tele- und einer Weitwinkelkamera nimmt OSIRIS hochaufgelöste Bilder in verschiedenen Spektralkanälen auf, unter anderem zur Charakterisierung des Kometenkerns.



Die Abbildung zeigt Rosettas Landegerät Philae nach seiner Landung am 12. November 2014 auf der Oberfläche des Kometen und stammt vom Kamerasystem CIVA (Comet Infrared and Visible Analyzer) an Bord des Landegeräts. Links im Bild ist eines der drei Landebeine zu erkennen. CIVA fotografiert den Landeplatz und untersucht darüber hinaus die mit einem Bohrer gewonnenen Materialproben aus der Kometenoberfläche mit Mikroskopen.

Weltweit wird die europäische Kometenmission Rosetta mit großem Interesse verfolgt. Dies zeigen auch die intensive mediale Begleitung und der enorme Zuspruch in sozialen Netzwerken. Rosetta soll dazu beitragen, grundlegende wissenschaftliche Fragen zu klären, etwa ob sich die Kometenoberfläche tatsächlich noch in einer Art „Urzustand“ befindet und ob Kometen eine Rolle bei der Entstehung des Lebens auf der Erde gespielt haben könnten.

## Deutsche Missionsbeteiligung liefert wichtigen Beitrag

Deutschland spielt eine tragende Rolle in der ESA-Mission Rosetta. Von den Gesamtaufwendungen von insgesamt mehr als einer Milliarde Euro stammen knapp 300 Millionen Euro aus Deutschland. Hauptauftragnehmer für den Bau des Rosetta-Orbiters war die deutsche Airbus Defence and Space GmbH. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hatte zusammen mit den Max-Planck-Instituten für Sonnensystemforschung und für extraterrestrische Physik wesentliche Anteile am Bau des Landegeräts. Darüber hinaus betreibt das DLR das Philae-Kontrollzentrum, das die Landung auf dem Kometen am 12. November vorbereitet und betreut hat. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unterstützt beteiligte Wissenschaftsinstitute finanziell.

An der Rosetta-Mission des ESA-Wissenschaftsprogramms beteiligen sich neben Deutschland auch alle weiteren ESA-Mitgliedstaaten. Das dabei investierte Budget fließt jeweils zum großen Teil in Form von Aufträgen an die Raumfahrtindustrie in den beteiligten Mitgliedstaaten zurück. Die häufig in Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen in Forschungseinrichtungen und Instituten entwickelten Instrumente bewegen sich oftmals an der Grenze des technisch Machbaren und fungieren als Impulsgeber für den Hochtechnologiestandort Deutschland.

Mit ihrem hohen technologischen Anspruch erzeugen Raumfahrtmissionen wie Rosetta darüber hinaus eine hohe mediale Aufmerksamkeit und können gerade auch junge Menschen dazu motivieren, sich für Berufe in Wissenschaft und Technik zu begeistern. Die Erforschung des Weltraums ist daher auch eine strategische Zukunftsinvestition, die über den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn hinaus Früchte trägt.

Kontakt: Dr. Sven Reutzel  
Referat: Raumfahrttechnologien

## II. Wirtschaftliche Lage

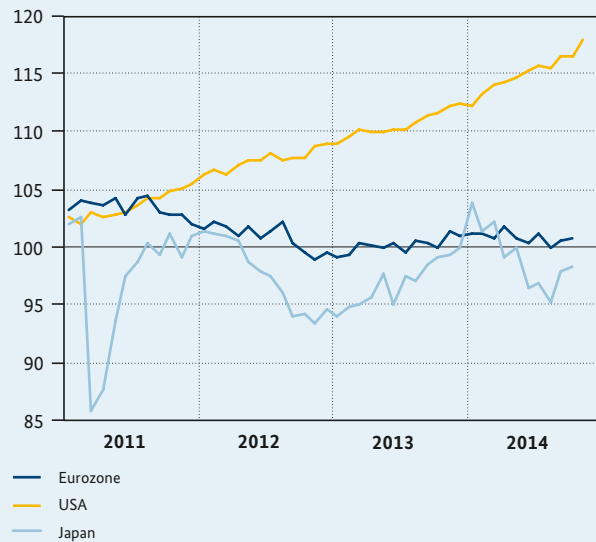
# Internationale Wirtschaftsentwicklung

## Weltwirtschaft: Mit gemäßigter Dynamik.

Das ohnehin gemäßigte Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im Sommerhalbjahr noch etwas weiter verlangsamt. Hierauf deuten die vorliegenden Daten zur Weltindustrieproduktion hin. Der Welthandel hat sich dagegen seit der Jahresmitte leicht belebt. Vor allem die Exporttätigkeit der Schwellenländer, insbesondere der in Asien sowie die Ausfuhren der Vereinigten Staaten zogen spürbar an. Dies spiegelt die allgemein gute Wirtschaftsentwicklung in diesen Regionen wider. Es waren bis zuletzt vor allem die Vereinigten Staaten und die asiatischen Schwellenländer, die zum Wachstum der globalen Wirtschaft beitrugen. Die meisten übrigen Regionen der Welt befinden sich hingegen in einer wirtschaftlichen Schwächephase. Dabei wirken sich die geopolitischen Konflikte nicht nur in den unmittelbar betroffenen Regionen dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Die eigentliche Ursache für das enttäuschende Wachstum der Weltwirtschaft dürften ungelöste strukturelle Probleme sein, die weiterhin in vielen wichtigen Regionen Herausforderungen darstellen. So bremst z. B. mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in einer Reihe europäischer Länder die wirtschaftliche Entwicklung, wobei das schwache Wachstum zugleich die erforderlichen strukturellen Anpassungen erschwert.

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte wegen der strukturellen Probleme mittelfristig nur allmählich an Fahrt gewinnen.<sup>1</sup> Insbesondere die Grunddynamik im Euroraum wird zunächst kaum wesentlich zunehmen. Dies signalisiert z. B. der Composite Leading Indicator, der seit der Jahreswende leicht rückläufig ist. Die OECD hat jüngst, wie zuvor auch schon der IWF, ihre Einschätzung für das Wachstum des Welt-BIP im Jahr 2014 auf 3,3 % zurückgenommen. Für das Folgejahr erwartet sie eine geringe Beschleunigung des Wachstums auf 3,7 % (IWF: +3,8 %). Dabei bleiben die Abwärtsrisiken hoch. Die Entwicklung der Ölpreise könnte für positive Impulse sorgen.

## Industrieproduktion International (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

## USA: Auf solidem Wachstumskurs.

Die US-Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs. Im dritten Quartal erhöhte sich das BIP um annualisiert 3,9%. Zuvor war der witterungsbedingte Rückgang im ersten Quartal um annualisiert 2,1% im zweiten Quartal mit einem Wachstum von annualisiert 4,6% mehr als ausgeglichen worden. Die größten Wachstumsbeiträge kamen zuletzt von den privaten Konsumausgaben, den staatlichen Ausgaben und dem Außenbeitrag. Der private Konsum wird durch die Entwicklung des Arbeitsmarkts gestützt. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich im November kräftiger als bisher im laufenden Jahr um 321.000. Die Industrieproduktion nahm im November beschleunigt zu. Das ISM-Geschäftsklima in der Industrie fiel im November leicht unter seinen Jahreshöchststand. Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich tendenziell weiter ab (Oktober: +1,7%). Angesichts des starken Wachstums hat der IWF seine Prognose des BIP für 2014 auf +2,2% angehoben. Die Einschätzung für 2015 beließ er bei +3,1%.

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Dezember 2014 vorlagen.



## Internationale Wirtschaftsentwicklung

### Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3
Euroraum	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2
USA	1,1	0,9	-0,5	1,1	1,0
Japan	0,4	-0,4	1,4	-1,7	-0,5

### Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Euroraum	11,6	11,5	11,5	11,5	-
USA	6,2	6,1	5,9	5,8	5,8
Japan	3,8	3,5	3,6	3,5	-

### Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

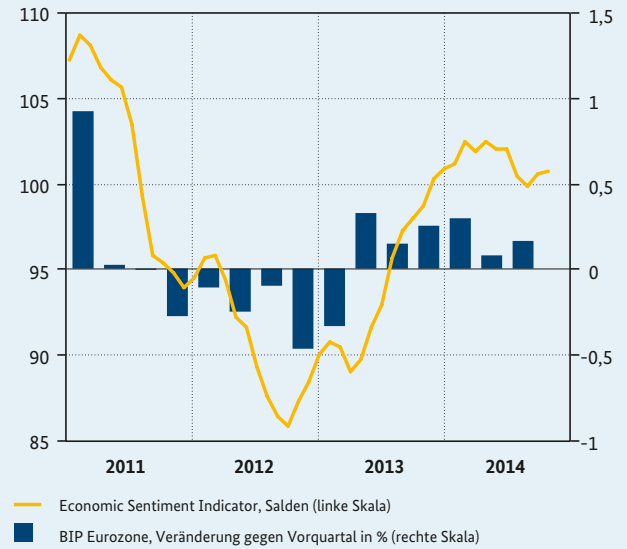
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Euroraum	0,4	0,4	0,3	0,4	0,3
USA	2,0	1,7	1,7	1,7	-
Japan	3,4	3,3	3,3	2,9	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

## Japan: Anhaltende Schwäche.

Das Bruttoinlandsprodukt schwächte sich in den zwei Sommerquartalen ab. Die Anhebung der Verbrauchsteuer im April von 5 auf 8 Prozent hatte Vorzieheffekte ausgelöst. Das BIP nahm daher im ersten Quartal um 1,4% zu. Nach dem Rückprall im zweiten Quartal um 1,7% ging das BIP im dritten Quartal überraschend nochmals um 0,5% zurück. Ein selbsttragender Aufschwung ist nicht in Sicht. Die Unternehmen erwarten zwar laut TANKAN-Bericht der Zentralbank eine leichte Besserung im vierten Quartal. Allerdings trübte sich die Einschätzung im Economy Watchers Survey des japanischen Kabinettsamts im November weiter ein. Die Industrieproduktion konnte sich nach dem Jahrestiefstand im August im September (+2,9%) und Oktober (+0,2%) etwas erholen. Die Exportdynamik hat sich seit Mitte des Jahres belebt. Auch die Beschäftigung ist seit dem ersten Quartal wieder tendenziell aufwärtsgerichtet. Insgesamt spricht die Mehrzahl der Indikatoren für eine mäßige Erholung im vierten Quartal. Auch 2015 dürfte die konjunkturelle Grunddynamik noch gering bleiben. Die OECD rechnet für die Jahre 2014 und 2015 mit einem BIP-Wachstum von 0,4% bzw. 0,8%. Nachdem die Regierungskoalition die vorgezogenen Neuwahlen im Dezember gewonnen hat, ist mit einer Fortsetzung der expansiv ausgerichteten Wirtschaftspolitik zu rechnen.

## Eurozone: BIP und Economic Sentiment (saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

## Euroraum: Zögerliche Erholung setzt sich fort.

Die Erholung im Euroraum verlief bisher zögerlich. Auch im dritten Quartal nahm das BIP nur leicht beschleunigt um 0,2% zu. Nach den revidierten aktuellen Daten von Eurostat war es im ersten Quartal um 0,3% und im zweiten Quartal um 0,1% gestiegen. Die Konjunktur in den einzelnen Ländern entwickelt sich weiterhin heterogen. Positive Impulse kamen im dritten Quartal unter anderem aus Frankreich (+0,3%) und Spanien (+0,5%), während Italiens Wirtschaft erneut schrumpfte (-0,1%) und Österreich stagnierte. Griechenland wuchs im dritten Quartal kräftig um 0,7% und damit das dritte Mal in Folge. Außerhalb des Euroraums setzte das Vereinigte Königreich seinen kräftigen Aufschwung fort (+0,7%). Die Industrieproduktion im Euroraum erholte sich im September und Oktober etwas von ihrem Jahrestiefstand im August. Auch der Economic Sentiment Indicator für die Industrie verbesserte sich im November den zweiten Monat in Folge etwas. Die Arbeitslosenquote verharrte im Oktober aber bei 11,5% und die Jahresrate der Verbraucherpreise schwächte sich im November weiter auf +0,3% ab, dem tiefsten Stand seit gut fünf Jahren. Insgesamt dürfte sich die Erholung im Euroraum erst im Verlauf des Jahres 2015 ein wenig beschleunigen. Der IWF rechnet für das Gesamtjahr 2014 mit einem BIP-Wachstum von +0,8%. Für das Jahr 2015 erwartet er ein Wachstum von +1,3%. Die EU-Kommission prognostiziert +0,8% bzw. +1,1%.

# Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

## 1. Gesamtwirtschaft

Deutsche Wirtschaft im schwachen außenwirtschaftlichen Umfeld robust.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft kommt vorerst nur zögerlich voran.<sup>2</sup> Das außenwirtschaftliche Umfeld zeigt sich nach wie vor wenig dynamisch und bleibt fragil. Dennoch senden aktuelle Konjunkturindikatoren erste positive Signale. Nach dem leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal, der auch durch Sondereffekte bedingt war, hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung im dritten Quartal bereits wieder geringfügig erhöht. Das Bruttoinlandsprodukt nahm um 0,1% gegenüber dem Vorquartal zu.<sup>3</sup> Während die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten nochmals leicht zurückgingen, stützten die privaten und staatlichen Konsumausgaben und der Anstieg der Nettoexporte die Nachfrage. Zu Beginn des Jahresschlussquartals hat sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe stabilisiert und die Auftragseingänge zogen an. Die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen setzten ihren leichten Aufwärtstrend fort und die Einzelhandelsumsätze belebten sich ebenfalls. Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich zuletzt wieder etwas gefestigt. Sowohl das ifo Geschäfts-

klima als auch die ZEW-Konjunkturerwartungen hellten sich auf. Der schwächere Euro und die günstigeren Ölpreise dürften mittelfristig belebend wirken. Insgesamt mehren sich Signale, die für eine sich allmählich verstärkende Erholung sprechen.

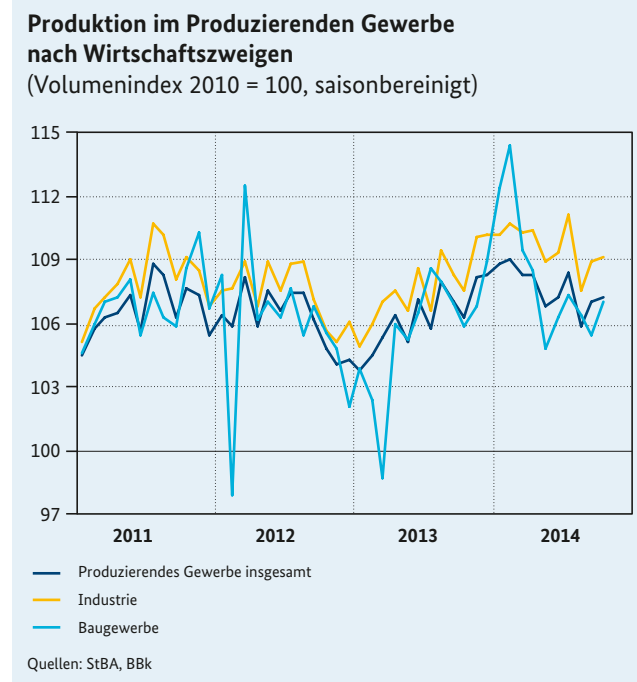
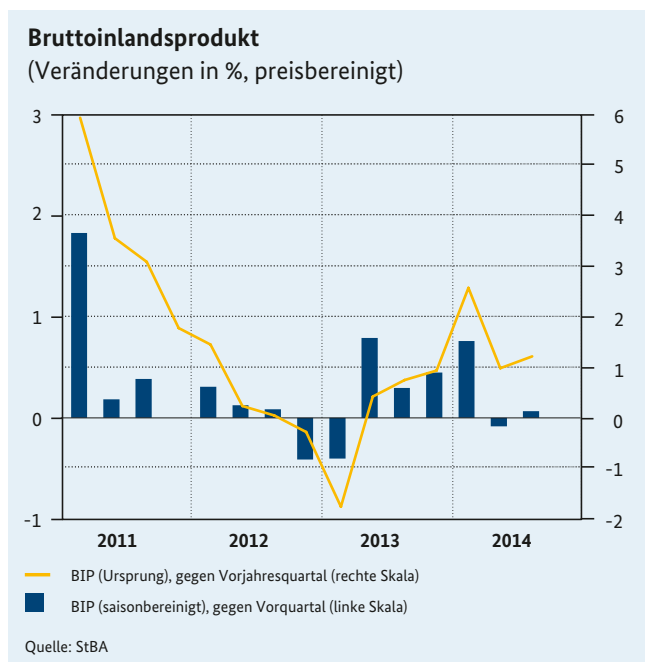
## 2. Produzierendes Gewerbe

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich stabilisiert.

Die Auftragseingänge und das Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe senden erste positive Signale.

Gute Rahmenbedingungen sprechen für Zunahme der Bautätigkeit.

Nach der Abschwächung der Produktion im Sommerhalbjahr hat sich die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe stabilisiert. Hierzu trugen sowohl die Entwicklungen in der Industrie als auch im Baugewerbe bei. Im Oktober nahm die Gesamterzeugung im Produzierenden Gewerbe um



2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Dezember 2014 vorlagen.

3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

0,2% zu. Das Produktionsniveau lag damit im Oktober geringfügig über dem durchschnittlichen Produktionsniveau des dritten Quartals.

Die Konjunktur in der international ausgerichteten deutschen Industrie hatte sich im Sommerhalbjahr mit der Verschärfung der geopolitischen Krisen und der enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum spürbar abgekühlt. Im dritten Quartal schlug sich die späte Lage der Sommerferien zudem – in saisonbereinigter Rechnung – in kräftigen Produktionsschwankungen nieder. Mit ihrem Anstieg im Oktober um 0,2% dürfte sich die Industrieproduktion nunmehr stabilisiert haben.

## Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

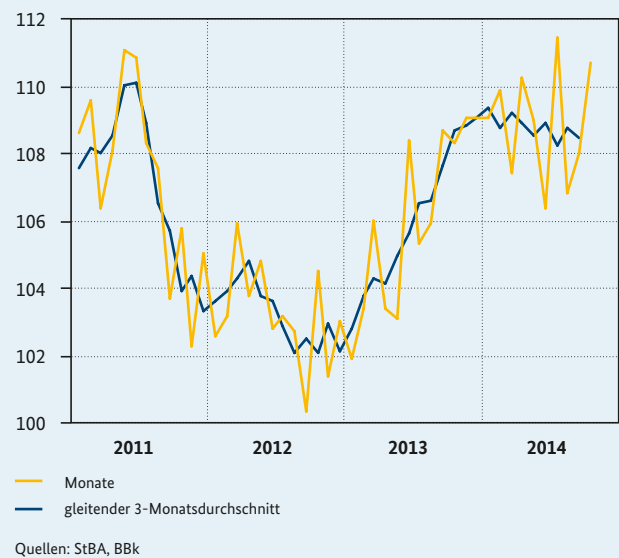
	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
<b>Produktion</b>					
Insgesamt	-0,7	-0,3	-3,2	1,3	0,2
Vorleistungsgüter	-1,0	-0,8	-1,5	0,0	0,8
Investitionsgüter	-0,5	0,2	-5,8	3,4	-0,4
Konsumgüter	-0,4	-0,6	0,0	-1,5	0,5
<b>Umsätze</b>					
Insgesamt	-0,7	0,1	-1,4	0,0	1,0
Inland	-0,9	-0,8	-3,1	0,5	0,4
Ausland	-0,5	1,1	0,4	-0,5	1,7
<b>Auftragseingänge</b>					
Insgesamt	-0,2	0,2	-4,2	1,1	2,5
Inland	-0,9	-2,0	-1,0	-2,6	5,3
Ausland	0,3	1,8	-6,5	4,0	0,6
Vorleistungsgüter	-0,9	-1,1	-2,0	1,3	2,5
Investitionsgüter	0,0	1,1	-6,6	1,4	3,0
Konsumgüter	1,3	-1,7	4,0	-1,3	-0,1

Quellen: StBA, BBk

Die Dreimonatsvergleiche für die Industrie insgesamt und die industriellen Hauptgruppen (Vorleistungs-, Investitions-, Konsumgüter) weisen zwar noch negative Vorzeichen auf. Das Niveau der Industrieproduktion insgesamt befindet sich im Oktober aber nur geringfügig unter dem durchschnittlichen Produktionsniveau des dritten Quartals. Dabei fiel die Erzeugung von Vorleistungsgütern etwas stärker und die von Investitions- und Konsumgütern etwas schwächer aus als im dritten Quartal. Die Umsätze in der Industrie entwickelten sich am aktuellen Rand noch etwas

günstiger. Sie nahmen im Oktober um 1,0% zu. Die Auslandsumsätze erhöhten sich mit +1,7% deutlich stärker als die Umsätze im Inland mit +0,4%.

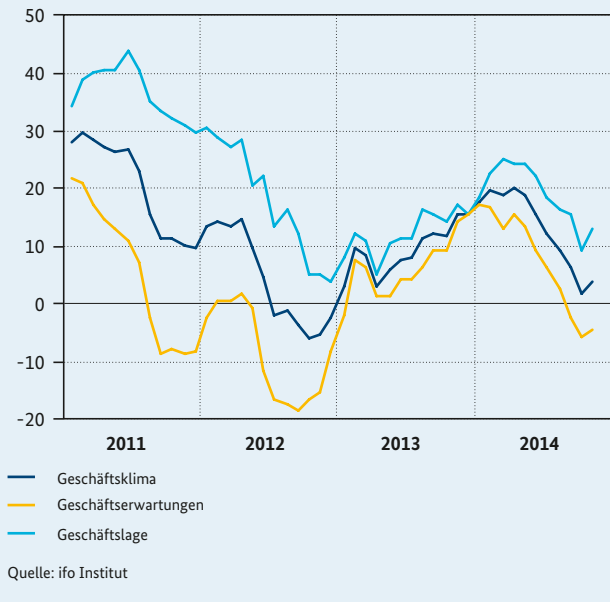
**Auftragseingang in der Industrie**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Der gute Start der Auftragseingänge in das Jahresschlussquartal deutet ebenfalls darauf hin, dass sich die Industriekonjunktur zumindest stabilisiert hat. Sie erhöhten sich im Oktober um 2,5% deutlich über das durchschnittliche Niveau des dritten Quartals. Dabei war der Anteil an Großaufträgen sogar unterdurchschnittlich. Es gingen sowohl mehr Bestellungen für Vorleistungs- als auch für Investitionsgüter ein. Die Bestellungen aus dem Inland stiegen äußerst kräftig um 5,3%. Dies war überwiegend auf den sprunghaften Anstieg der Bestellungen in der Kfz-Industrie nach den flauen Ferienmonaten zurückzuführen. Die Bestellungen aus dem Ausland nahmen zwar nur um 0,6% zu, sie setzten aber ihre leichte Aufwärtstendenz fort.

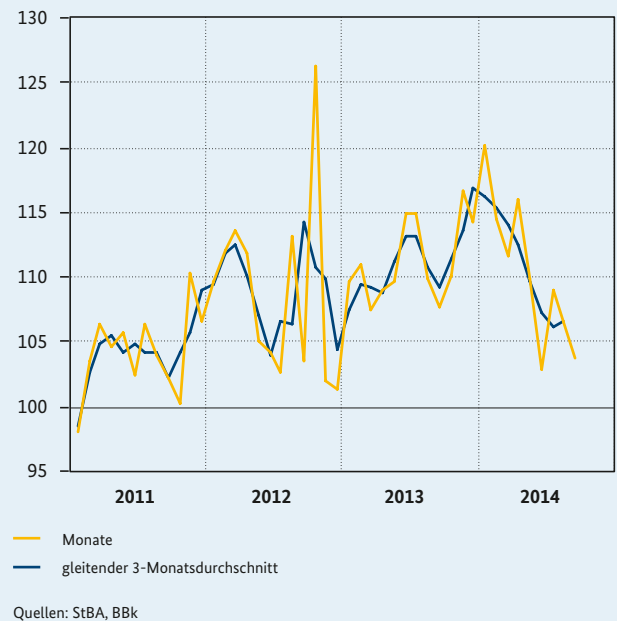
Für eine Stabilisierung der Industriekonjunktur sprechen auch die Stimmungsindikatoren. Sie senden zwar noch gemischte Signale. Der Markit/BME-Einkaufsmanager-Index für die Industrie schwächte sich im November auf seinen Tiefstand im laufenden Jahr ab. Sowohl das ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe als auch die ZEW-Konjunkturerwartungen hellten sich demgegenüber im November erstmals nach mehrmonatiger Abschwächung spürbar auf, was ebenfalls für eine kommende Belebung der Industriekonjunktur sprechen könnte.

**ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe**  
(saisonbereinigt, Salden)



Die Baukonjunktur hat an Schwung verloren. Das Produktionsniveau im Baugewerbe liegt im laufenden Jahr zwar deutlich höher als im Vorjahr, tendiert aber trotz Anstieg im Oktober gegenwärtig seitwärts. Dies gilt sowohl für den Hoch- und Tiefbau als auch für das Ausbaugewerbe.

**Auftragseingang im Bauhauptgewerbe**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



**Baugewerbe**

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

**Produktion**

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Insgesamt	-5,0	-0,1	-0,9	-0,8	1,4
Bauhauptgewerbe	-6,0	-0,3	-1,1	1,3	0,7
Ausbaugewerbe	-3,9	0,1	-0,8	-3,1	2,3

**Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe**

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Insgesamt	-5,0	-2,9	5,9	-2,2	-2,7
Hochbau	-7,5	-1,5	6,9	-7,7	1,4
Wohnungsbau*	-3,9	-10,2	-3,7	-6,2	10,7
Gewerblicher*	-11,9	7,4	17,8	-9,2	-2,3
Öffentlicher*	-0,1	-7,3	-0,9	-5,4	-9,7
Tiefbau	-2,1	-4,5	4,6	4,2	-6,9
Straßenbau*	-8,6	-5,6	10,4	-8,7	-4,3
Gewerblicher*	-4,5	-6,5	6,2	-2,7	-8,7
Öffentlicher*	11,8	-0,5	-5,7	35,6	-7,9
Öffentlicher Bau insg.	-0,7	-4,0	2,7	5,7	-6,6

Quellen: StBA, BBk

\* Angaben in jeweiligen Preisen

Hinzu kommt, dass sich die Auftragseingänge nach einem deutlichen Aufwuchs in der ersten Jahreshälfte wieder abgeschwächt haben. Dies betrifft sowohl Aufträge von gewerblichen und öffentlichen Auftraggebern als auch den Wohnungsbau. Auch die Baugenehmigungen haben, gemessen an den veranschlagten Kosten, an Dynamik eingebüßt. Dies gilt insbesondere auch für den Wohnungsbau, wenn man das genehmigte Raumvolumen heranzieht.

Die nach wie vor guten Rahmenbedingungen für den Bau, wie zum Beispiel die niedrigen Zinsen, die relativ guten Einkommensperspektiven der privaten Haushalte und die zunehmende Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hand, sprechen trotz der gemischten Kurzfristindikatoren klar für eine weitere Zunahme der Bauaktivitäten auch schon in den kommenden Monaten. Dies signalisiert auch der ifo Konjunkturtest, der trotz Abschwächung im Jahresverlauf nach wie vor ein stark überdurchschnittliches Geschäftsklima ausweist, das sich zudem im November etwas aufgehellt hat.

### 3. Privater Konsum

Private Konsumausgaben steigen um 0,7% im dritten Quartal.

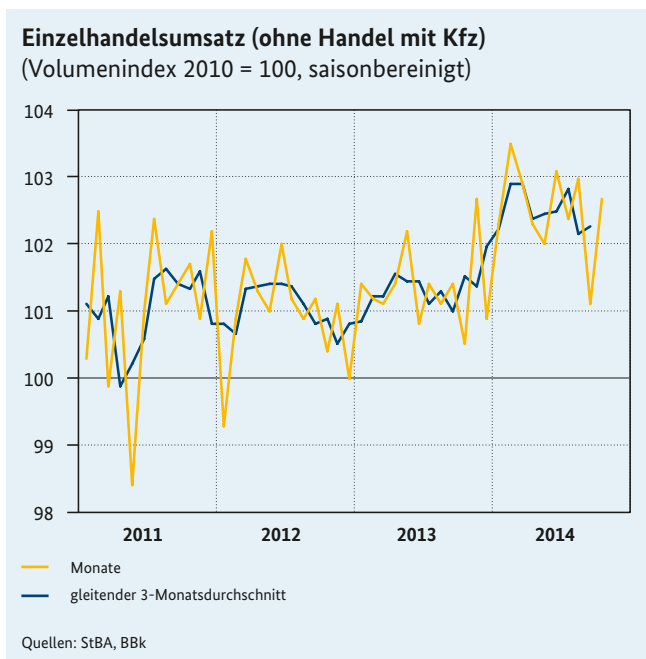
Umfragen zum Konsumklima lassen ein gutes Weihnachtsgeschäft erwarten.

Der private Konsum bleibt trotz der geringeren gesamtwirtschaftlichen Dynamik der wichtigste Pfeiler für die deutsche Konjunktur. Im dritten Quartal sind die privaten Konsumausgaben preisbereinigt kräftig um 0,7% gestiegen. Dies ist der stärkste Quartalszuwachs seit drei Jahren. Grundlage waren der weiterhin robuste Arbeitsmarkt und die damit verbundene Einkommensentwicklung. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im dritten Quartal um 1,2% gewachsen. Die gleichzeitig sehr niedrige Inflation führte dazu, dass den Verbrauchern mehr Kaufkraft zur Verfügung stand.

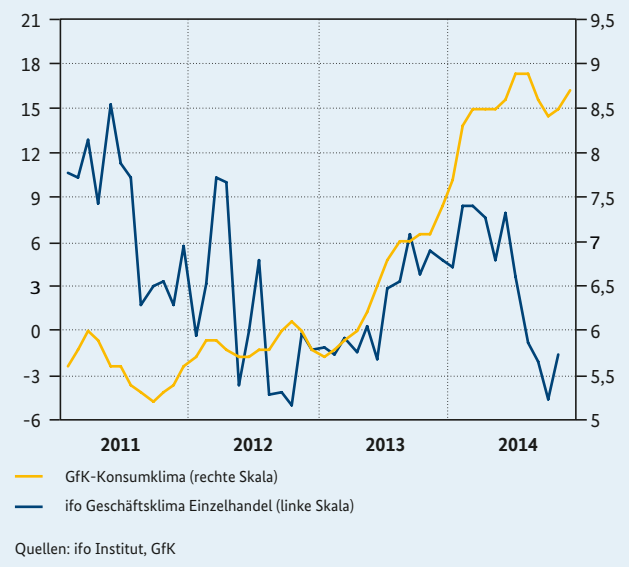
Gleichzeitig deuten einige Indikatoren darauf hin, dass die aktuelle konjunkturelle Schwächephase nicht spurlos an den Handelsunternehmen vorbeigeht. Unter anderem entwickelten sich die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) gemessen am Dreimonatsvergleich bis zuletzt leicht rückläufig. Allerdings sind die Umsätze gut ins vierte Quartal gestartet. Im Oktober gab es einen deutlichen Anstieg von

1,6%. Im Kfz-Handel gab es nach dem starken August-Ergebnis den erwarteten Gegeneffekt im September (-2,1%). Für das dritte Quartal ergab sich damit ein Plus von 0,5%. Dabei ist zu beachten, dass darin auch gewerbliche Kfz-Verkäufe enthalten sind.

Insgesamt hat sich die Stimmung im Einzelhandel zuletzt wieder etwas stabilisiert. Nach vier Rückgängen in Folge stieg das ifo Geschäftsklima für den Einzelhandel im November an. Es bewegt sich damit weiterhin über dem langfristigen Durchschnitt. Vor allem die seit Herbst letzten Jahres merklich eingetrübten Erwartungen der Einzelhändler haben sich im Oktober und November erholt. Darin dürfte sich auch das anstehende Weihnachtsgeschäft widerspiegeln, das nach den Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) recht ordentlich ausfallen dürfte. Das Konsumklima bewegt sich auf hohem Niveau und ist zuletzt weiter gestiegen. Vor allem die hohe Anschaffungsneigung und die positiven Einkommenserwartungen der Verbraucher sprechen für ein umsatzstarkes Jahresende.



**Klimaindikatoren für den privaten Konsum**  
(Salden)



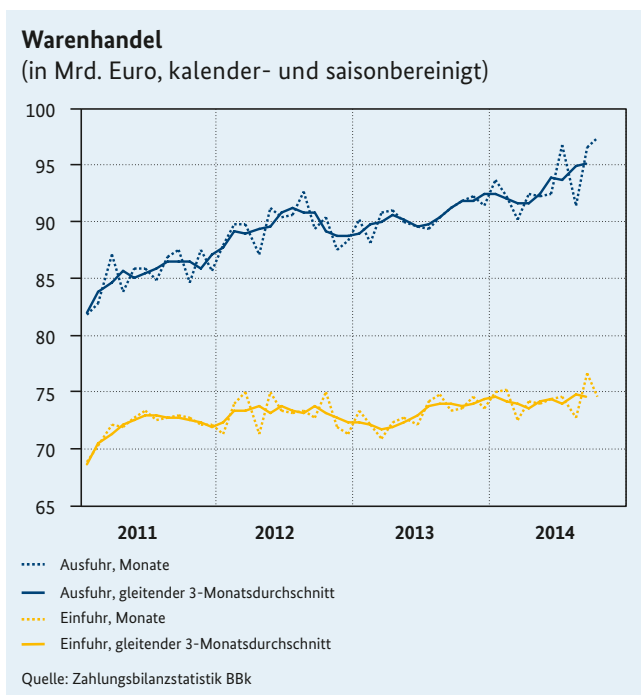
Der robuste Arbeitsmarkt und die stabile Preisentwicklung dürften dafür sorgen, dass der private Konsum auch im kommenden Jahr seinen Beitrag zur Konjunktur leistet. Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion davon aus, dass die privaten Konsumausgaben im Jahr 2014 um 1,0% und im Jahr 2015 sogar um 1,4% real ansteigen werden.

## 4. Außenwirtschaft

### Deutsche Außenwirtschaft trotz globaler Schwäche.

In einem weiterhin schwachen außenwirtschaftlichen Umfeld konnte sich der deutsche Außenhandel im dritten Quartal überraschend gut behaupten. Im Vergleich zum Vorquartal legten die Waren- und Dienstleistungsexporte real kräftig um 1,9% zu.<sup>4</sup> Einen größeren Anstieg des Exportvolumens gab es zuletzt vor über drei Jahren. Die Einfuhren wurden im dritten Quartal real um 1,7% ausgeweitet, was auf die steigenden Einkommen zurückzuführen ist. Insgesamt ergab sich daraus ein positiver Wachstumsbeitrag zum BIP-Wachstum von 0,2 Prozentpunkten.

Nach den Zahlungsbilanzdaten der Deutschen Bundesbank sind die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nominal auch im Oktober um 0,8% gestiegen. In der Tendenz lässt sich seit dem Frühjahr eine leichte Aufwärtsbewegung beobachten (Dreimonatsvergleich: +1,2%). Die ruhige Entwicklung der Ausfuhrpreise und die realen VGR-Exportdaten für das dritte Quartal sprechen dafür, dass dieser Anstieg nicht auf Preiseffekte zurückzuführen ist.



Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen gingen im Oktober nominal um 1,9% zurück. Nach dem starken Anstieg im September war eine solche Gegenbewegung zu erwarten. Der Rückgang der Mineralölpreise ab Jahresmitte hat hierzu beigetragen. Im Dreimonatsvergleich zeigt sich seit dem Sommer ein schwacher, aber stabiler Aufwärtstrend.

Im Handel mit Waren und Dienstleistungen ergab sich im Oktober saisonbereinigt ein positiver Saldo von 18,9 Mrd. Euro. Dies sind 2,8 Mrd. Euro mehr als im Vormonat und 5,4 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Bis Oktober 2014 hat sich damit ein kumulierter Überschuss von 83,8 Mrd. Euro ergeben. Im Jahr zuvor belief sich der vergleichbare Überschuss auf lediglich 65,1 Mrd. Euro. Für die Leistungsbilanz ergibt sich im Oktober damit saisonbereinigt ein Saldo von 22,6 Mrd. Euro, das sind 6,1 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr.

### Außenhandel\*

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
<b>Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)</b>					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>Ausfuhr</b>	0,5	2,4	-4,6	4,7	0,8
<b>Einfuhr</b>	0,4	1,2	-1,3	4,3	-1,9
<b>Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)</b>					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>Ausfuhr</b>	1,8	5,7	-0,9	8,6	4,9
Eurozone	2,1	3,5	0,4	3,4	1,9
EU Nicht-Eurozone	8,0	11,5	4,5	13,8	7,6
Drittländer	-1,3	4,7	-4,4	10,6	6,3
<b>Einfuhr</b>	0,7	2,3	-2,4	8,2	0,9
Eurozone	0,8	3,0	0,8	9,0	0,2
EU Nicht-Eurozone	7,3	6,0	-1,4	8,1	3,6
Drittländer	-3,0	-0,4	-6,3	7,7	0,2

Quellen: StBA, BBk

\* Angaben in jeweiligen Preisen

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft geben einige positive Signale. Die Exporterwartungen der Unternehmen haben sich im Oktober und November wieder etwas verbessert, nachdem sie sich im dritten Quartal vor dem Hintergrund der schwachen Entwicklung im Euroraum und insbesondere auch des Russland-Ukraine-Konflikts spürbar verschlechtert hatten. Sie liegen aber weiterhin unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Die Auslandsumsätze der Industrie sowie die Auslandsbestellungen nahmen im dritten Quartal zu und starteten positiv ins vierte

Quartal. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbesserte sich im Zuge der Euroabwertung seit März um etwa 1,5 %.

## 5. Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt nimmt die Beschäftigung weiter zu und die Arbeitslosigkeit ab.

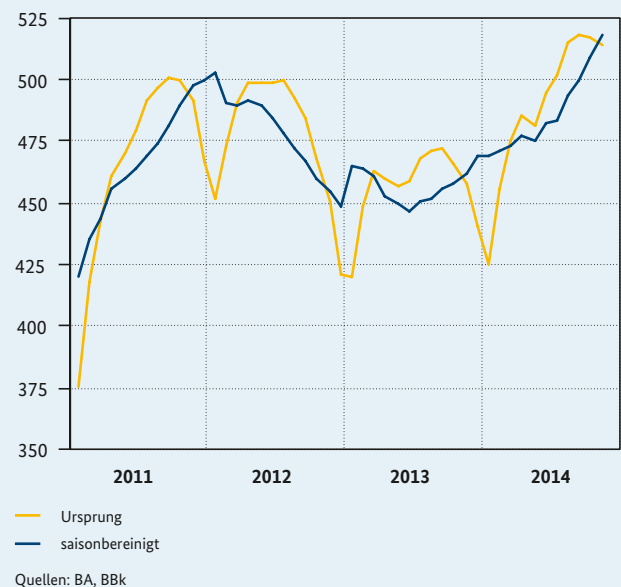
Die Zahl der offenen Stellen ist hoch und steigt.

Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich trotz konjunktureller Abkühlung weiter positiv. Die Beschäftigung nimmt zu und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Die Zahl der offenen Stellen steigt. Diese Tendenzen dürften sich in den kommenden Monaten fortsetzen.

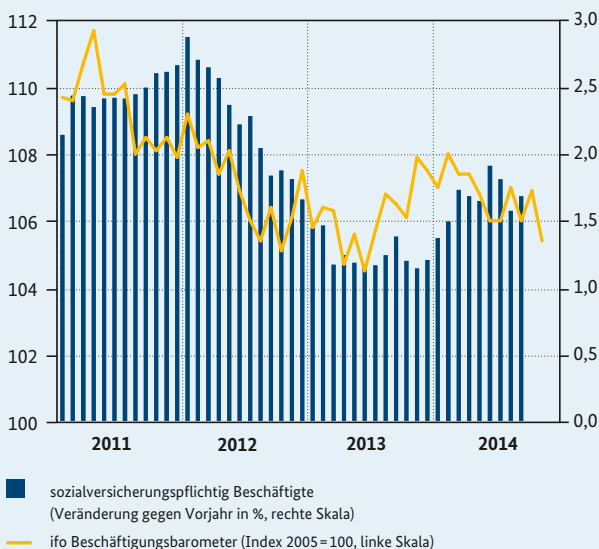
Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt haben sich im November unterschiedlich entwickelt. Das ifo Beschäftigungsbarometer setzte seinen leicht rückläufigen Trend fort und verschlechterte sich im November spürbar. Dagegen verbesserte sich das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Der Indikator bewegt sich seit vier Monaten in dem Bereich, der einen weiteren Abbau der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit signalisiert.

Die Zahl der offenen Stellen entwickelt sich weiter positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im November saisonbereinigt um weitere 9.000. Hierzu trägt allerdings auch bei, dass es schwieriger wird, die Stellen schnell zu besetzen. Nicht saisonbereinigt war ein Bestand von 515.000 Stellen gemeldet, 57.000 mehr als vor einem Jahr. Der überwiegende Teil dieser Stellen ist sozialversicherungspflichtig (95 %), in Vollzeit (84 %), unbefristet (80 %) und sofort zu besetzen (91 %). Der BA-X Stellenindex stieg daher um einen Punkt auf 176 Punkte, den höchsten Wert seit über zwei Jahren.

**Gemeldete Arbeitsstellen**  
(in 1000)



**ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**

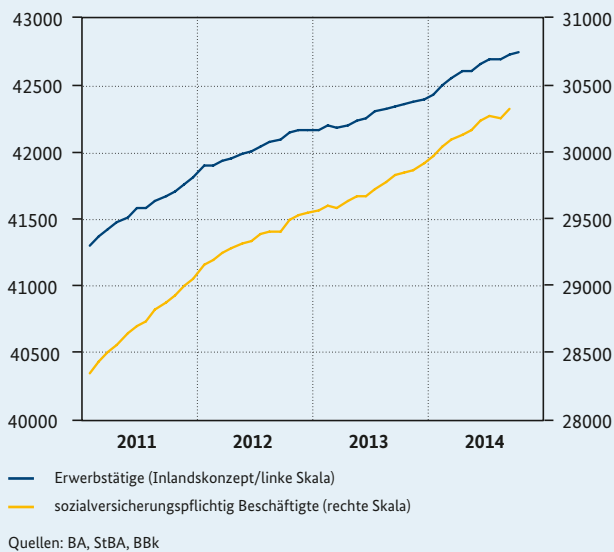


Die Erwerbstätigkeit nimmt trotz des gegenwärtig langsameren Konjunkturverlaufs weiter zu. Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im Oktober um weitere 33.000 Personen. Damit wurde erstmals die Marke von 43 Mio. Beschäftigten überschritten (Ursprungszahl). Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein deutlicher Zuwachs von 403.000 Personen bzw. 0,9 %.

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit wird durch einen Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Im September – neuere Daten liegen nicht vor – war diese im Zuge der Herbstbelegung auf 30,67 Mio. Personen gestiegen. Dies sind 508.000 oder 1,7 % mehr Beschäftigte als im Vorjahr. In saisonbereinigter Betrachtung nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im September kräftig um 67.000 Personen

zu. Im August hatte der Beschäftigungsaufbau aufgrund der späten Lage der Schul- und Werksferien kurzzeitig eine Pause eingelegt.

### Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



### Arbeitsmarkt

#### Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,886	2,860	2,808	2,733	2,717
gg. Vorjahr in 1.000	-55	-43	-41	-68	-89
gg. Vorperiode in 1.000*	-20	3	9	-23	-14
Arbeitslosenquote	6,6	6,6	6,5	6,3	6,3

#### Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
in Mio.	42,6	42,9	42,8	43,0	43,1
gg. Vorjahr in 1.000	389	384	377	381	403
gg. Vorperiode in 1.000*	129	84	6	22	33

#### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
in Mio.	30,1	30,4	30,1	30,3	30,7
gg. Vorjahr in 1.000	305	250	536	470	508
gg. Vorperiode in 1.000*	139	108	28	-2	67

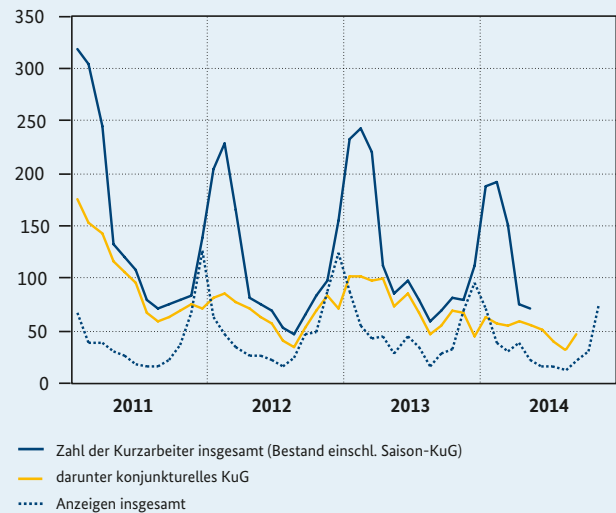
Quellen: BA, StBA, BBk

\* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr unterschiedlich. Die Zahl der Selbstständigen ist im dritten Quartal binnen Jahresfrist um 43.000 auf 4,43 Mio. gesunken. In Arbeitsgelegenheiten waren nach vorläufigen Angaben im Oktober 107.000 ALG-II-Empfänger beschäftigt, etwa 10% weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten lag im September mit 5,01 Mio. um 3.000 Personen geringfügig über dem Vorjahresstand. Insgesamt 2,50 Mio. Personen bzw. 8,2% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übten zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob aus, dies sind 85.000 Personen mehr als vor einem Jahr (+3,5%).

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit spielt nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle. Im September wurde nach vorläufigen Daten an 47.000 Personen Kurzarbeitergeld gezahlt. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 9.000 Kurzarbeiter. Die Zahl neuer Anzeigen für Kurzarbeit stieg im November jahreszeitlich bedingt auf knapp 76.000 Personen, nach 71.000 im Vorjahr.

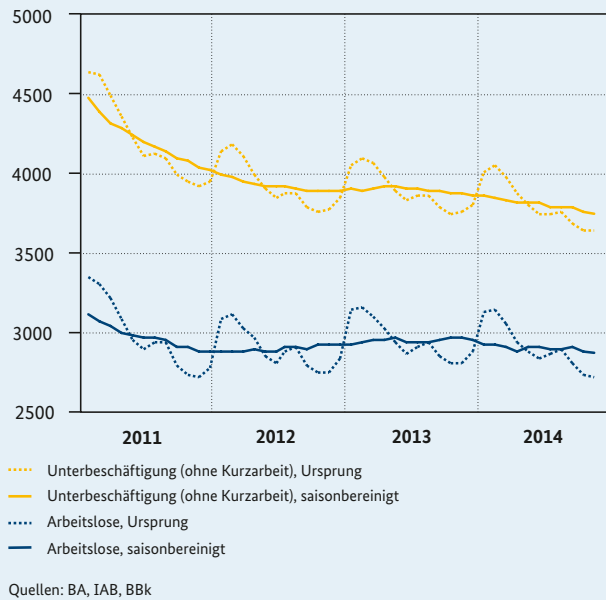
### Kurzarbeit und Anzeigen (in 1000)



Die Arbeitslosigkeit ist weiter auf dem Rückzug. Im November ging die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen etwas stärker als jahreszeitlich üblich auf 2,717 Mio. (Ursprungszahlen) zurück. Der Vorjahresstand wurde um 89.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosenquote blieb bei 6,3%. Saisonbereinigt verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 14.000 Personen.

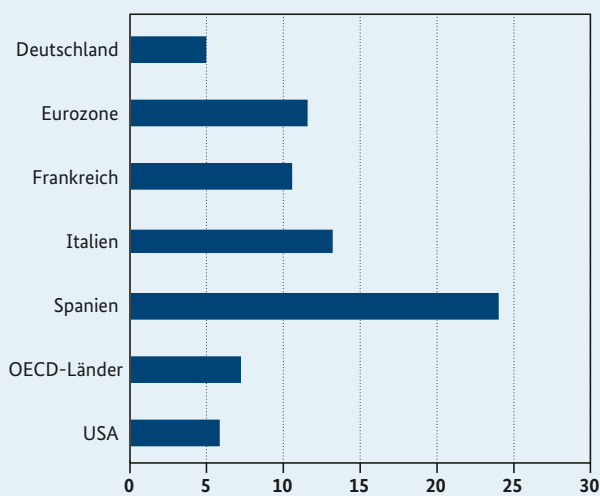


### Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote verringerte sich im Oktober saisonbereinigt leicht auf 4,9% (September: 5,0%). Im internationalen Vergleich hat Deutschland damit eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

### Internationale Arbeitslosenquoten (ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Oktober 2014)



Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit einschließt, lag im November bei 3,64 Mio. Personen (ohne Kurzarbeit). Gegenüber dem Vormonat ging sie saisonbereinigt, in ähnlichem Umfang wie die Arbeitslosigkeit, um 17.000 Personen zurück. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Unterbeschäftigung um 128.000 Personen ab.

Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung entwickeln sich in der Tendenz weniger günstig als die Beschäftigung. Dies ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen:

Die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf das Erwerbspersonenpotenzial werden gegenwärtig vor allem durch Zuwanderung und eine gestiegene Erwerbsneigung überkompensiert. Das IAB schätzt in seiner Prognose vom September 2014, dass sich das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2014 um 138.000 und im Jahr 2015 um 118.000 auf dann 45,9 Mio. Personen erhöht. Dies dämpft den Abbau der Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus werden mit dem fortgeschrittenen Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen oft nicht den Anforderungen der Unternehmen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt dadurch schleppender.

## 6. Preise

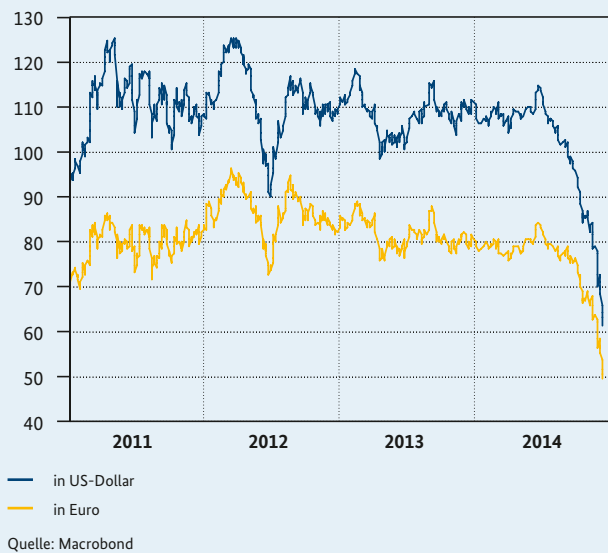
Rohölpreis setzt seine Talfahrt fort und fällt zwischenzeitlich auf ein 5-Jahrestief.

Im Verlauf des Jahres 2015 ist mit einem langsam anziehenden Preisanstieg auf allen Wirtschaftsstufen zu rechnen.

Die aktuelle Rohölpreisentwicklung bestimmt derzeit das Preisklima in Deutschland. Während im Sommerhalbjahr 2014 noch die Konjunkturabschwächung die Preise dämpfte, machte sich in den letzten Monaten des Jahres 2014 zusätzlich der deutliche Rohölpreisrückgang zunehmend bemerkbar. Das anhaltend hohe Ölangebot in Verbindung mit einer gedämpften Nachfrage dürfte hierfür ursächlich sein. Mitte Dezember notierte der Barrelnpreis der Sorte Brent bei ca. 62 US-Dollar. Damit hat sich der Rohölpreis innerhalb von sechs Monaten nahezu halbiert.

Im Juni hatte er noch bei gut 125 US-Dollar je Barrel gelegen. In Euro fiel er aufgrund des schwächeren Euro-Wechselkurses etwas weniger stark um ca. 40%. Die Bundesbank hat infolgedessen ihre Preisprognosen nach unten revidiert. In ihrer aktuellen Dezember-Prognose geht sie nur noch von einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland von 0,9% im Jahr 2014 aus, der sich im Jahr 2015 leicht auf 1,1% und im Jahr 2016 auf 1,8% erhöht.

### Rohölpreis der Sorte Brent (je Barrel)

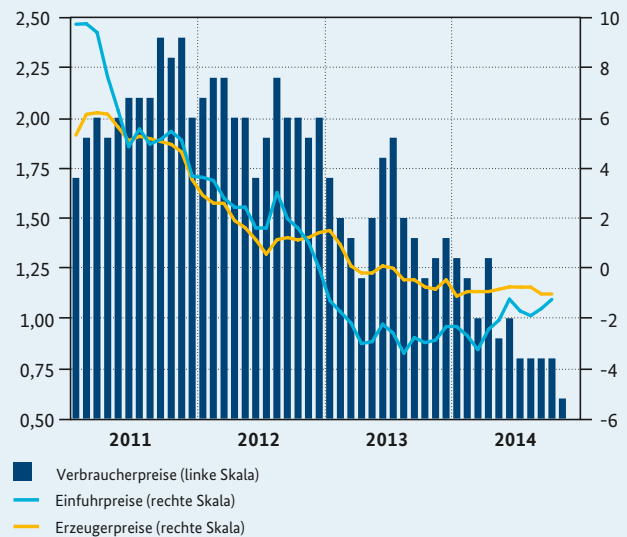


Die Einfuhrpreise verringerten sich im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 0,3% und glichen damit den Preisanstieg des Vormonats wieder aus. Ausschlaggebend für die Entwicklung insgesamt war in erster Linie der anhaltende Rohölpreiskursrückgang. Im Vorjahresvergleich blieb das Preisniveau ebenfalls rückläufig, auch wenn aufgrund von Basiseffekten seit dem Frühjahr 2014 die Vorjahresabstände tendenziell geringer werden. Im Oktober sanken die Importpreise im Vergleich zum Vorjahr um 1,2%, nach einem Rückgang um 1,6% im September und um 1,9% im August. Maßgeblich beeinflusst wurde die Preisentwicklung im Vorjahresvergleich vor allem von den Preissenkungen im Energiesektor (-11,3%). Insbesondere Erdöl (-12,8%), Erdgas (-10,5%), und Mineralölerzeugnisse (-10,4%) verbilligten sich spürbar. Ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente stiegen die Preise für Importwaren auf Jahressicht um 0,6%.

Die Ausfuhrpreise gingen von September auf Oktober leicht um 0,1% zurück. Insbesondere Halbwaren verbilligten sich gegenüber dem Vormonat spürbar (-1,8%). Im Vergleich zum Vorjahr konnten die deutschen Exporteure aufgrund der zögerlichen Entwicklung der Weltwirtschaft nur minimale Preiserhöhungen durchsetzen. Im Durchschnitt stiegen die Preise für Exportwaren von Oktober 2013 auf Oktober 2014 um 0,3%. Die Terms of Trade, die die Relation von Export- und Importpreisen abbilden, lagen im Oktober um 1,6% über Vorjahresniveau. Ursächlich dafür war, dass sich die Exporte binnen Jahresfrist etwas verteuerten, während die Importe, vor allem im Energiesektor, im Preis nachgaben.

### Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die industriellen Erzeugerpreise gingen im Oktober um 0,2% gegenüber dem Vormonat zurück. Eine deutliche Entlastung auf der Produzentenebene ging von der Preisentwicklung von Mineralölerzeugnissen aus, die sich als Folge des Rohölpreiskursrückgangs bereits den vierten Monat in Folge verbilligten. Im Gegensatz dazu verteuerten sich Metalle gegen den allgemeinen Trend fallender Preise in diesem Zeitraum leicht, aber kontinuierlich. Auf Jahressicht sanken die Preise für Industrieprodukte im Oktober um 1,0%. Während die Energiepreise deutlich (-3,6%) nachgaben, verteuerten sich Investitionsgüter etwas (+0,6%).

## Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Insgesamt	-0,3	0,0	0,8	0,6
Nahrungsmittel	0,0	-0,5	0,7	0,0
Bekleidung und Schuhe	-0,4	-0,3	-0,4	0,5
Verkehr	-0,6	-0,8	0,1	-0,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-1,0	1,2	1,2	-0,1
Energie	-1,5	-1,1	-2,3	-2,5
Haushaltsenergie	-1,0	-0,3	-1,6	-1,4
Strom	0,1	0,0	1,8	1,9
Gas	0,1	-0,2	-0,3	-0,5
Heizöl	-5,8	-1,6	-10,8	-9,8
Kraftstoffe	-2,4	-2,8	-3,5	-4,5
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,2	-0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise sind von Oktober auf November unverändert geblieben. Preiswerter wurden analog zu den vorgelagerten Wirtschaftsstufen vor allem Kraftstoffe und Heizöl. Darüber hinaus gingen auch die Nahrungsmittelpreise sowie die Preise für Bekleidung und Schuhe zurück. Diese Preisermäßigungen wurden allerdings durch Preiserhöhungen u. a. im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur wieder ausgeglichen. Binnen Jahresfrist lag das Preisniveau auf der Konsumentenstufe im November um 0,6% über dem Vorjahreswert. Insbesondere die Energiepreise (-2,5%) gingen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück und dämpften die Inflationsrate insgesamt.

## 7. Monetäre Entwicklung

Expansive Maßnahmen der EZB wirkten sich bislang nicht auf die Bilanzsumme aus.

China reagiert mit Zinssenkung auf schwächere Konjunkturdaten.

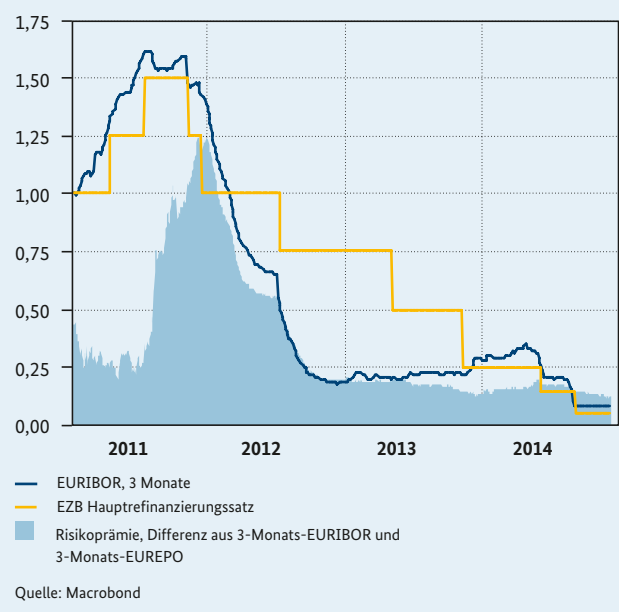
Angesichts der schwachen Erholung und niedriger Inflationsraten im Euroraum setzt die Europäische Zentralbank (EZB) ihre expansive Geldpolitik fort. Auf der letzten Sitzung des EZB-Rats vom 4. Dezember blieben die Leitzinssätze unverändert. Neben dem Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities im Wert von

25,5 Mrd. Euro<sup>5</sup> wurde im Dezember wie angekündigt die zweite gezielte längerfristige Refinanzierungsoperation (TLTRO) durchgeführt. Dadurch wurde den Geschäftsbanken im Euroraum zusätzliche Liquidität in Höhe von knapp 130 Mrd. Euro für einen Zeitraum von fast vier Jahren bereitgestellt. Gleichzeitig gibt es jedoch weitere Rückzahlungen aus vergangenen längerfristigen Refinanzierungsoperationen, sodass eine Ausweitung der EZB-Bilanz bisher nicht zu beobachten ist.

Auch die Geldpolitik der US-Zentralbank bleibt weiter expansiv ausgerichtet. Bereits seit Ende 2008 liegt der Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25 %. Die gute Konjunktur macht einen Anstieg der Leitzinsen aber zunehmend wahrscheinlicher. Bereits in ihrer Sitzung vom 28. und 29. Oktober hat der Offenmarktausschuss entschieden, das Wertpapierankaufprogramm Ende Oktober auslaufen zu lassen. Seit 2008 wurde die Zentralbankbilanz im Rahmen einer umfangreichen quantitativen Lockerung auf 4,5 Billionen US-Dollar ausgeweitet und damit mehr als vervierfacht.

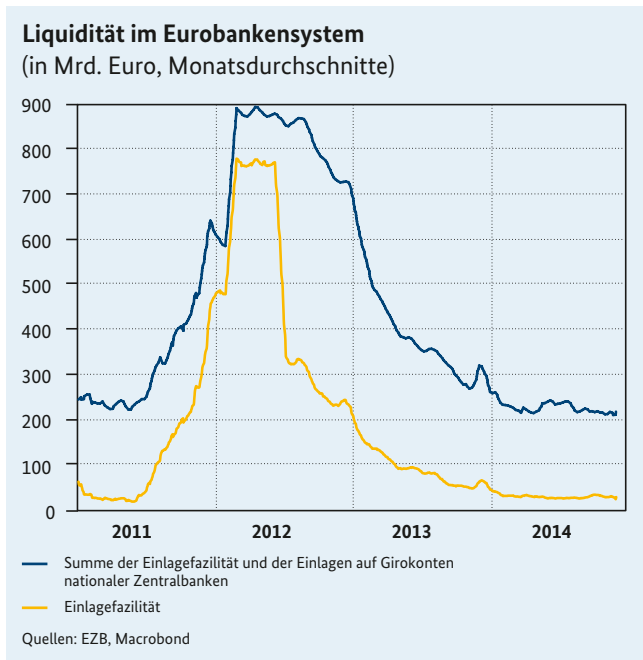
Zuletzt hat auch die chinesische Zentralbank ihre Leitzinsen von 6,0% auf 5,4% gesenkt, um die verhältnismäßig schwache Konjunktur anzutreiben.

Geldmarktsätze in der Eurozone  
(in %)



<sup>5</sup> Bestand der Wertpapiere, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) und dem 3. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3) am 12. Dezember 2014 in der EZB-Bilanz enthalten waren.

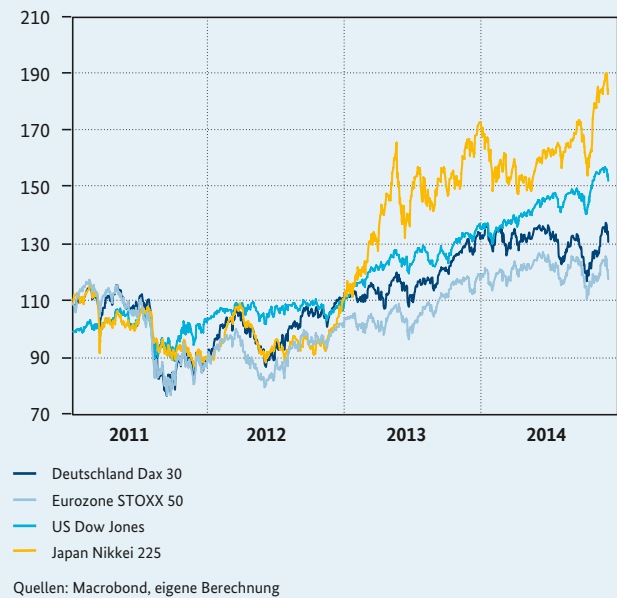
Die Erholung des europäischen Interbankenmarkts kommt weiterhin nur zögerlich voran. Der Risikoaufschlag für die Vergabe unbesicherter Interbankkredite hat sich zwar weiter verringert. Er lag Mitte Dezember bei etwa 12 Basispunkten. Dies ist deutlich weniger als noch im Mai (knapp 20 Basispunkte), bleibt aber etwa doppelt so hoch wie vor der Krise. Allerdings wurde die Kreditvergabe zwischen den Geldinstituten, die sich seit Februar 2013 merklich belebt hatte, zuletzt wieder reduziert. Das durchschnittliche tägliche Volumen lag im November bei 26 Mrd. Euro und damit unter den Werten der Vormonate. Auch die Überschussliquidität der Banken wurde trotz negativen Zinssatzes auf die Einlagenfazilität seit dem Frühjahr nicht weiter reduziert.



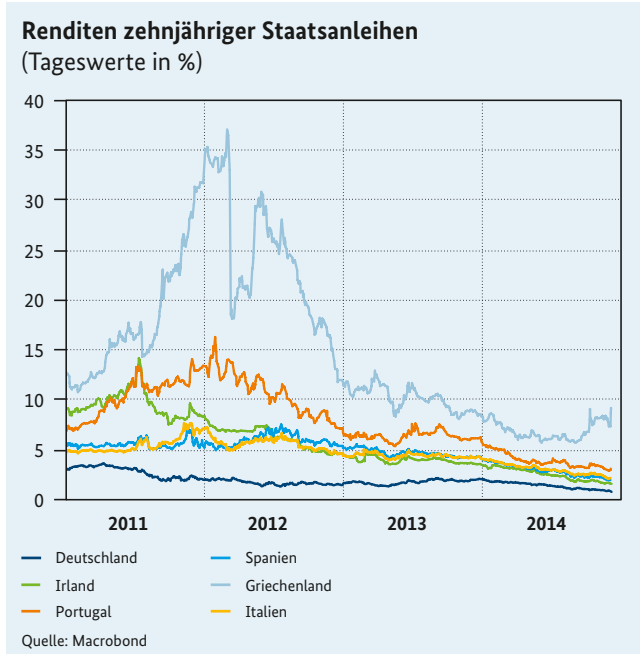
Die europäischen Aktienmärkte verzeichneten im Berichtszeitraum<sup>6</sup> nach zwischenzeitlichen Anstiegen mehrheitlich Kursverluste. Der europäische Stoxx 600 hat um 3,6% nachgegeben. Der deutsche Dax 30 stieg leicht um 0,6%. Der US-amerikanische S&P 500 hat seine Aufwärtsbewegung zuletzt unterbrochen und gab 2,3% nach. Der japanische Nikkei ist nach schlechten Konjunkturdaten um 0,8% zurückgegangen.

Der Euro hat im Vergleich zur US-Währung weiter an Wert verloren, konnte sich zuletzt aber etwas stabilisieren. Nachdem der Kurs Mitte Mai Werte von fast 1,40 US-Dollar erreicht hatte, notierte er Mitte Dezember bei etwa 1,24 US-Dollar. Der Yen wertete im Vergleich zum Euro im Zuge der geldpolitischen Lockerung der japanischen Zentralbank weiter ab. Gegenüber dem Yen stieg der Euro seit Mitte Oktober um fast 9%.

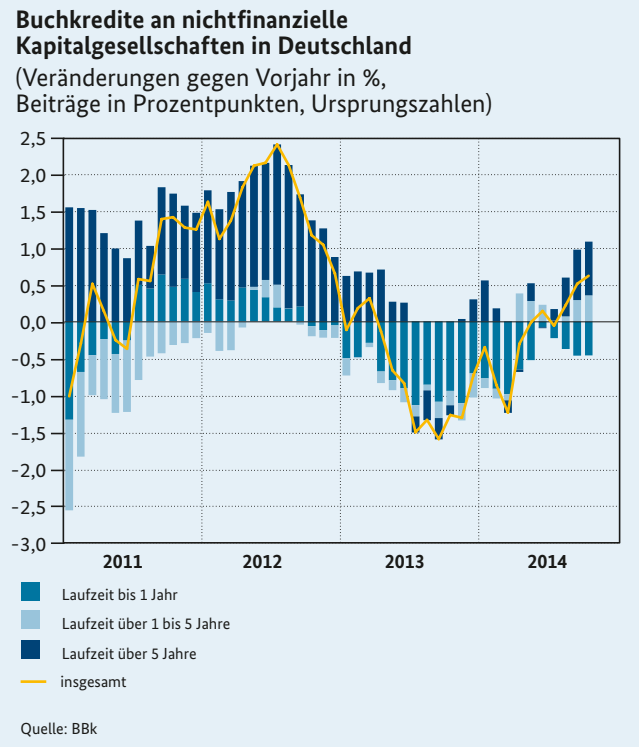
**Aktienindizes**  
(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen haben sich in den meisten europäischen Staaten weiter verringert. Dies gilt unter anderem für Italien (-36 Basispunkte), Spanien (-33), Portugal (-27) und Frankreich (-24). In Deutschland sind die Zinsen im Berichtszeitraum ebenfalls gefallen und lagen zuletzt bei nur 0,62%. Die Kurse griechischer Staatsanleihen sind kräftig eingebrochen, als Ministerpräsident Samaras bereits für den 17. Dezember vorgezogene Neuwahlen für das Amt des Staatspräsidenten angekündigt hatte, was zur Verunsicherung bei den Marktteilnehmern führte.



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite hat sich in den letzten Monaten erholt und lag im Oktober um 0,6% über dem Niveau des Vorjahres. Vor allem die Vergabe von mittel- und längerfristigen Krediten wurde zum Vorjahr um 2,6% bzw. 1,0% ausgeweitet. Die Kreditvergabe an private Haushalte zog ebenfalls etwas an und lag im Oktober 1,4% über dem Wert des Vorjahres. Dabei spielt die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+2,3%) eine entscheidende Rolle.



Die Kredithürde bleibt für deutsche Unternehmen nach der jüngsten Umfrage des ifo Instituts weiterhin niedrig. Seit dem Krisenjahr 2009 haben sich die Vergabebedingungen normalisiert und blieben seitdem mehr oder weniger stabil. Im November gaben lediglich 18,3% der Unternehmen an, die Kreditvergabe sei restriktiv. In der Industrie liegt der Wert bei 16,6%, in der Baubranche bei 21,2%.

Das Wachstum der Geldmenge M3 im Euroraum bleibt vergleichsweise verhalten, hat sich aber seit April etwas beschleunigt. Im Oktober lag die Geldmenge wie bereits im Vormonat 2,5% über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg der Geldmenge geht auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 6,2% angestiegen ist.



# III. Übersichten und Grafiken

# 1. Gesamtwirtschaft

## 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung<sup>1</sup>

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>2</sup>										
	2012			2013				2014			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1
Inländische Verwendung	- 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	0,0	+ 0,9	- 0,2	- 0,2
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	- 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,7
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,7	- 0,1	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,2	- 0,8	- 0,2	0,0	- 2,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,8	- 1,8	- 0,9
Ausrüstungen	+ 0,5	- 3,5	- 0,7	+ 1,1	- 4,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,6	+ 1,7	+ 0,4	- 2,3
Bauten	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,2	- 3,9	- 0,3
Sonstige Anlagen	- 1,2	+ 0,8	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2
Exporte	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	- 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 1,2	+ 1,9
Importe	+ 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 1,7
<b>Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten<sup>4</sup></b>											
Inländische Verwendung	- 0,3	- 0,6	- 0,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,2	- 0,2
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	- 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	- 0,2	0,0	0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2
Ausrüstungen	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,2
Bauten	+ 0,1	+ 0,1	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,4	0,0
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung <sup>5</sup>	- 0,3	- 0,6	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,5
Außenbeitrag	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2

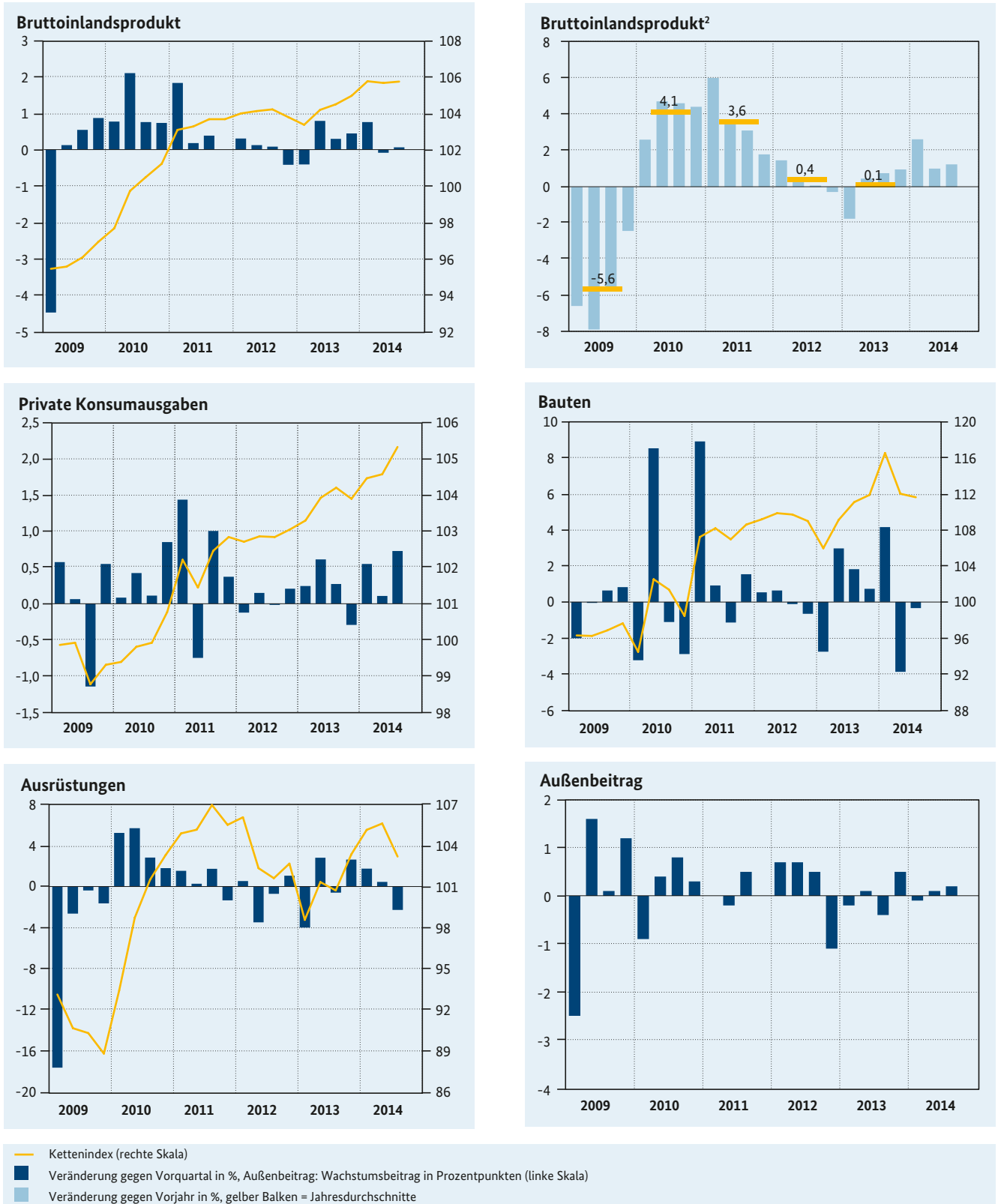
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>										
							2013		2014		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 1,1	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,2
Inländische Verwendung	+ 1,1	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,1	+ 0,5
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,5	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,2
Konsumausgaben des Staates	+ 3,4	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,3
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,2	- 9,9	+ 5,1	+ 7,3	- 0,7	- 0,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 8,8	+ 1,7	+ 1,3
Ausrüstungen	+ 2,8	- 21,8	+ 9,9	+ 6,1	- 3,0	- 2,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 7,4	+ 3,0	+ 2,6
Bauten	- 0,6	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 2,6	+ 2,2	+ 12,8	+ 1,0	+ 0,5
Sonstige Anlagen	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Exporte	+ 1,9	- 14,3	+ 14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 4,3	+ 4,1	+ 2,6	+ 4,8
Importe	+ 2,2	- 9,6	+ 12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 5,2	+ 4,9	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.



## 1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten<sup>1</sup>



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

### 1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>1</sup>										
	2012				2013				2014		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>2</sup></b>											
Bruttowertschöpfung	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	- 0,4	+ 0,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,1	- 1,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	0,0	- 0,4	+ 0,1
Baugewerbe	0,0	+ 0,2	- 0,7	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,8	- 3,4	+ 0,1
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 1,8	- 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,9	- 0,5	+ 0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,1	+ 2,5	+ 1,1	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,2	- 2,2	- 0,1
Unternehmensdienstleister	+ 0,8	- 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,0
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	- 0,2	0,0

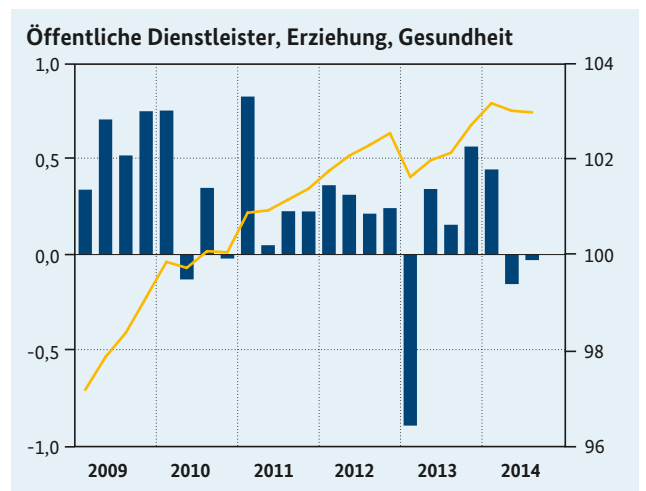
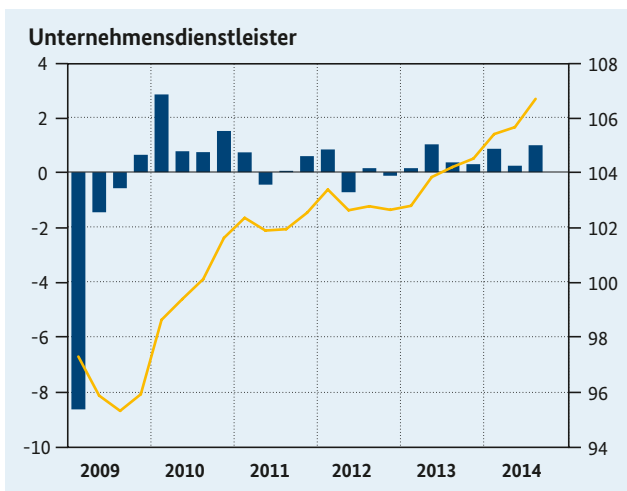
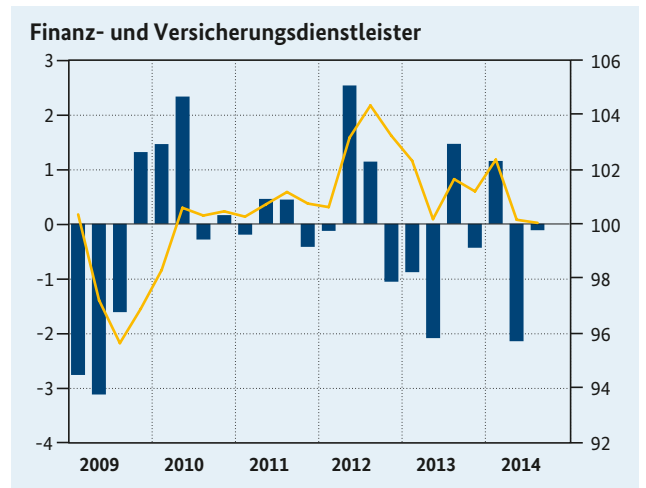
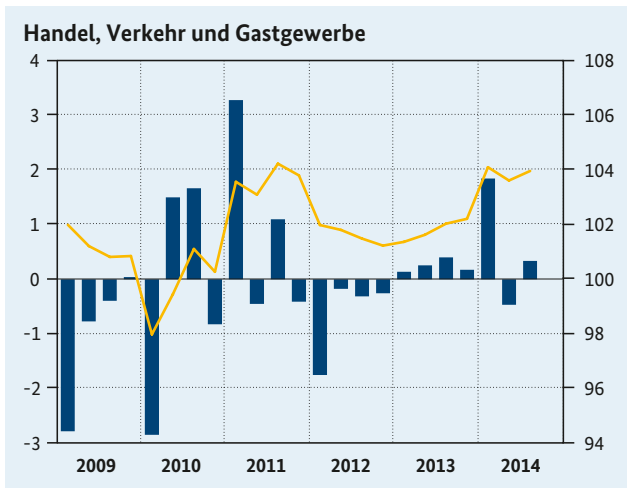
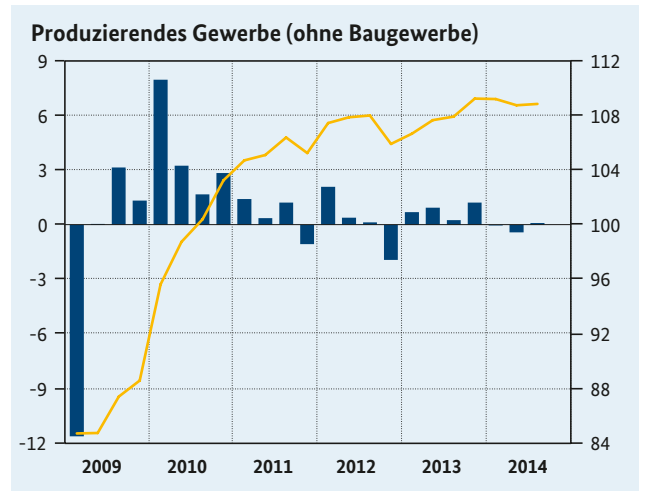
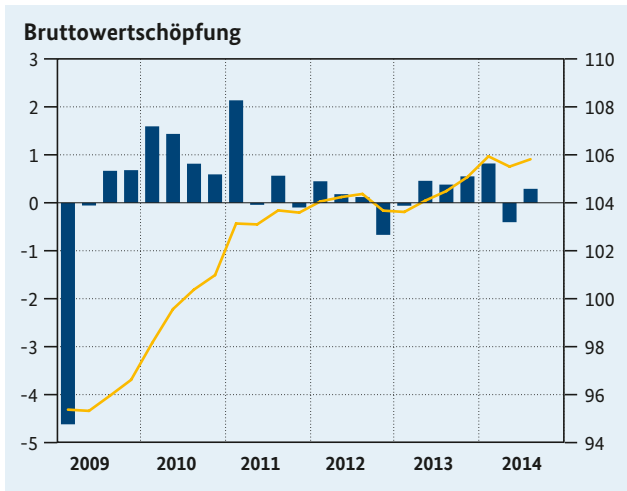
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>9</sup>										
	2013						2014				
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Preisentwicklung</b>											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7
Inländische Verwendung	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3
Private Konsumausgaben	+ 1,7	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
<b>Kennzahlen</b>											
Erwerbstätige <sup>3</sup>	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9
Arbeitsvolumen <sup>4</sup>	+ 0,9	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,0
Arbeitsproduktivität <sup>5</sup>	- 0,3	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,3
Lohnkosten je Arbeitnehmer <sup>6</sup>	+ 2,1	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,5
Lohnstückkosten <sup>7</sup>	+ 2,4	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,2
verfügbares Einkommen <sup>8</sup>	+ 2,2	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4
Terms of Trade	- 1,7	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt <sup>9</sup>		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2014	2015
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	12/2014	+ 1,5	+ 1,3
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	+ 1,5
EU	Europäische Union	11/2014	+ 1,3	+ 1,1
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development <sup>10</sup>	11/2014	+ 1,5	+ 1,3
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2014	+ 1,2	+ 1,3
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2014	+ 1,3	+ 1,2
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2014	+ 1,4	+ 1,5
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2014	+ 1,5	+ 1,8
IfW	Institut für Weltwirtschaft	09/2014	+ 1,4	+ 1,9
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	09/2014	+ 1,5	+ 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;  
 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;  
 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;  
 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

### 1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

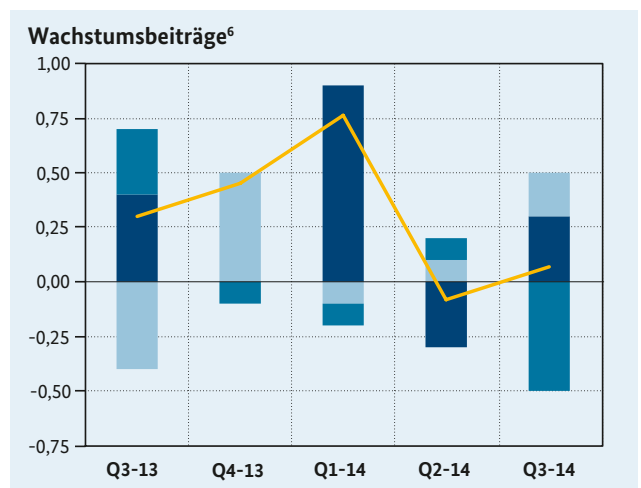
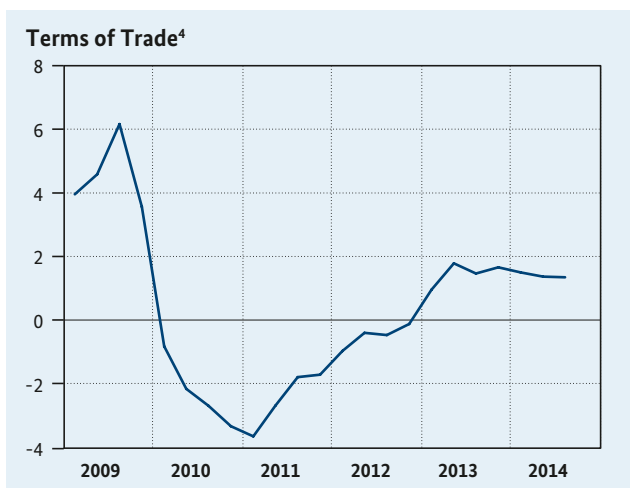
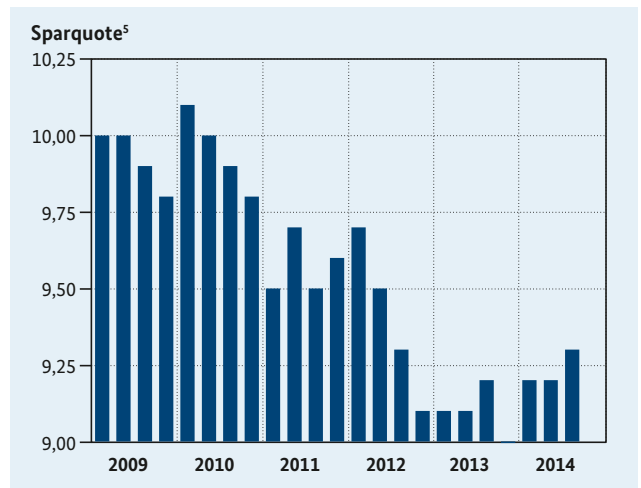
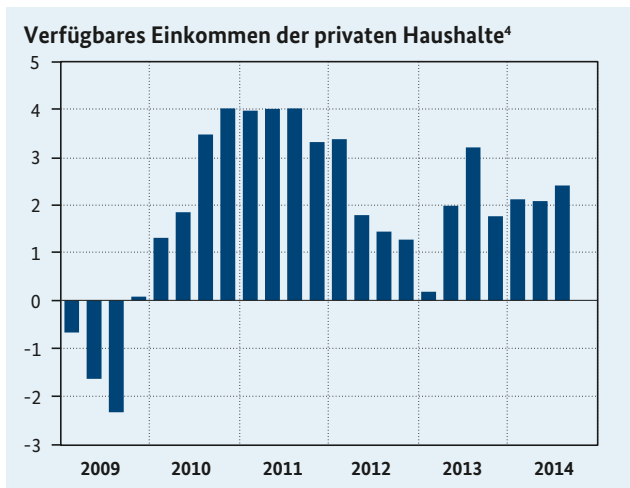
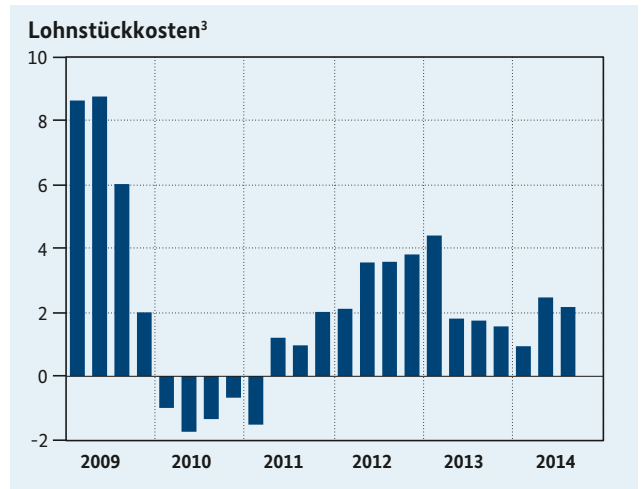
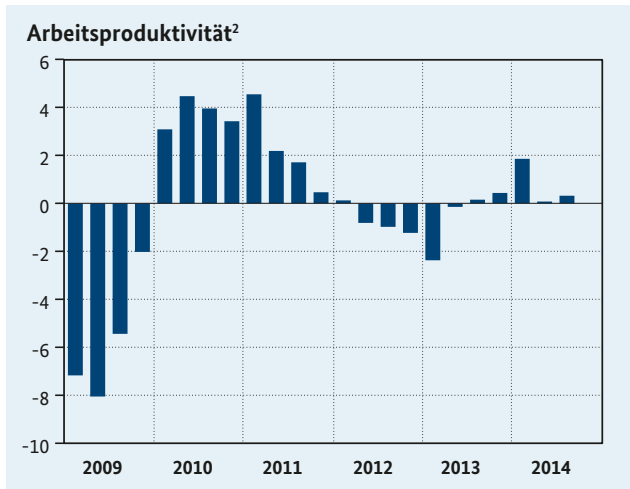


— Kettenindex (rechte Skala)  
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

### 1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen<sup>1</sup>



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen  
 ■ Außenbeitrag  
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)  
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 1.6 Internationaler Vergleich

					2011		2012			2013				2014		
	2010	2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup></b>	<b>Veränderungen gegen Vorperiode in %</b>															
Deutschland	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	+ 2,0	+ 1,6	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 2,1	+ 1,7	- 0,4	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,1	- 0,4	- 0,5	- 0,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,4	- 0,4	+ 1,4	- 1,7	- 0,5
USA	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,1	+ 1,0
China	+10,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,9
<b>Leistungsbilanzsaldo</b>	<b>in % des BIP<sup>4</sup></b>															
Deutschland	+ 5,5	+ 6,0	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,2	+ 6,9	+ 7,1	+ 7,9	+ 7,0	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,0	+ 8,1
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	0,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,0
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	- 1,0	- 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	-
Japan	+ 4,0	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1
USA	- 2,9	- 2,9	- 2,8	- 2,3	- 2,8	- 3,1	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,4	- 2,0	- 2,4	- 2,3	-
China	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5
				2013					2014							
	2011	2012	2013	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Arbeitslosenquoten<sup>5</sup></b>	<b>in %</b>															
Deutschland	5,9	5,4	5,2	5,1	5,1	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	-
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	10,1	11,3	12,0	11,9	11,8	11,8	11,8	11,7	11,6	11,6	11,6	11,6	11,5	11,5	11,5	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	9,6	10,5	10,8	10,7	10,6	10,6	10,5	10,4	10,3	10,3	10,2	10,1	10,1	10,0	10,0	-
Japan	4,6	4,3	4,0	3,9	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,8	3,5	3,6	3,5	-
USA	8,9	8,1	7,4	7,0	6,7	6,6	6,7	6,7	6,3	6,3	6,1	6,2	6,1	5,9	5,8	5,8
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-
<b>Verbraucherpreise</b>	<b>Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %</b>															
Deutschland	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	-
Japan	- 0,3	0,0	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	-
USA	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	-
China	+ 5,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 18 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2014);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

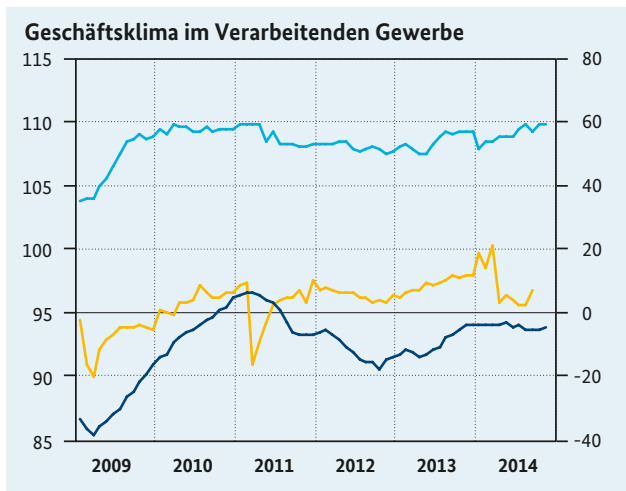
## 1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2013				2015					
	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Welt</b>													
OECD & major six CLI <sup>1</sup>	99,8	99,9	-	99,9	99,9	100,0	-	99,9	99,9	100,0	100,1	-	-
CPB Welt Industrieproduktion <sup>2</sup>	119,2	122,1	-	125,2	125,7	126,4	-	126,3	125,6	127,1	-	-	-
CPB Welthandel <sup>2</sup>	128,3	131,8	-	133,5	134,4	137,1	-	136,7	136,0	138,7	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	-	4848	5039	4759	-	4835	4756	4469	4202	3743	-
<b>Eurozone</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>3</sup>	-11,7	-9,3	-	-3,5	-3,6	-4,9	-	-3,8	-5,3	-5,5	-5,1	-4,3	-
Industrieproduktion <sup>4</sup>	102,0	101,3	-	103,2	102,9	102,4	-	103,2	101,8	102,3	102,7	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	-	2,7	2,2	1,8	-	2,0	1,8	1,7	1,6	1,5	-
Konsumentenvertrauen <sup>5</sup>	-22,1	-18,7	-	-11,2	-7,7	-9,9	-	-8,3	-10,0	-11,4	-11,1	-11,6	-
<b>USA</b>													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe <sup>6</sup>	51,8	53,9	-	52,7	55,2	57,6	-	57,1	59,0	56,6	59,0	58,7	-
Industrieproduktion <sup>7</sup>	97,1	99,9	-	102,2	103,7	104,7	-	104,4	104,3	105,3	105,3	106,7	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	-	2,8	2,6	2,5	-	2,6	2,4	2,5	2,3	2,3	-
Konsumentenvertrauen <sup>8</sup>	67,1	73,2	-	80,5	83,4	90,9	-	90,3	93,4	89,0	94,1	88,7	-
<b>Japan</b>													
All-Industry-Activity-Index <sup>9</sup>	96,4	97,3	-	99,5	96,1	96,0	-	95,7	95,7	96,7	-	-	-
Industrieproduktion <sup>10</sup>	97,6	97,0	-	102,5	98,6	96,7	-	97,0	95,2	98,0	98,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4
Konsumentenvertrauen <sup>11</sup>	40,0	43,6	-	38,8	39,1	40,9	-	41,5	41,2	39,9	38,9	37,7	-
<b>China</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>12</sup>	50,8	50,8	-	50,3	50,7	51,3	-	51,7	51,1	51,1	50,8	50,3	-
Industrieproduktion <sup>13</sup>	+10,8	+9,7	-	+8,8	+8,9	+8,0	-	+9,0	+6,9	+8,0	+7,7	+7,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	-	4,6	4,2	4,2	-	4,3	4,2	4,0	3,8	3,5	-
Konsumentenvertrauen <sup>14</sup>	102,4	101,2	-	104,0	103,9	104,5	-	104,4	103,8	105,4	103,4	-	-

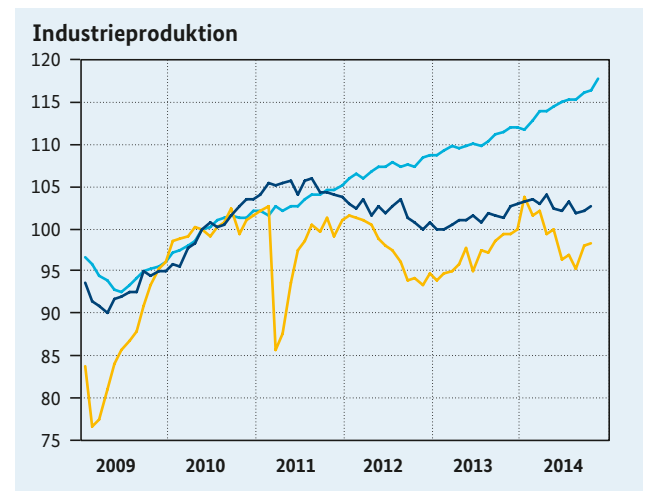
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

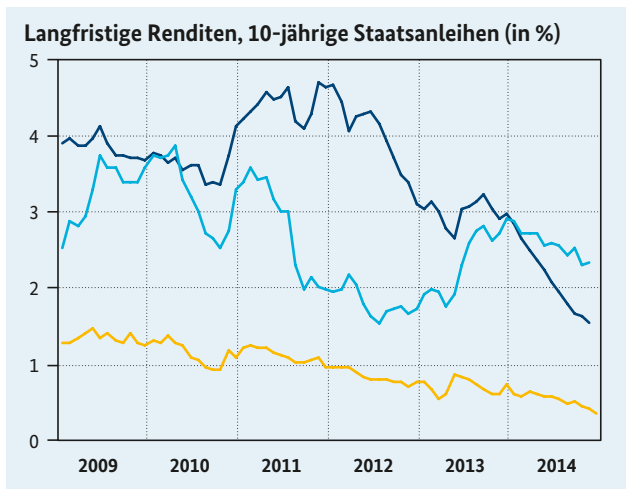
## 1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



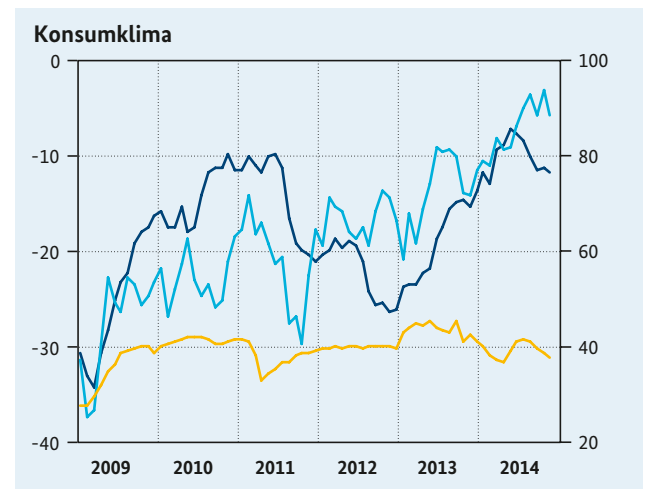
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)<sup>1</sup>  
— Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)<sup>2</sup>  
— Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)<sup>3</sup>



— Eurozone<sup>6</sup>  
— USA<sup>4</sup>  
— Japan<sup>5</sup>



— Eurozone  
— USA  
— Japan



— Eurozone (linke Skala)<sup>9</sup>  
— USA (rechte Skala)<sup>7</sup>  
— Japan (rechte Skala)<sup>8</sup>  
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

## 2. Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

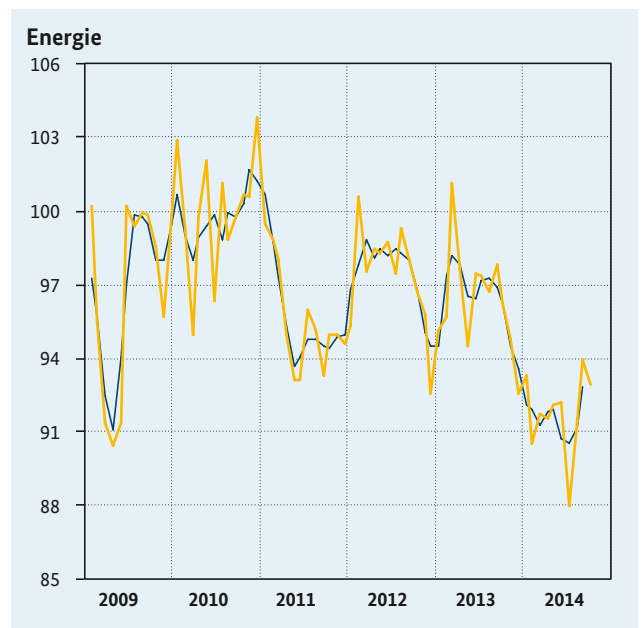
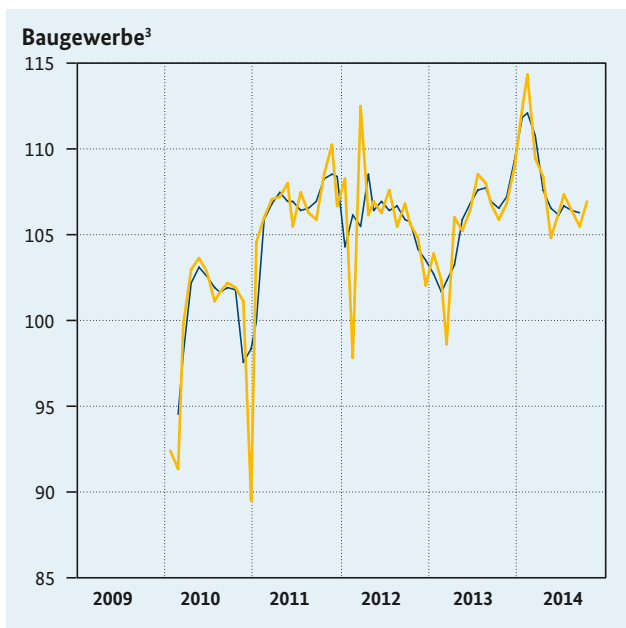
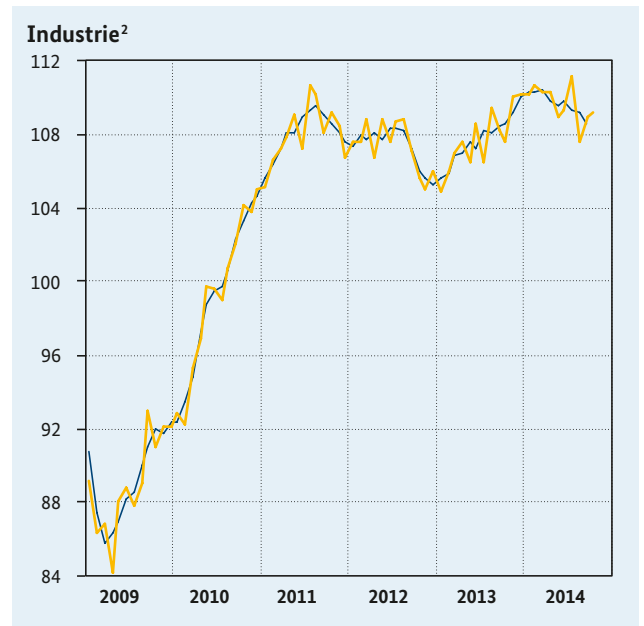
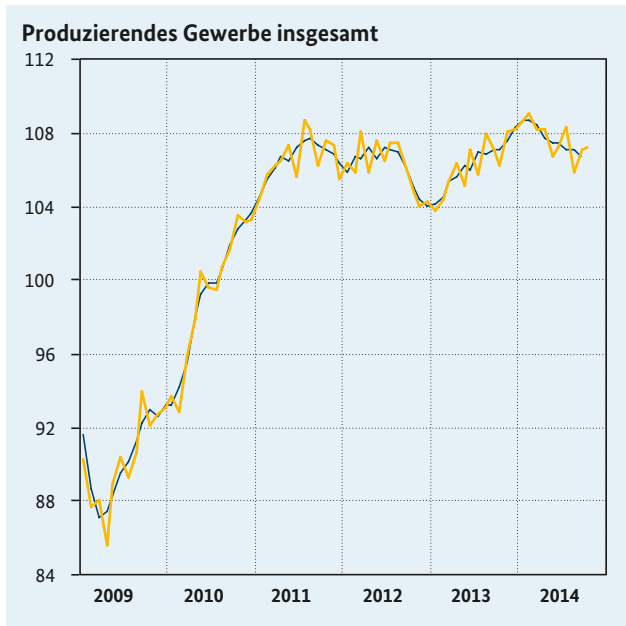
		2013			2014			2014							
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
<b>Produktion<sup>1</sup></b>															
<b>Produzierendes Gewerbe</b>		Index	106,7	106,3	106,4	107,6	108,7	107,5	107,1	106,8	107,3	108,4	105,9	107,1	107,3
	gg. Vp. in %	7,3	-0,4	0,1	0,6	1,0	-1,1	-0,4	-1,4	0,5	1,0	-2,3	1,1	0,2	
	gg. Vj. in %	7,2	-0,5	0,2	3,0	3,9	1,1	0,4	1,5	0,1	2,7	-1,8	0,1	0,8	
<b>Industrie<sup>2</sup></b>		Index	108,1	107,4	107,8	109,3	110,4	109,6	109,3	109,0	109,4	111,2	107,6	109,0	109,2
	gg. Vp. in %	8,9	-0,6	0,4	1,1	1,0	-0,7	-0,3	-1,3	0,4	1,6	-3,2	1,3	0,2	
	gg. Vj. in %	8,8	-0,6	0,3	3,3	4,0	1,8	1,3	2,3	0,6	4,5	-1,5	0,7	1,2	
Vorleistungsgüter		Index	106,9	104,6	104,5	106,1	107,1	106,0	105,1	105,1	105,4	106,2	104,6	104,6	105,4
	gg. Vp. in %	7,4	-2,2	-0,1	1,6	0,9	-1,0	-0,8	-2,3	0,3	0,8	-1,5	0,0	0,8	
	gg. Vj. in %	7,5	-2,2	-0,2	3,5	3,9	1,7	0,8	0,5	0,6	1,9	0,5	-0,2	-0,1	
Investitionsgüter		Index	111,8	113,4	113,9	115,6	116,8	116,2	116,4	116,4	116,2	119,8	112,8	116,6	116,1
	gg. Vp. in %	12,8	1,4	0,4	0,6	1,0	-0,5	0,2	0,4	-0,2	3,1	-5,8	3,4	-0,4	
	gg. Vj. in %	12,7	1,3	0,6	4,0	4,7	1,8	1,9	4,5	0,4	8,0	-4,4	1,6	2,7	
Konsumgüter		Index	101,8	99,9	100,6	101,7	102,6	102,2	101,6	100,4	102,3	102,1	102,1	100,6	101,1
	gg. Vp. in %	2,3	-1,9	0,7	1,2	0,9	-0,4	-0,6	-3,4	1,9	-0,2	0,0	-1,5	0,5	
	gg. Vj. in %	2,3	-1,9	0,7	1,8	2,8	1,9	1,1	0,5	1,5	1,8	1,4	0,1	0,6	
<b>Baugewerbe</b>		Index	107,0	105,9	105,7	107,2	112,1	106,5	106,4	104,8	106,3	107,4	106,4	105,5	107,0
	gg. Vp. in %	7,9	-1,0	-0,2	-0,6	4,6	-5,0	-0,1	-3,4	1,4	1,0	-0,9	-0,8	1,4	
	gg. Vj. in %	7,9	-1,0	-0,3	2,4	13,6	0,6	-1,1	-0,5	-0,2	-0,7	-1,5	-1,3	0,9	
Bauhauptgewerbe <sup>3</sup>		Index	112,7	111,5	113,8	117,2	123,2	115,8	115,4	113,7	117,4	115,8	114,5	116,0	116,8
	gg. Vp. in %	13,5	-1,1	2,1	-0,5	5,1	-6,0	-0,3	-2,3	3,3	-1,4	-1,1	1,3	0,7	
	gg. Vj. in %	13,6	-1,2	2,1	5,6	24,9	-0,3	-1,8	-1,5	-0,3	-1,6	-2,7	-1,0	1,2	
Ausbaugewerbe		Index	101,8	100,8	98,2	98,1	102,1	98,1	98,2	96,8	96,2	99,8	99,0	95,9	98,1
	gg. Vp. in %	2,6	-1,0	-2,6	-0,6	4,1	-3,9	0,1	-4,4	-0,6	3,7	-0,8	-3,1	2,3	
	gg. Vj. in %	2,5	-0,9	-2,6	-0,2	3,6	1,7	-0,4	0,8	0,1	0,4	-0,2	-1,5	0,6	
<b>Energie<sup>4</sup></b>		Index	95,6	97,4	96,5	94,6	91,9	92,0	91,2	92,1	92,2	88,0	91,5	94,0	93,0
	gg. Vp. in %	-4,4	1,9	-0,9	-2,8	-2,9	0,1	-0,9	0,5	0,1	-4,6	4,0	2,7	-1,1	
	gg. Vj. in %	-4,4	1,7	-0,9	-0,5	-5,6	-4,8	-6,1	-2,8	-5,4	-9,5	-5,4	-3,6	-3,2	
<b>Umsätze in der Industrie<sup>1</sup></b>															
<b>Industrie insgesamt</b>		Index	106,5	105,9	105,7	107,5	109,0	108,2	108,3	107,5	108,5	109,3	107,8	107,8	108,9
	gg. Vp. in %	7,3	-0,6	-0,2	1,6	1,4	-0,7	0,1	-0,9	0,9	0,7	-1,4	0,0	1,0	
	gg. Vj. in %	7,1	-0,7	0,0	3,6	4,5	2,5	2,5	1,7	3,2	4,6	1,4	1,3	2,5	
Inland		Index	106,5	104,8	103,2	104,2	105,7	104,8	104,0	103,6	104,8	106,0	102,7	103,2	103,6
	gg. Vp. in %	7,3	-1,6	-1,5	0,5	1,4	-0,9	-0,8	-2,2	1,2	1,1	-3,1	0,5	0,4	
	gg. Vj. in %	7,1	-1,6	-1,5	1,8	3,3	2,1	0,3	0,5	2,2	3,3	-1,5	-0,8	0,4	
darunter: Investitionsgüter		Index	108,7	109,5	107,6	108,9	111,0	109,8	110,7	109,3	110,1	113,8	108,8	109,4	110,3
	gg. Vp. in %	9,9	0,7	-1,7	0,7	1,9	-1,1	0,8	-0,7	0,7	3,4	-4,4	0,6	0,8	
	gg. Vj. in %	9,7	0,6	-1,6	2,8	4,0	3,0	2,5	2,9	2,8	8,4	-0,8	0,1	3,6	
Ausland		Index	106,5	107,0	108,4	111,1	112,4	111,8	113,0	111,6	112,4	112,9	113,3	112,7	114,6
	gg. Vp. in %	7,3	0,5	1,3	2,9	1,2	-0,5	1,1	0,3	0,7	0,4	0,4	-0,5	1,7	
	gg. Vj. in %	7,2	0,4	1,4	5,3	5,7	2,8	4,6	3,0	4,2	5,9	4,5	3,5	4,7	
darunter: Eurozone		Index	104,6	98,9	97,1	99,5	99,7	100,4	101,5	99,8	99,6	101,6	101,9	101,1	103,2
	gg. Vp. in %	5,1	-5,4	-1,8	3,0	0,2	0,7	1,1	-1,9	-0,2	2,0	0,3	-0,8	2,1	
	gg. Vj. in %	5,0	-5,5	-1,7	3,7	3,9	4,3	5,0	3,2	3,6	6,7	4,4	4,1	6,2	
			<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>			<b>2014</b>							
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung<sup>5</sup></b>			<b>4. Vj.</b>	<b>1. Vj.</b>	<b>2. Vj.</b>	<b>3. Vj.</b>	<b>4. Vj.</b>	<b>1. Vj.</b>	<b>2. Vj.</b>	<b>3. Vj.</b>	<b>4. Vj.</b>	<b>1. Vj.</b>	<b>2. Vj.</b>	<b>3. Vj.</b>	<b>4. Vj.</b>
Verarbeitendes Gewerbe		in %	84,9	84,6	84,4	83,1	81,5	82,5	82,1	83,2	83,3	83,5	84,3	84,0	83,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.



## 2.2 Entwicklung der Produktion<sup>1</sup>



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt  
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

## 2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2013	2014			2014					
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	107,3	103,2	106,1	108,8	108,8	108,6	108,8	109,0	106,4	111,5	106,8	108,0	110,7
	gg. Vp. in %	7,7	-3,8	2,8	2,1	0,0	-0,2	0,2	-1,2	-2,4	4,8	-4,2	1,1	2,5
	gg. Vj. in %	7,7	-3,7	2,8	5,8	4,8	3,3	2,0	5,5	-1,9	5,9	0,7	-0,7	2,4
Inland	Index	106,9	100,8	101,8	102,8	104,7	103,8	101,7	103,6	102,2	103,3	102,3	99,6	104,9
	gg. Vp. in %	7,3	-5,7	1,0	-0,2	1,8	-0,9	-2,0	-2,0	-1,4	1,1	-1,0	-2,6	5,3
	gg. Vj. in %	7,3	-5,6	1,0	4,0	3,6	3,6	-1,2	5,3	-0,1	1,5	-1,3	-3,7	2,6
Ausland	Index	107,6	105,1	109,5	113,7	112,1	112,4	114,4	113,4	109,8	118,1	110,4	114,8	115,5
	gg. Vp. in %	8,0	-2,3	4,2	3,8	-1,4	0,3	1,8	-0,5	-3,2	7,6	-6,5	4,0	0,6
	gg. Vj. in %	8,1	-2,3	4,2	7,1	5,8	3,0	4,5	5,6	-3,3	9,3	2,5	1,4	2,3
Eurozone	Index	106,7	95,6	98,9	104,4	99,3	103,0	101,6	108,3	98,3	104,1	98,6	102,2	102,5
	gg. Vp. in %	7,0	-10,4	3,5	6,7	-4,9	3,7	-1,4	5,7	-9,2	5,9	-5,3	3,7	0,3
	gg. Vj. in %	7,1	-10,4	3,8	10,4	3,4	4,9	3,9	15,5	-6,0	8,7	4,3	-0,7	0,4
Nicht-Eurozone	Index	108,3	111,7	116,9	120,2	121,1	118,9	123,4	116,9	117,8	127,9	118,6	123,6	124,6
	gg. Vp. in %	8,7	3,1	4,7	2,0	0,7	-1,8	3,8	-4,2	0,8	8,6	-7,3	4,2	0,8
	gg. Vj. in %	8,7	3,2	4,6	5,3	7,3	1,9	4,6	0,3	-1,7	9,6	1,6	2,7	3,4
<b>Vorleistungsgüter</b>	Index	104,6	99,7	100,1	102,6	103,0	102,1	101,0	100,7	102,2	101,9	99,9	101,2	103,7
	gg. Vp. in %	4,9	-4,7	0,4	2,7	0,4	-0,9	-1,1	-2,6	1,5	-0,3	-2,0	1,3	2,5
	gg. Vj. in %	5,1	-4,7	0,3	4,1	4,0	3,3	1,1	1,9	3,3	2,6	0,2	0,6	-0,3
Inland	Index	104,8	99,0	99,4	100,9	101,8	101,2	98,5	100,9	100,5	99,9	98,8	96,7	99,0
	gg. Vp. in %	5,2	-5,5	0,4	1,3	0,9	-0,6	-2,7	-1,4	-0,4	-0,6	-1,1	-2,1	2,4
	gg. Vj. in %	5,3	-5,5	0,3	3,7	2,8	3,5	-1,2	3,5	2,1	0,4	-0,6	-3,4	-1,3
Ausland	Index	104,4	100,6	101,0	104,6	104,4	103,1	104,0	100,4	104,2	104,3	101,2	106,6	109,3
	gg. Vp. in %	4,7	-3,6	0,4	4,5	-0,2	-1,2	0,9	-4,0	3,8	0,1	-3,0	5,3	2,5
	gg. Vj. in %	4,8	-3,6	0,3	4,7	5,3	3,0	4,1	0,1	4,5	5,1	1,4	5,4	0,7
<b>Investitionsgüter</b>	Index	109,8	105,8	110,6	113,5	113,2	113,2	114,5	115,1	109,2	119,2	111,3	112,9	116,3
	gg. Vp. in %	10,4	-3,6	4,5	1,6	-0,3	0,0	1,1	-0,2	-5,1	9,2	-6,6	1,4	3,0
	gg. Vj. in %	10,3	-3,6	4,6	7,0	5,1	3,1	2,5	8,0	-5,7	8,8	0,3	-1,6	4,4
Inland	Index	109,7	103,3	104,9	105,5	108,3	106,9	105,5	107,1	103,9	107,3	106,2	102,9	111,8
	gg. Vp. in %	10,3	-5,8	1,5	-1,6	2,7	-1,3	-1,3	-2,4	-3,0	3,3	-1,0	-3,1	8,6
	gg. Vj. in %	10,2	-5,7	1,5	4,4	4,1	3,9	-1,5	7,9	-2,7	2,3	-2,6	-4,3	6,5
Ausland	Index	109,8	107,3	114,1	118,5	116,2	117,0	120,1	120,0	112,4	126,6	114,5	119,1	119,0
	gg. Vp. in %	10,2	-2,3	6,3	3,5	-1,9	0,7	2,6	1,1	-6,3	12,6	-9,6	4,0	-0,1
	gg. Vj. in %	10,3	-2,1	6,4	8,4	5,6	2,6	4,9	8,1	-7,4	12,6	2,3	-0,1	3,2
<b>Konsumgüter</b>	Index	102,7	101,9	103,5	106,5	106,8	108,2	106,4	107,5	107,6	104,1	108,3	106,9	106,8
	gg. Vp. in %	3,1	-0,8	1,6	2,2	0,3	1,3	-1,7	-1,7	0,1	-3,3	4,0	-1,3	-0,1
	gg. Vj. in %	3,2	-1,0	1,7	4,6	7,0	4,5	1,9	4,5	4,9	0,8	5,7	-0,5	1,2
Inland	Index	102,2	97,0	97,8	98,3	101,1	101,0	99,0	98,9	101,8	100,0	99,4	97,7	99,0
	gg. Vp. in %	2,7	-5,1	0,8	0,8	2,8	-0,1	-2,0	-3,3	2,9	-1,8	-0,6	-1,7	1,3
	gg. Vj. in %	2,7	-5,1	0,8	2,9	4,2	2,6	1,5	1,0	2,9	2,8	2,0	-0,4	1,3
Ausland	Index	103,2	106,0	108,4	113,6	111,7	114,3	112,8	114,9	112,5	107,6	116,0	114,7	113,5
	gg. Vp. in %	3,6	2,7	2,3	3,3	-1,7	2,3	-1,3	-0,4	-2,1	-4,4	7,8	-1,1	-1,0
	gg. Vj. in %	3,7	2,6	2,2	6,0	9,3	5,9	2,4	7,2	6,4	-0,5	8,8	-0,5	1,1
<b>Industrie ohne Großaufträge<sup>2</sup></b>	Index	106,4	103,4	105,0	107,0	108,7	107,0	106,8	105,3	106,8	108,5	104,6	107,2	111,0
	gg. Vp. in %	6,8	-2,8	1,5	1,5	1,6	-1,6	-0,2	-3,4	1,4	1,6	-3,6	2,5	3,5
	gg. Vj. in %	6,7	-2,6	1,4	4,2	5,3	2,7	1,2	1,9	1,6	3,6	-0,8	0,8	3,8

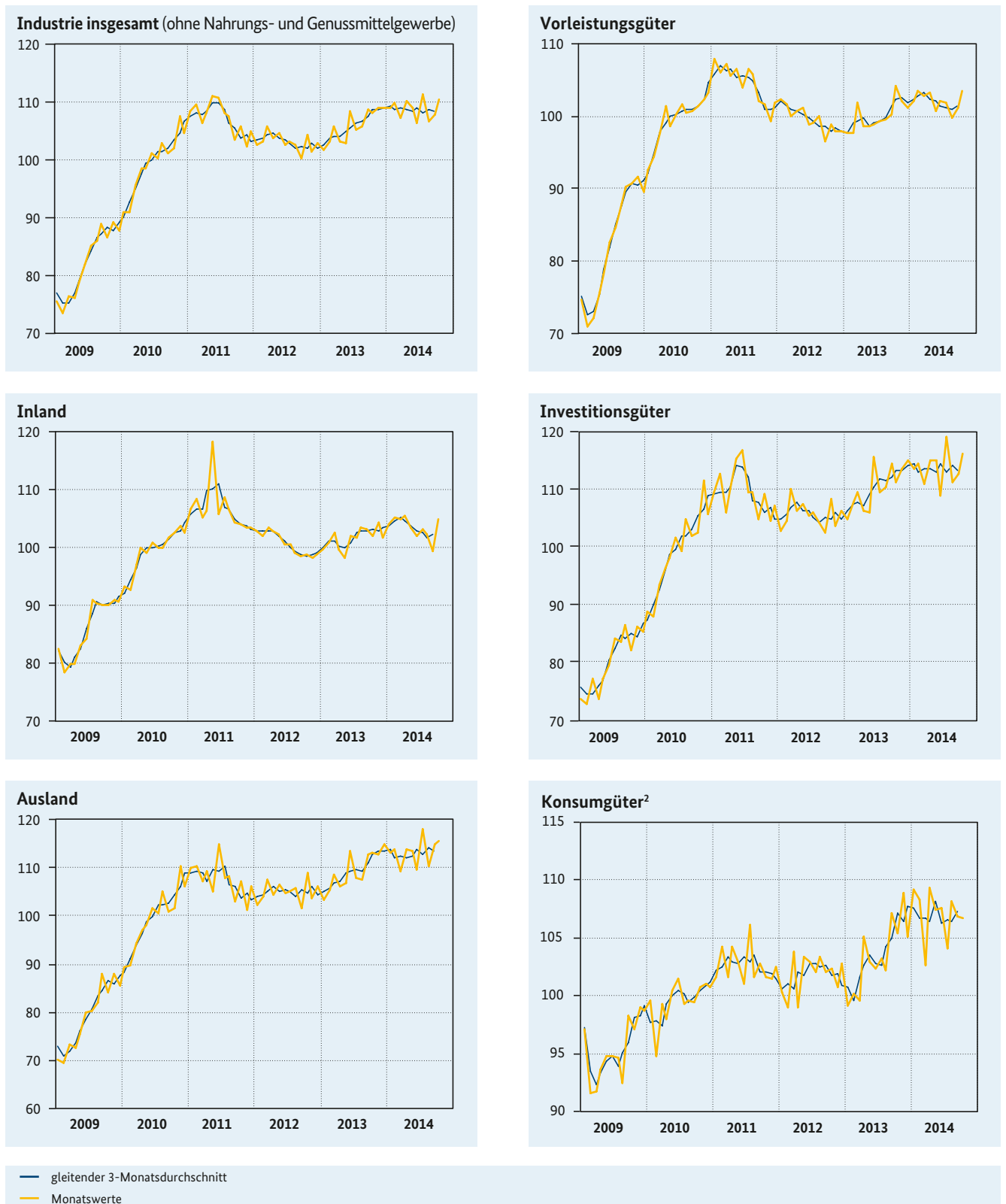
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

## 2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

<sup>2</sup> Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

## 2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

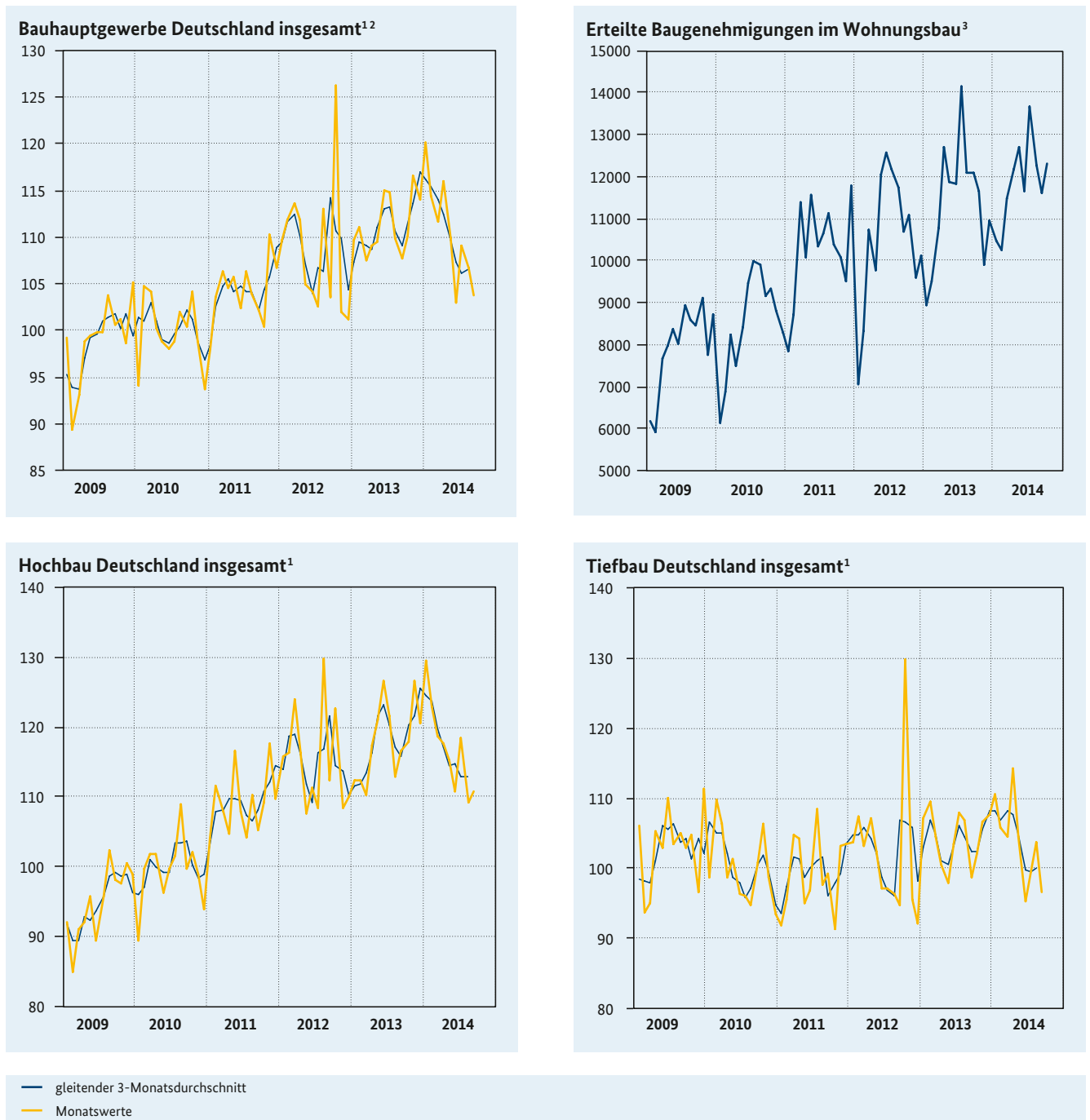
					2013	2014			2014						
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>															
<b>Bauhauptgewerbe</b>		Index	104,3	108,8	111,3	113,6	115,5	109,7	106,5	110,0	103,0	109,1	106,7	103,8	-
		gg. Vp. in %	4,4	4,3	2,3	2,5	1,7	-5,0	-2,9	-5,2	-6,4	5,9	-2,2	-2,7	-
		gg. Vj. in %	4,5	4,2	2,2	2,5	5,5	-1,6	-4,4	0,5	-10,6	-5,4	-3,2	-4,5	-
Hochbau		Index	109,2	115,4	118,1	121,7	123,9	114,6	112,9	115,4	110,8	118,5	109,4	110,9	-
		gg. Vp. in %	9,6	5,7	2,3	3,9	1,8	-7,5	-1,5	-2,0	-4,0	6,9	-7,7	1,4	-
		gg. Vj. in %	9,3	5,7	2,4	6,2	10,6	-5,8	-3,7	-4,5	-12,4	-2,8	-2,8	-5,6	-
Wohnungsbau		Index	117,4	126,2	131,1	132,4	141,1	135,6	121,8	138,1	127,5	122,8	115,2	127,5	-
		gg. Vp. in %	18,5	7,5	3,9	-1,0	6,6	-3,9	-10,2	-2,3	-7,7	-3,7	-6,2	10,7	-
		gg. Vj. in %	17,9	7,2	4,3	3,4	11,5	2,7	-9,2	8,9	-11,7	-10,2	-13,7	-4,0	-
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	105,1	110,0	111,7	116,4	115,3	104,2	108,6	104,1	102,5	116,4	106,6	102,7	-
		gg. Vp. in %	5,2	4,7	1,5	6,9	-0,9	-9,6	4,2	-1,8	-1,5	13,6	-8,4	-3,7	-
		gg. Vj. in %	5,0	5,1	1,4	7,8	10,2	-10,9	-0,5	-11,8	-12,8	1,4	4,0	-6,5	-
Tiefbau		Index	99,3	102,3	104,5	105,6	107,1	104,8	100,1	104,7	95,3	99,7	103,9	96,7	-
		gg. Vp. in %	-0,9	3,0	2,2	1,1	1,4	-2,1	-4,5	-8,4	-9,0	4,6	4,2	-6,9	-
		gg. Vj. in %	-0,3	2,5	2,0	-1,8	-0,1	3,3	-5,1	6,5	-8,4	-7,9	-3,5	-3,3	-
Straßenbau		Index	96,4	98,2	103,4	103,2	110,7	101,2	95,5	106,1	93,1	102,8	93,9	89,9	-
		gg. Vp. in %	-3,8	1,9	5,3	3,3	7,3	-8,6	-5,6	1,7	-12,3	10,4	-8,7	-4,3	-
		gg. Vj. in %	-2,8	2,1	3,7	4,9	1,8	0,2	-4,5	8,1	-10,9	1,8	-9,7	-6,4	-
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	101,1	104,7	105,1	107,0	104,9	106,9	102,8	103,8	96,6	97,8	109,9	100,8	-
		gg. Vp. in %	1,0	3,6	0,4	-0,3	-2,0	1,9	-3,8	-13,7	-6,9	1,2	12,4	-8,3	-
		gg. Vj. in %	1,2	2,9	1,0	-4,9	-1,2	5,4	-5,4	5,4	-6,7	-13,6	0,5	-1,5	-
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	109,9	112,7	114,2	119,3	120,9	109,9	111,8	108,1	105,0	118,9	110,9	105,6	-
		gg. Vp. in %	10,2	2,5	1,3	6,7	1,3	-9,1	1,7	-7,3	-2,9	13,2	-6,7	-4,8	-
		gg. Vj. in %	9,7	2,8	1,2	5,8	10,0	-6,0	0,0	-6,6	-13,8	3,7	3,2	-6,7	-
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	93,2	97,9	100,4	100,2	99,7	99,0	95,0	100,8	91,1	93,6	98,9	92,4	-
		gg. Vp. in %	-7,3	5,0	2,6	-0,5	-0,5	-0,7	-4,0	-4,2	-9,6	2,7	5,7	-6,6	-
		gg. Vj. in %	-6,2	4,4	2,2	-2,1	-2,8	1,0	-6,6	4,4	-5,7	-11,7	-4,6	-2,2	-
<b>Baugenehmigungen (Neubau)<sup>2</sup></b>															
<b>Hochbau (veranschlagte Kosten)</b>		Mio. €	68220	70395	76490	18697	17832	20209	21008	6921	6398	7783	6859	6365	7056
		gg. Vj. in %	15,8	3,2	8,7	5,6	7,2	4,4	-3,6	10,0	0,5	-5,1	2,6	-8,0	2,8
Wohngebäude		Mio. €	37290	39266	43680	10656	10414	12102	12507	4186	3957	4489	4096	3922	4114
		gg. Vj. in %	22,3	5,3	11,2	10,1	13,3	5,5	1,2	12,4	4,7	-2,3	6,5	0,0	8,5
Nichtwohngebäude		Mio. €	30930	31129	32809	8041	7418	8107	8501	2735	2441	3294	2764	2443	2942
		gg. Vj. in %	8,8	0,6	5,4	0,3	-0,2	2,7	-9,9	6,5	-5,5	-8,6	-2,6	-18,4	-4,1
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	22956	23531	23624	5964	5688	6064	6526	2128	1843	2573	2044	1908	2300
		gg. Vj. in %	22,7	2,5	0,4	2,7	13,6	3,7	-4,1	14,5	-6,8	0,8	2,3	-15,2	6,8
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7975	7598	9185	2077	1731	2044	1975	607	598	721	720	535	642
		gg. Vj. in %	-17,9	-4,7	20,9	-6,1	-28,7	-0,2	-25,0	-14,4	-1,4	-31,5	-14,4	-27,9	-29,8
Wohngebäude (Rauminhalt) <sup>3</sup>		Mio. m <sup>3</sup>	124	126	137	32,6	32,3	36,7	37,7	12,7	11,7	13,7	12,3	11,7	12,3
		gg. Vj. in %	20,8	2,0	8,5	5,8	10,2	0,4	-2,0	6,9	-1,2	-3,4	1,6	-4,0	5,5
		gg. Vp. in %	21,0	2,4	8,9	-6,2	7,4	-3,1	0,1	-1,3	-3,4	4,7	-0,1	-5,2	6,2
<b>ifo Konjunkturtest<sup>4</sup></b>															
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung</b>		Salden	71,5	71,7	71,8	78,0	63,7	75,0	78,6	77,6	77,9	78,7	79,2	78,9	78,1
<b>witterungsbedingte Baubehinderungen</b>		Salden	19,9	18,1	28,4	7,7	24,7	2,7	3,0	2,0	1,0	4,0	4,0	3,0	3,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

## 2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2013	2014			2014					
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>ifo Konjunkturtest<sup>1</sup></b>														
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>														
Geschäftsklima	Salden	15,0	2,8	6,4	10,3	14,1	13,2	5,3	11,7	8,5	5,2	2,2	-0,6	2,3
Geschäftslage	Salden	26,4	13,6	9,3	12,2	16,4	18,1	11,6	17,8	14,2	10,9	9,7	5,8	8,7
Geschäftserwartungen	Salden	4,3	-7,5	3,4	8,3	11,8	8,3	-0,6	5,8	3,1	-0,2	-4,8	-6,8	-4,0
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	20,7	4,0	9,3	14,3	18,8	18,1	9,2	15,5	12,2	9,3	6,2	1,5	3,9
Geschäftslage	Salden	36,7	17,8	12,3	15,6	22,0	23,7	16,7	22,1	18,4	16,4	15,4	9,1	13,0
Geschäftserwartungen	Salden	5,8	-8,9	6,5	13,0	15,8	12,7	2,0	9,1	6,2	2,5	-2,6	-5,8	-4,8
<b>Vorleistungsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	20,7	2,9	8,2	14,4	19,2	17,1	10,1	14,9	13,9	9,9	6,6	2,4	4,9
Geschäftslage	Salden	38,0	15,2	7,8	13,1	22,2	23,6	19,4	21,8	20,9	20,3	16,9	13,5	14,2
Geschäftserwartungen	Salden	4,8	-8,6	8,6	15,8	16,3	10,8	1,2	8,3	7,1	-0,1	-3,3	-8,1	-4,0
<b>Investitionsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	26,7	4,5	10,6	15,6	21,5	24,4	10,5	19,7	13,2	12,2	6,2	1,3	3,1
Geschäftslage	Salden	46,3	23,2	14,9	18,8	24,4	28,7	18,7	27,1	19,9	19,8	16,3	6,0	10,3
Geschäftserwartungen	Salden	8,9	-12,7	6,3	12,5	18,6	20,2	2,7	12,5	6,7	4,8	-3,4	-3,4	-3,8
<b>Konsumgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	8,7	5,7	8,7	12,0	13,0	8,9	5,8	9,1	6,1	6,6	4,6	-1,3	2,6
Geschäftslage	Salden	15,7	13,6	16,2	16,5	18,0	16,5	11,2	16,5	13,0	8,5	12,0	5,1	13,6
Geschäftserwartungen	Salden	2,0	-1,9	1,5	7,7	8,2	1,6	0,5	2,0	-0,6	4,7	-2,5	-7,6	-7,9
<b>Bauhauptgewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	-6,2	-5,0	-0,1	-2,4	-0,2	-3,7	-5,9	-3,7	-5,5	-5,3	-7,0	-7,2	-5,9
Geschäftslage	Salden	-6,6	-3,9	0,8	0,7	-3,3	-2,4	-4,7	-2,7	-4,5	-4,2	-5,5	-3,9	-5,8
Geschäftserwartungen	Salden	-5,7	-6,1	-0,9	-5,4	3,0	-5,0	-7,2	-4,7	-6,6	-6,3	-8,6	-10,4	-6,1
<b>Dienstleistungen</b>														
Geschäftsklima	Salden	23,1	17,2	17,1	19,5	21,8	22,9	20,5	25,2	22,4	20,1	19,0	23,8	19,3
Geschäftslage	Salden	32,8	28,5	23,1	25,8	31,9	33,5	30,8	36,5	30,4	34,1	27,8	33,9	28,4
Geschäftserwartungen	Salden	13,8	6,4	11,3	13,4	12,3	12,9	10,7	14,4	14,7	7,0	10,5	14,1	10,6
<b>ZEW-Konjunkturerwartungen<sup>2</sup></b>														
konjunkturelle Lage	Salden	67,2	24,8	16,9	30,3	47,5	63,1	43,8	67,7	61,8	44,3	25,4	3,2	3,3
Konjunkturerwartungen	Salden	-17,2	-5,0	44,7	56,5	54,7	35,4	14,2	29,8	27,1	8,6	6,9	-3,6	11,5

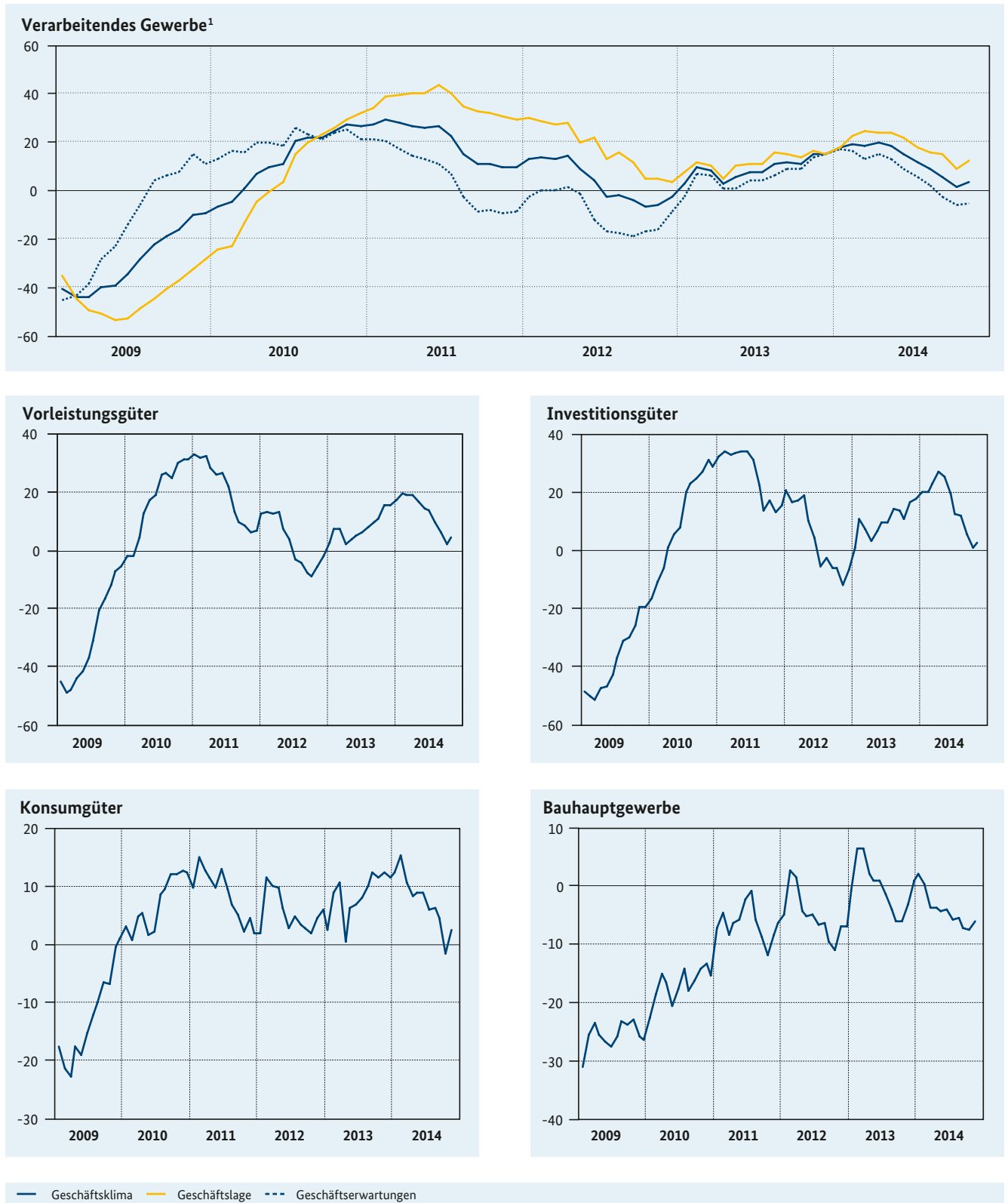
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

### 3. Privater Konsum

#### 3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2012			2013				2014		
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung<sup>1</sup></b>														
Private Konsumausgaben <sup>1</sup>	Index	102,3	103,0	103,8	102,9	102,8	103,1	103,3	103,9	104,2	103,9	104,5	104,6	105,3
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	0,7	0,8	0,1	0,0	0,2	0,2	0,6	0,3	-0,3	0,5	0,1	0,7
	gg. Vj. in %	2,3	0,7	0,8	0,7	0,1	0,4	-0,4	1,0	2,0	0,7	0,9	0,8	1,2
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1620	1652	1681	412	413	414	417	420	423	422	426	428	433
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	3,8	2,0	1,8	0,2	0,1	0,4	0,6	0,8	0,8	-0,3	1,0	0,4	1,2
	gg. Vj. in %	3,8	2,0	1,8	1,8	1,4	1,3	0,2	2,0	3,2	1,8	2,1	2,1	2,4
<b>Einzelhandelsumsätze<sup>1</sup></b>														
		2012	2013	2014	2013				2014					
					1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Einzelhandel</b>	Index	100,9	101,3	-	102,9	102,5	102,2	-	102,4	103,0	101,1	102,7	-	-
<b>(ohne Handel mit Kfz)</b>	gg. Vp. In %	-0,2	0,4	-	1,5	-0,4	-0,3	-	-0,7	0,6	-1,8	1,6	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	-	1,7	1,1	0,9	-	1,2	1,9	-0,4	2,1	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	-	102,0	103,1	101,8	-	102,2	101,6	101,6	102,8	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	-	0,8	1,1	-1,3	-	-1,7	-0,6	0,0	1,2	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	-	0,5	2,2	0,4	-	-0,2	0,0	1,6	1,6	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,2	99,0	-	101,6	99,5	98,5	-	97,3	107,6	90,7	94,0	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	-0,2	-	2,9	-2,1	-1,0	-	-3,9	10,6	-15,7	3,6	-	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,1	-	5,9	-1,5	-1,6	-	-1,3	6,7	-9,4	-3,3	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,7	117,5	-	117,6	121,0	122,9	-	123,8	118,6	126,3	126,9	-	-
	gg. Vp. In %	6,3	1,6	-	0,0	2,9	1,6	-	3,8	-4,2	6,5	0,5	-	-
	gg. Vj. in %	5,9	1,6	-	-0,6	4,4	4,1	-	9,5	0,8	2,2	7,2	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,7	99,8	-	100,7	98,9	97,9	-	97,4	98,3	98,0	98,6	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	-2,8	-	1,9	-1,8	-1,0	-	-1,5	0,9	-0,3	0,6	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-2,9	-	1,2	-2,0	-1,4	-	-3,1	1,5	-2,3	-0,2	-	-
<b>Handel mit Kfz einschl.</b>	Index	103,3	102,0	-	105,8	104,2	104,7	-	104,2	106,0	103,8	-	-	-
<b>Instandhaltung und Reparatur</b>	gg. Vp. In %	-2,1	-1,3	-	1,7	-1,5	0,5	-	0,1	1,7	-2,1	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	-	6,3	1,8	2,4	-	2,7	3,3	1,3	-	-	-
<b>Umsätze im Gastgewerbe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	102,2	100,8	-	102,3	101,3	102,4	-	101,2	103,5	102,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	-1,4	-	0,9	-1,0	1,1	-	0,0	2,3	-1,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,5	-	1,9	1,3	1,0	-	-0,2	1,5	1,6	-	-	-
<b>Pkw-Neuzulassungen<sup>2</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	in Tsd.	3083	2952	-	712	827	743	-	270	213	260	275	250	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	-	5,6	-0,3	4,1	-	6,8	-0,4	5,2	3,7	-1,8	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	-	259	313	273	-	103	81	89	96	82	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-	7,4	-6,6	-2,5	-	-5,0	-2,0	0,1	-5,1	-9,4	-
<b>Verbraucherpreise<sup>3</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	104,1	105,7	-	106,3	106,5	107,0	-	107,0	107,0	107,0	106,7	106,7	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	-	1,2	1,1	0,8	-	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	-	3,1	0,8	0,4	-	0,1	0,3	0,9	0,7	0,0	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	-	1,5	1,5	1,5	-	1,4	1,5	1,4	1,6	1,4	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-	-0,6	-0,1	-0,8	-	-0,7	-0,5	-1,1	-1,6	-1,4	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-	-0,9	-0,1	-0,7	-	-0,4	-0,7	-0,8	-0,5	-0,8	-
<b>Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum</b>														
<b>ifo Geschäftsklima<sup>4</sup></b>	Salden	0,8	1,7	-	7,0	6,7	0,3	-	3,7	-0,8	-2,1	-4,6	-1,6	-
Geschäftslage	Salden	8,6	5,7	-	11,6	13,6	7,8	-	12,6	4,6	6,3	-0,2	0,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,2	-	2,5	0,1	-7,0	-	-4,9	-6,0	-10,2	-9,0	-3,2	-
<b>GfK – Konsumklima<sup>5</sup></b>	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,2	8,5	8,8	8,5	8,9	8,9	8,6	8,4	8,5	8,7
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	40,0	-	48,4	50,4	48,1	-	50,8	47,8	45,6	45,8	46,6	-

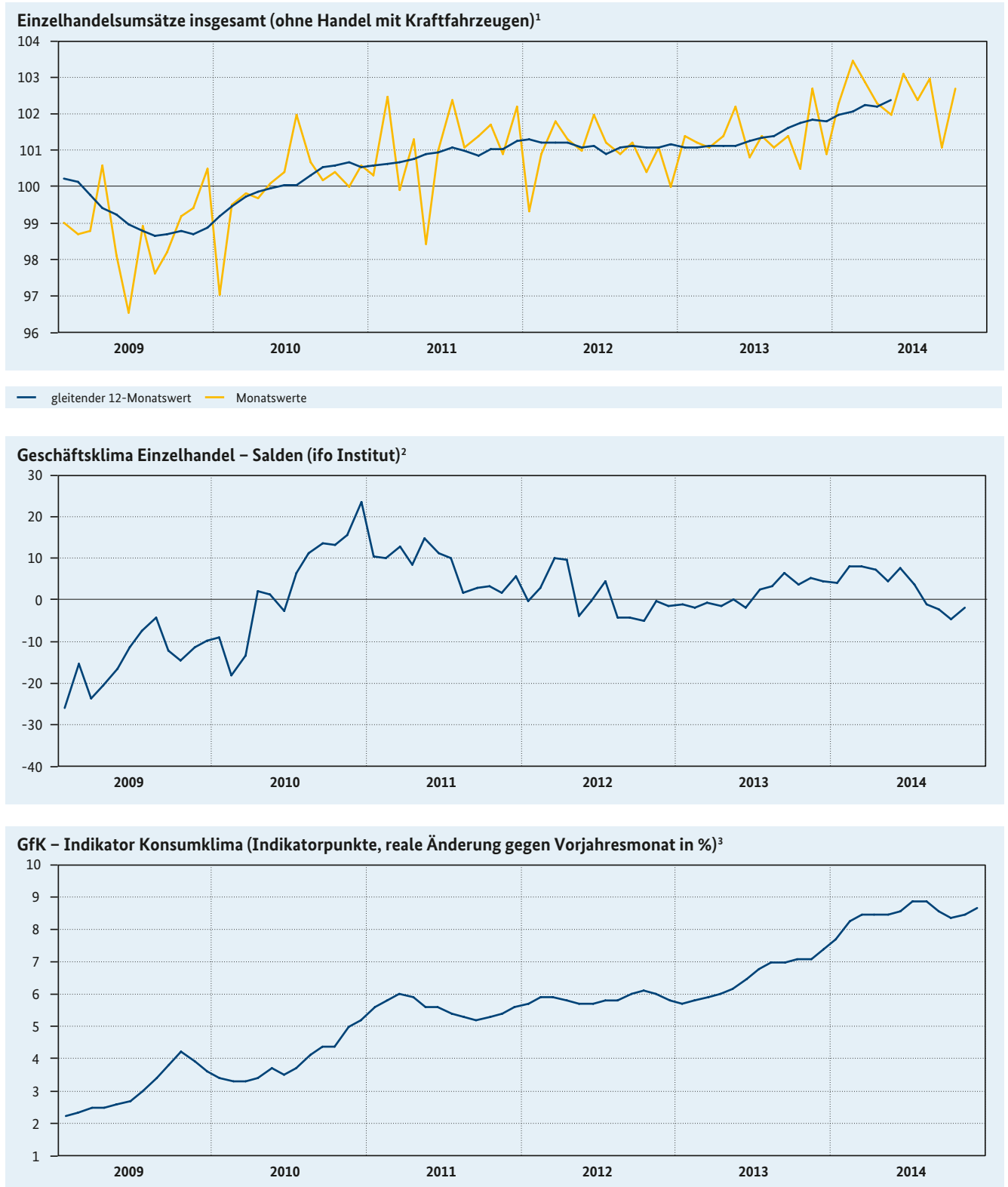
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.



## 3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

## 4. Außenwirtschaft

### 4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
<b>Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)<sup>1</sup></b>														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	163	198	190	50	52	51	59	16,7	17,2	21,1	18,0	20,0	22,6
	gg. Vp. in %	14,8	21,8	-4,1	14,2	2,5	-0,9	15,4	-2,9	2,7	22,4	-14,6	11,3	12,7
Warenhandel	in Mrd. €	161	199	210	54	54	55	61	18,3	18,3	22,2	18,8	19,9	22,9
	gg. Vp. in %	1,6	23,6	5,7	10,7	-1,1	2,7	10,9	-0,8	-0,2	21,7	-15,2	5,6	15,1
Ausfuhr	in Mrd. €	1026	1076	1088	276	276	278	285	92,3	92,6	96,9	91,6	96,6	97,5
	gg. Vp. in %	12,3	5,0	1,1	1,7	0,1	0,5	2,8	-0,3	0,3	4,7	-5,5	5,5	0,9
Einfuhr	in Mrd. €	865	878	878	222	223	223	224	74,0	74,4	74,7	72,8	76,8	74,6
	gg. Vp. in %	14,6	1,5	0,0	-0,3	0,4	-0,1	0,7	-0,2	0,5	0,5	-2,6	5,5	-2,8
Dienstleistungen	in Mrd. €	-33	-36	-48	-12	-8	-9	-11	-2,8	-3,3	-3,2	-3,9	-3,9	-4,1
	gg. Vp. in %	14,0	8,9	32,4	9,5	-30,1	10,9	17,5	-14,5	19,1	-2,7	20,8	-0,8	4,9
Einnahmen	in Mrd. €	178	188	197	50	51	51	52	17,1	17,6	17,2	17,2	17,3	17,4
	gg. Vp. in %	5,0	5,5	4,8	-0,1	2,0	0,8	0,4	2,6	2,6	-2,3	0,1	0,5	0,5
Ausgaben	in Mrd. €	211	224	245	62	59	61	63	19,9	20,9	20,4	21,1	21,1	21,4
	gg. Vp. in %	6,3	6,1	9,2	1,6	-4,2	2,3	3,0	-0,2	4,9	-2,4	3,3	0,3	1,3
Primäreinkommen	in Mrd. €	71	75	72	19	17	16	18	4,7	5,1	5,5	5,7	6,8	6,5
	gg. Vp. in %	33,5	6,2	-4,3	12,8	-8,9	-3,7	9,3	-28,4	9,1	7,2	2,9	19,4	-4,6
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-35	-39	-43	-10	-11	-11	-9	-3,5	-2,9	-3,5	-2,6	-2,8	-2,8
	gg. Vp. in %	-12,1	10,8	11,6	0,6	0,9	3,1	-18,4	-23,2	-17,0	19,8	-23,5	5,3	-1,1

#### Außenhandel nach Ländern<sup>2</sup>

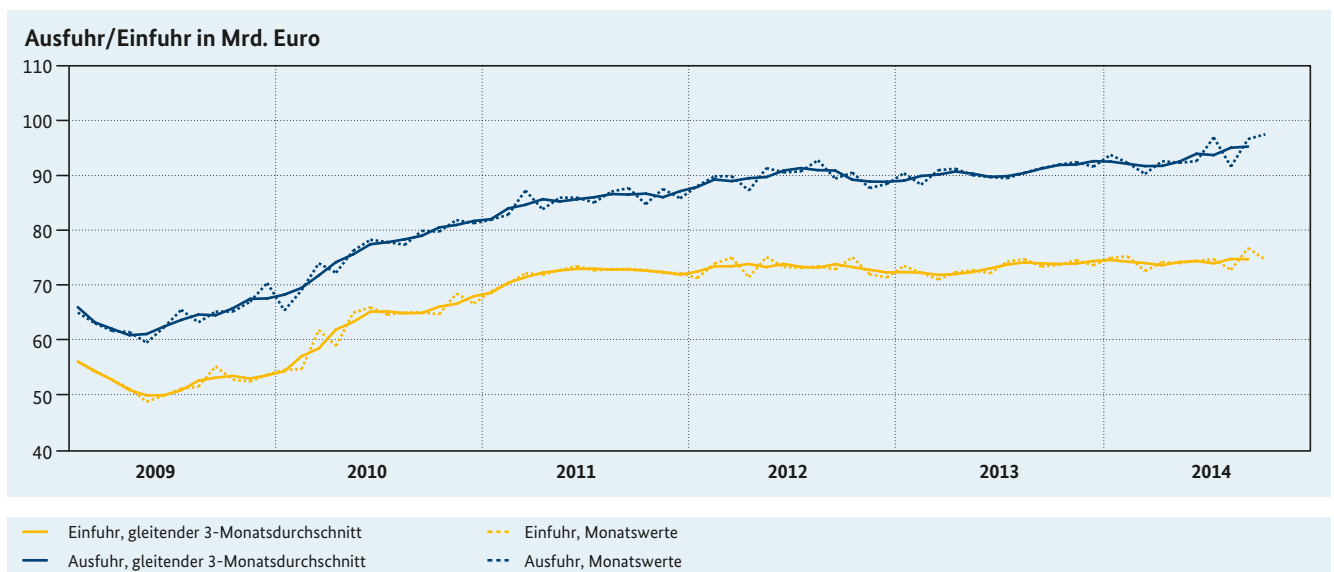
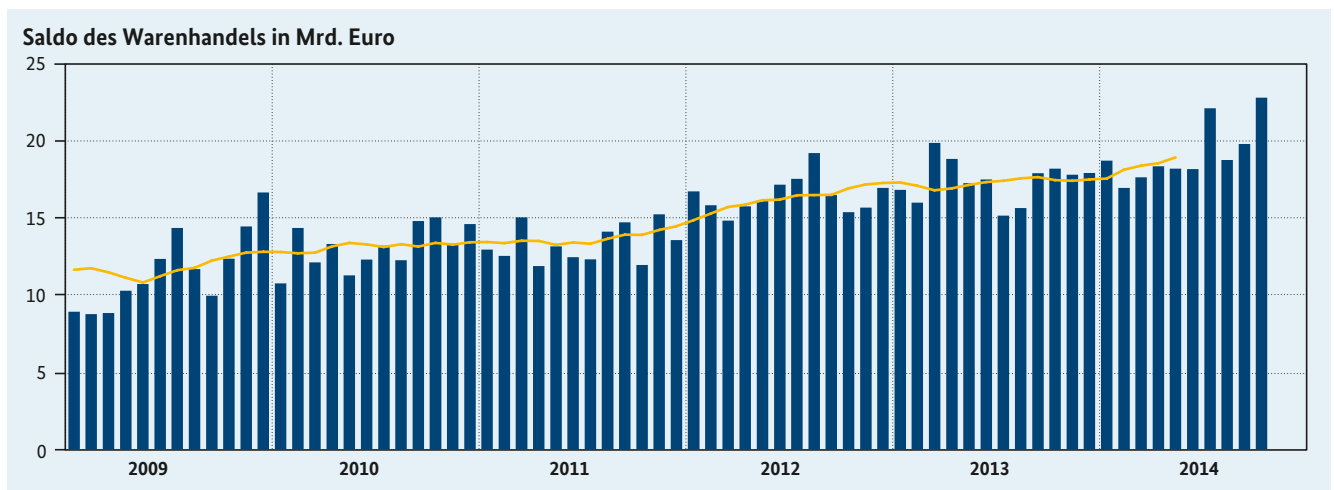
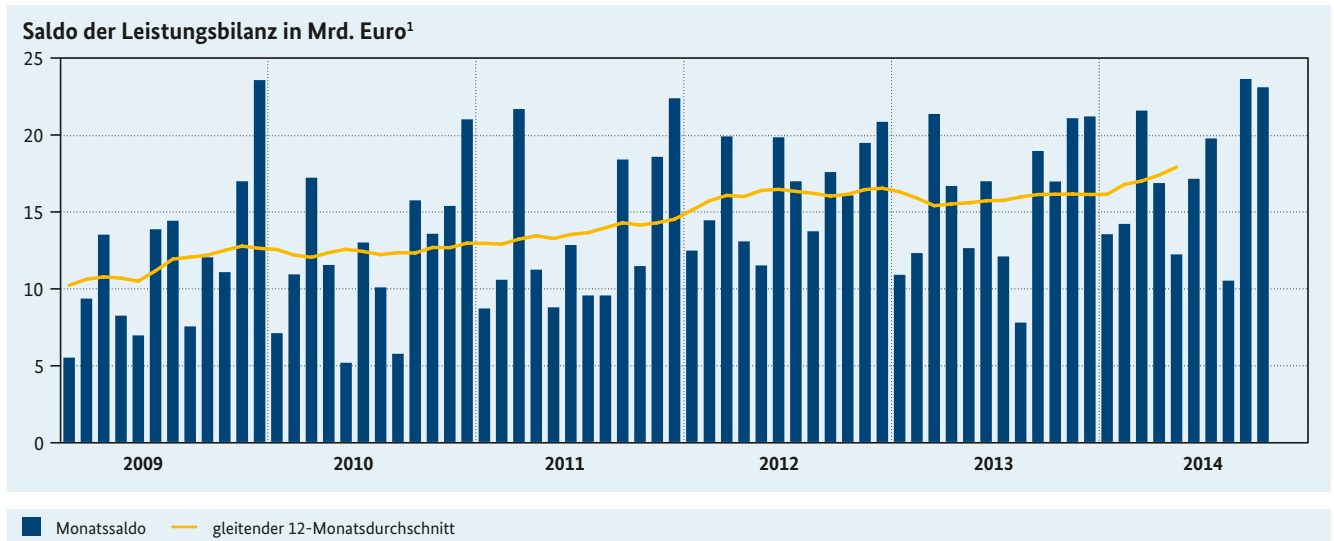
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1061	1096	1093	275	279	279	288	92,1	93,5	101,1	84,1	102,5	103,9
	gg. Vj. in %	11,5	3,3	-0,2	1,7	2,9	1,8	5,7	4,5	1,4	8,7	-0,9	8,6	4,9
EU-Länder	in Mrd. €	-	623	624	157	165	163	163	53,2	54,8	56,9	47,7	58,7	59,7
	gg. Vj. in %	-	-	0,2	3,3	5,0	4,2	6,4	6,1	2,6	9,7	1,9	7,1	3,9
Eurozone <sup>1</sup>	in Mrd. €	-	407	403	101	105	103	101	33,7	34,8	35,6	29,1	36,5	37,5
	gg. Vj. in %	-	-	-0,8	1,8	2,0	2,1	3,5	4,1	0,2	6,4	0,2	3,4	1,9
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	-	216	220	56	60	59	62	19,5	20,0	21,4	18,6	22,2	22,2
	gg. Vj. in %	-	-	2,0	6,1	10,6	8,0	11,5	9,7	7,2	15,7	4,7	13,8	7,6
Drittländer	in Mrd. €	-	473	469	118	114	117	124	38,9	38,7	44,1	36,4	43,9	44,2
	gg. Vj. in %	-	-	-0,8	-0,3	0,1	-1,3	4,7	2,3	-0,3	7,4	-4,4	10,6	6,3
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	903	906	898	226	231	228	228	74,3	76,9	77,6	70,0	80,4	81,9
	gg. Vj. in %	13,2	0,4	-0,9	0,1	3,8	0,7	2,3	-0,5	2,1	0,9	-2,4	8,2	0,9
EU-Länder	in Mrd. €	-	573	579	148	151	150	147	48,5	51,1	50,4	44,3	52,3	54,0
	gg. Vj. in %	-	-	1,0	3,3	5,6	2,8	3,8	-0,2	5,0	2,6	0,1	8,4	1,2
Eurozone	in Mrd. €	-	402	402	102	104	103	101	33,1	35,6	34,5	30,5	35,8	36,7
	gg. Vj. in %	-	-	0,0	2,8	4,8	0,8	2,8	-3,0	3,8	-0,9	0,6	8,7	0,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	-	171	177	46	47	47	46	15,3	15,5	15,8	13,8	16,5	17,3
	gg. Vj. in %	-	-	3,3	4,6	7,5	7,4	6,1	6,3	7,8	11,0	-0,9	7,9	3,6
Drittländer	in Mrd. €	-	333	319	78	80	77	81	25,8	25,8	27,2	25,7	28,1	28,0
	gg. Vj. in %	-	-	-4,0	-5,4	0,5	-3,0	-0,4	-1,2	-3,2	-2,2	-6,3	7,7	0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Ursprungszahlen.

## 4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5. Arbeitsmarkt

### 5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

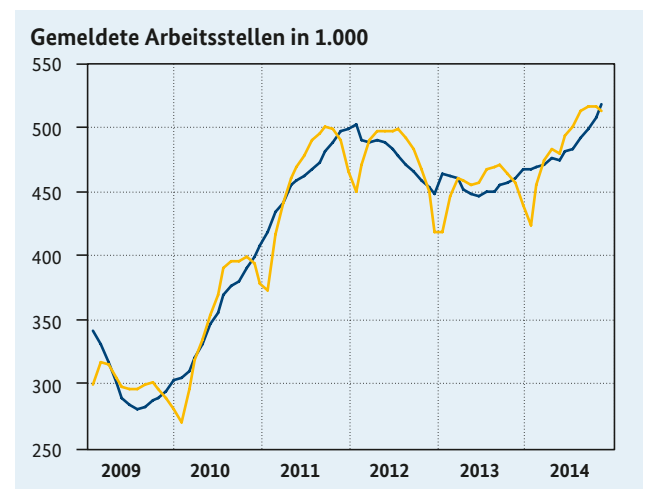
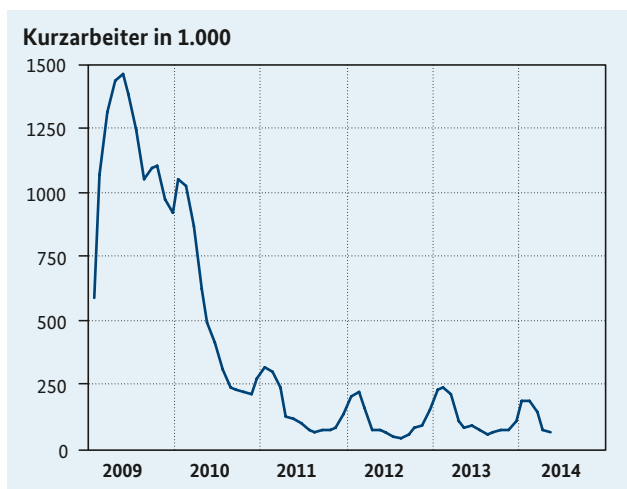
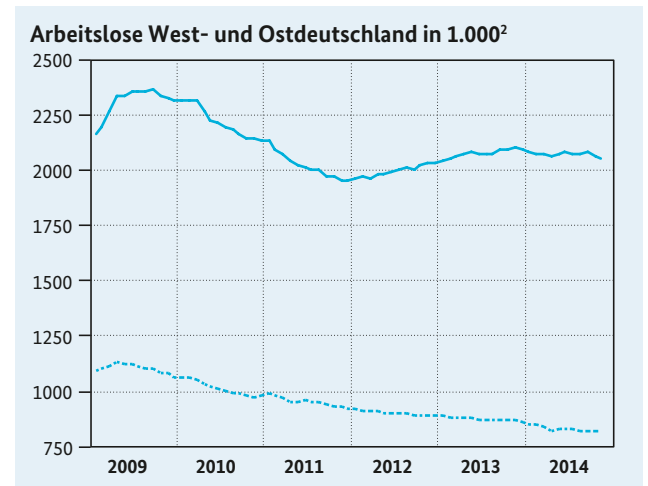
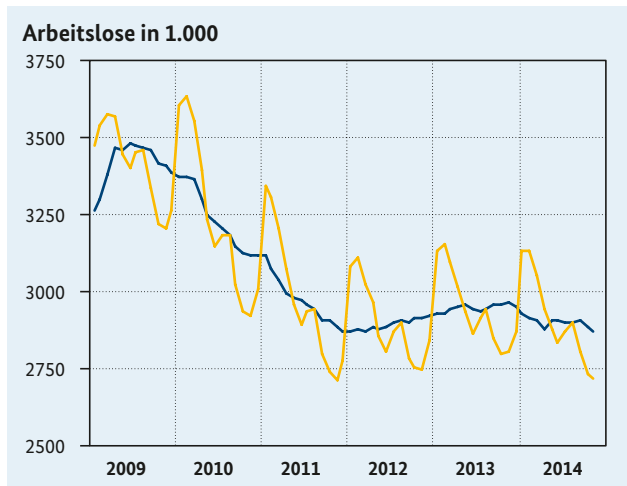
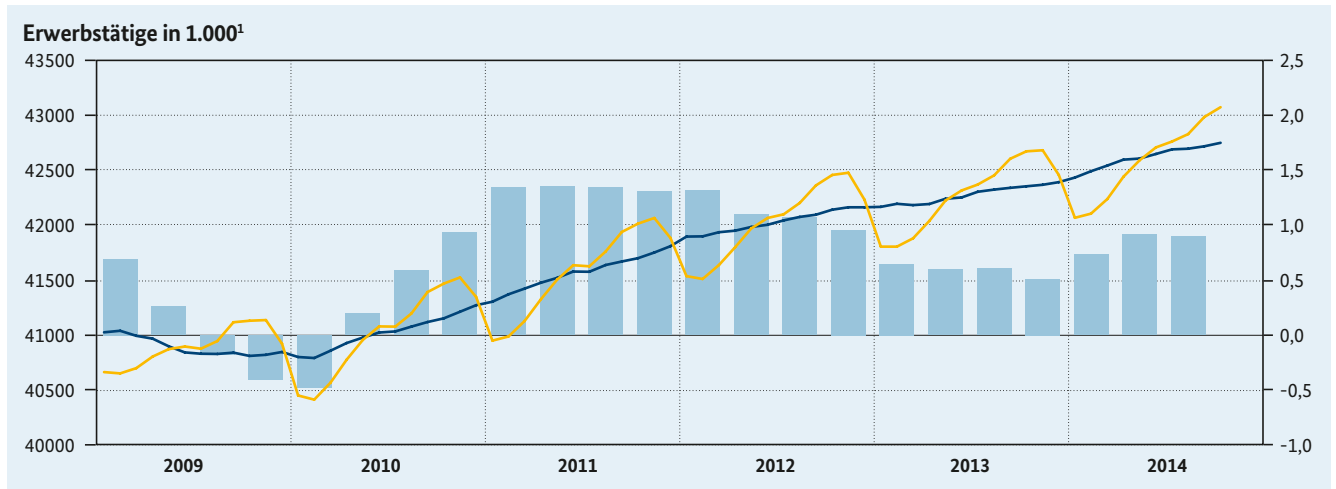
					2013	2014			2014					
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Ursprungszahlen</b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	in Tsd.	41571	42033	42281	42611	42141	42587	42866	42716	42769	42837	42992	43083	-
	gg. Vj. in Tsd.	+550	+462	+248	+217	+307	+389	+384	+395	+394	+377	+381	+403	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	28719	29361	29728	30071	29817	30122	30373	30182	30132	30313	30673	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+688	+642	+367	+352	+450	+518	+505	+566	+536	+470	+508	-	-
Erwerbslose <sup>2</sup>	in Tsd.	2399	2224	2182	2073	2266	2048	2006	2008	1919	2082	2018	1980	-
	gg. Vj. in Tsd.	-422	-175	-43	-60	-109	-117	-108	-193	-237	+4	-92	-121	-
Erwerbslosenquote	in %	5,8	5,4	5,2	5,0	5,4	4,9	4,8	4,8	4,6	4,9	4,8	4,7	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	in Tsd.	2976	2897	2950	2827	3109	2886	2860	2833	2871	2902	2808	2733	2717
	gg. Vj. in Tsd.	-262	-79	+53	+45	-21	-55	-43	-32	-43	-44	-41	-68	-89
SGB II	in Tsd.	2084	1995	1981	1936	2031	1986	1951	1964	1963	1968	1923	1896	1882
	gg. Vj. in Tsd.	-79	-89	-14	+32	+9	-10	-18	-3	-9	-22	-22	-35	-43
SGB III	in Tsd.	893	902	970	891	1078	900	909	869	909	934	885	836	834
	gg. Vj. in Tsd.	-183	+10	+67	+13	-30	-45	-25	-29	-34	-22	-19	-33	-47
Westdeutschland	in Tsd.	2027	2000	2080	2010	2192	2063	2073	2034	2076	2105	2037	1974	1957
	gg. Vj. in Tsd.	-201	-27	+80	+67	+22	-5	-1	+5	-1	-2	0	-24	-39
Ostdeutschland	in Tsd.	950	897	870	818	917	823	788	799	796	797	771	758	760
	gg. Vj. in Tsd.	-62	-53	-27	-21	-43	-49	-42	-37	-42	-42	-41	-45	-50
Arbeitslosenquote	in %	7,1	6,8	6,9	6,6	7,2	6,6	6,6	6,5	6,6	6,7	6,5	6,3	6,3
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,1	5,8	6,3	5,9	5,9	5,8	5,9	6,0	5,8	5,6	5,6
Ostdeutschland	in %	11,3	10,7	10,3	9,7	10,9	9,7	9,3	9,5	9,4	9,4	9,1	9,0	9,0
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	684	648	648	635	688	586	641	548	668	641	614	666	612
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	704	643	645	627	628	660	649	598	629	611	707	741	628
Kurzarbeit <sup>4</sup>	in Tsd.	100	67	77	61	58	56	40	52	40	33	47	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-329	-34	+10	-15	-43	-31	-17	-34	-28	-14	-9	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	4212	3928	3901	3777	4021	3807	3735	3745	3755	3757	3692	3638	3638
	gg. Vj. in Tsd.	-535	-284	-27	-19	-57	-102	-106	-95	-113	-106	-100	-113	-129
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	466	478	457	455	452	487	512	495	502	515	518	517	515
	gg. Vj. in Tsd.	+107	+11	-21	+8	+9	+28	+41	+36	+33	+44	+46	+51	+57
<b>saisonbereinigte Angaben<sup>5</sup></b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	gg. Vp. in Tsd.	+550	+463	+248	+50	+118	+129	+84	+41	+42	+6	+22	+33	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+688	+643	+366	+97	+162	+139	+108	+76	+28	-2	+67	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-416	-183	-47	-21	-24	-24	-9	-4	-2	0	-6	-14	-
Erwerbslosenquote	in %	5,9	5,4	5,2	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	gg. Vp. in Tsd.	-262	-76	+53	+15	-43	-20	+3	+6	-13	+1	+9	-23	-14
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-80	-91	-12	+17	-21	-15	+1	+2	-2	-5	+6	-6	-5
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-182	+15	+65	-2	-21	-5	+1	+4	-11	+6	+3	-17	-10
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-201	-24	+80	+16	-21	-5	+8	+5	-5	+2	+10	-19	-9
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-1	-21	-16	-4	+1	-7	-1	-1	-4	-5
Arbeitslosenquote	in %	7,0	6,8	6,9	6,9	6,8	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7	6,6	6,6
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,0	6,1	6,0	5,9	5,9	6,0	5,9	5,9	6,0	5,9	5,9
Ostdeutschland	in %	11,3	10,6	10,3	10,2	9,9	9,8	9,7	9,8	9,7	9,7	9,7	9,7	9,6
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-534	-282	-26	-22	-28	-35	-25	-4	-21	-2	0	-24	-17
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+107	+12	-20	+10	+8	+7	+14	+8	+1	+10	+6	+9	+10
<b>Indizes</b>														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	109,4	107,1	106,2	107,2	107,5	106,7	106,3	106,0	106,0	107,0	106,0	106,9	105,4
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,8	98,7	99,8	100,4	101,2	100,1	100,1	99,8	99,9	100,3	100,2	100,5	100,9
BA-X Stellenindex	Index	168,3	166,2	159,0	156,3	157,7	168,0	176,7	171,0	175,0	178,0	177,0	178,0	174,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)   
 — Ursprungswerte   
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA  
— Arbeitslose Westdeutschland   
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 6. Preise

### 6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

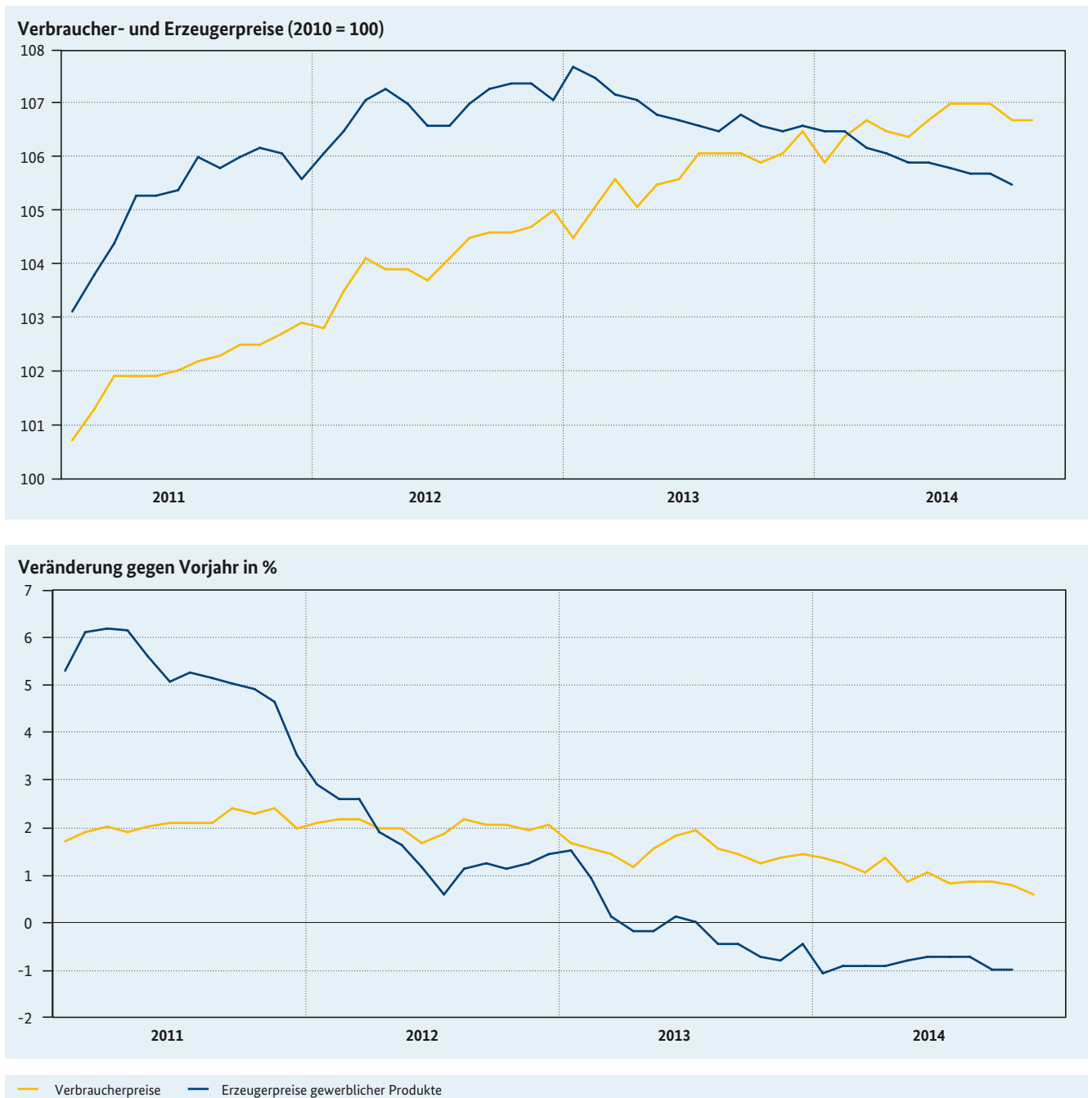
Bundesrepublik Deutschland

		2011	2012	2013	2013	2014	2014			2014				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Verbraucherpreise<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt (Ursprungszahlen)</b>	Index	102,1	104,1	105,7	106,2	106,3	106,5	107,0	106,7	107,0	107,0	107,0	106,7	106,7
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,3	+1,1	+1,0	+0,8	+1,0	+0,8	+0,8	+0,8	+0,8	+0,6
Waren	Index	103,1	105,9	107,7	108,0	107,9	108,2	108,0	108,1	107,8	107,7	108,4	108,0	107,7
	gg. Vj. in %	+3,1	+2,7	+1,7	+1,2	+0,7	+0,3	+0,2	+0,3	+0,1	+0,2	+0,3	-0,1	-0,2
Verbrauchsgüter	Index	104,9	109,0	111,5	111,6	112,0	112,1	112,1	112,2	112,2	111,9	112,1	111,6	111,1
	gg. Vj. in %	+4,9	+3,9	+2,3	+1,8	+0,9	+0,6	+0,2	+0,5	+0,1	+0,2	+0,2	+0,1	-0,2
darunter:	Index	102,2	105,7	110,4	110,9	112,6	111,7	110,9	111,5	111,3	110,6	110,9	110,9	110,4
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+4,4	+3,7	+3,0	+0,7	+0,4	0,0	+0,1	+0,3	+0,9	+0,7	0,0
darunter:	Index	109,4	115,8	120,6	120,3	120,2	120,1	120,0	120,1	119,9	120,0	120,0	118,8	118,4
Haushaltsenergie <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+9,4	+5,9	+4,1	+2,6	-0,6	-0,1	-0,7	+0,1	-0,7	-0,5	-1,1	-1,6	-1,4
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	100,9	102,7	104,1	105,6	104,0	105,3	103,9	104,4	102,3	103,1	106,2	106,1	106,4
	gg. Vj. in %	+0,9	+1,8	+1,4	+0,8	+1,1	+0,5	+0,8	+0,3	+0,5	+0,8	+1,0	0,0	+0,3
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,8	98,0	97,4	97,2	97,0	96,9	96,9	97,1	97,1	97,0	96,7	96,6	96,6
	gg. Vj. in %	-1,2	-0,8	-0,6	-0,5	-0,7	-0,7	-0,4	-0,3	-0,3	-0,2	-0,5	-0,7	-0,6
Dienstleistungen	Index	101,1	102,4	103,8	104,4	104,8	105,0	106,1	105,4	106,2	106,3	105,8	105,6	105,8
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,3	+1,4	+1,4	+1,7	+1,7	+1,5	+1,6	+1,5	+1,4	+1,5	+1,7	+1,4
darunter:	Index	101,3	102,5	103,8	104,3	104,8	105,2	105,5	105,3	105,4	105,6	105,6	105,8	105,9
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	+1,3	+1,4	+1,5	+1,5	+1,4	+1,5	+1,4	+1,5	+1,4	+1,6	+1,4
<b>Insgesamt ohne Energie</b>	Index	101,1	102,6	104,2	104,9	105,2	105,3	105,9	105,4	105,8	105,9	105,9	105,8	105,9
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,5	+1,6	+1,5	+1,7	+1,3	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	+1,2	+1,0
Energie	Index	110,1	116,4	118,0	116,9	116,1	116,9	116,6	117,3	117,0	116,4	116,5	114,8	113,5
	gg. Vj. in %	+10,1	+5,7	+1,4	+0,1	-2,0	-0,8	-1,9	-0,3	-1,5	-1,9	-2,2	-2,3	-2,5
<b>Insgesamt (saisonbereinigt<sup>3</sup>)</b>	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,4	106,7	106,9	106,7	106,8	106,9	107,1	106,9	106,8
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,3	+1,3	+1,0	+0,8	+0,9	+0,8	+0,8	+0,9	+0,8	+0,7
<b>HVPI<sup>4</sup></b>	Index	111,1	113,5	115,3	115,7	115,9	116,1	116,6	116,3	116,6	116,6	116,6	116,2	116,2
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,2	+1,6	+1,3	+1,0	+1,0	+0,8	+1,0	+0,8	+0,8	+0,8	+0,7	+0,5
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte<sup>5</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	105,3	107,0	106,9	106,6	106,4	106,0	105,7	105,9	105,8	105,7	105,7	105,5	-
	gg. Vj. in %	+5,3	+1,6	-0,1	-0,7	-1,0	-0,8	-0,8	-0,7	-0,8	-0,8	-1,0	-1,0	-
Vorleistungsgüter	Index	105,6	105,8	104,6	103,8	103,7	103,5	103,6	103,4	103,6	103,6	103,6	103,6	-
	gg. Vj. in %	+5,6	+0,2	-1,1	-1,9	-1,9	-1,3	-0,4	-1,1	-0,5	-0,4	-0,3	-0,3	-
Investitionsgüter	Index	101,2	102,2	103,0	103,1	103,3	103,4	103,5	103,5	103,5	103,5	103,6	103,7	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+0,8	+0,7	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	103,5	106,3	108,4	109,0	109,2	109,4	109,3	109,4	109,5	109,4	109,1	108,5	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,7	+2,0	+1,5	+1,3	+1,2	+0,5	+0,9	+0,7	+0,6	+0,1	-0,5	-
Gebrauchsgüter	Index	101,7	103,3	104,3	104,6	105,4	105,6	105,8	105,7	105,8	105,8	105,9	105,9	-
	gg. Vj. in %	+1,7	+1,6	+1,0	+1,1	+1,2	+1,2	+1,3	+1,3	+1,4	+1,3	+1,3	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	103,8	106,8	109,0	109,6	109,7	109,9	109,8	110,0	110,0	109,9	109,6	108,9	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+2,9	+2,1	+1,6	+1,3	+1,1	+0,3	+0,9	+0,6	+0,4	0,0	-0,6	-
Energie	Index	109,7	113,0	112,0	111,3	110,4	108,8	107,8	108,6	107,9	107,7	107,8	107,3	-
	gg. Vj. in %	+9,7	+3,0	-0,9	-1,7	-2,7	-2,7	-3,4	-2,4	-3,2	-3,1	-3,8	-3,6	-
<b>Baupreise<sup>6</sup></b>														
Wohngebäude	Index	102,8	105,4	107,5	108,1	108,9	109,2	109,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,8	+2,5	+2,0	+2,0	+2,0	+1,7	+1,7	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	102,5	106,3	108,9	109,6	109,7	110,0	110,8	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+3,7	+2,4	+2,2	+1,7	+1,2	+1,3	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

## 6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



## 6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2013	2014			2014					
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Weltmarktpreise für Rohstoffe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	128,6	125,1	122,5	122,4	121,6	124,1	117,4	125,8	122,5	117,3	112,4	102,7	94,1
	gg. Vj. in %	+28,6	-2,8	-2,0	+0,9	-2,8	+5,4	-6,0	+6,7	-0,2	-6,7	-10,9	-16,6	-22,0
Nahrungs- und Genussmittel	Index	129,0	122,5	109,1	101,2	108,0	116,8	100,4	112,9	103,8	101,8	95,5	97,6	99,5
	gg. Vj. in %	+29,2	-5,1	-10,9	-17,8	-7,8	+3,0	-4,0	-1,1	-3,9	-1,0	-7,1	-3,9	-0,8
Industrie-Rohstoffe	Index	114,4	96,3	93,6	93,0	91,1	90,0	90,5	88,9	91,4	91,5	88,6	86,1	85,1
	gg. Vj. in %	+14,4	-15,8	-2,7	-0,5	-7,7	-1,6	-0,8	-0,3	+2,1	-1,3	-3,2	-7,2	-7,9
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	131,4	130,9	129,1	129,6	128,5	131,3	123,8	133,9	129,9	123,4	118,2	106,2	95,5
	gg. Vj. in %	+31,4	-0,4	-1,4	+2,3	-1,7	+6,6	-6,7	+8,2	-0,2	-7,7	-12,1	-18,7	-25,0
<b>Außenhandelspreise<sup>2</sup></b>														
<b>Einfuhrpreise insgesamt</b>	Index	106,4	108,7	105,9	104,9	104,5	103,9	103,6	104,0	103,6	103,5	103,8	103,5	-
	gg. Vj. in %	+6,4	+2,2	-2,6	-2,7	-2,8	-1,9	-1,7	-1,2	-1,7	-1,9	-1,6	-1,2	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	107,5	111,6	112,6	111,6	113,1	112,2	111,1	111,4	110,7	111,1	111,4	111,3	-
	gg. Vj. in %	+7,5	+3,8	+0,9	-0,9	-0,6	-1,0	-0,4	-0,6	-1,0	-0,2	0,0	+0,3	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	106,3	108,4	105,3	104,2	103,7	103,1	102,9	103,3	102,9	102,7	103,1	102,7	-
	gg. Vj. in %	+6,3	+2,0	-2,9	-2,9	-3,0	-2,0	-1,9	-1,2	-1,8	-2,1	-1,7	-1,4	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	122,7	126,8	118,1	115,3	113,7	111,5	109,1	112,0	109,9	108,5	109,0	106,8	-
	gg. Vj. in %	+22,7	+3,3	-6,9	-7,0	-7,9	-4,6	-6,7	-2,9	-5,4	-7,4	-7,2	-7,3	-
Fertigwaren	Index	101,2	102,7	101,3	100,7	100,6	100,4	100,9	100,6	100,7	100,9	101,2	101,4	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,5	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,2	-0,6	-0,5	-0,2	+0,1	+0,6	-
<b>Ausfuhrpreise insgesamt</b>	Index	103,3	104,9	104,3	103,9	103,9	103,9	104,2	104,0	104,1	104,1	104,3	104,2	-
	gg. Vj. in %	+3,3	+1,5	-0,6	-1,0	-0,8	-0,5	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	+0,1	+0,3	-
<b>Terms of Trade</b>	Verhältnis	97,1	96,6	98,5	99,0	99,4	100,1	100,5	100,0	100,5	100,6	100,5	100,7	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-0,5	+2,0	+1,7	+1,9	+1,5	+1,7	+1,1	+1,6	+1,8	+1,7	+1,6	-
<b>Wechselkurs des Euro</b>														
in US-Dollar	Kurs	1,39	1,29	1,33	1,36	1,37	1,37	1,33	1,36	1,35	1,33	1,29	1,27	1,25
	gg. Vj. in %	+4,9	-7,6	+3,3	+4,9	+3,7	+4,9	0,0	+3,1	+3,5	0,0	-3,3	-7,1	-7,6
in Yen	Kurs	111,0	102,6	129,7	136,7	140,8	140,0	137,7	138,7	137,7	137,1	138,4	136,9	145,0
	gg. Vj. in %	-4,7	-7,6	+26,3	+29,7	+15,5	+8,5	+5,1	+8,0	+5,6	+5,2	+4,5	+2,6	+7,5
in Pfund-Sterling	Kurs	0,87	0,81	0,85	0,84	0,83	0,81	0,79	0,80	0,79	0,80	0,79	0,79	0,79
	gg. Vj. in %	+1,1	-6,5	+4,7	+4,1	-2,8	-4,2	-7,1	-5,6	-8,0	-7,2	-6,0	-6,9	-5,6
<b>Effektive Wechselkurse des Euro<sup>3</sup></b>														
nominal	Index	103,4	97,9	101,7	103,1	103,9	103,8	101,6	103,0	102,6	101,9	100,4	99,6	99,5
	gg. Vj. in %	-0,3	-5,3	+3,8	+5,3	+3,1	+2,9	-0,3	+1,4	+1,0	-0,3	-1,6	-3,2	-3,0
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	100,7	95,6	98,9	100,0	100,7	100,1	97,9	99,3	98,8	98,2	96,7	95,7	95,6
	gg. Vj. in %	-0,9	-5,1	+3,5	+4,6	+2,4	+1,9	-1,3	+0,3	-0,1	-1,3	-2,5	-4,1	-4,0
<b>Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft<sup>4</sup></b>														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,3	96,1	98,4	99,0	99,2	98,9	98,4	98,6	98,7	98,5	98,2	97,6	97,8
	gg. Vj. in %	-0,6	-2,3	+2,4	+3,0	+1,5	+0,8	-0,2	+0,3	+0,1	-0,1	-0,4	-1,3	-1,1
56 Länder	Index	91,8	88,9	90,9	91,9	92,6	92,1	91,2	91,7	91,6	91,3	90,6	90,2	90,2
	gg. Vj. in %	-0,6	-3,1	+2,2	+3,5	+2,8	+2,1	-0,1	+0,9	+0,7	-0,1	-0,8	-1,6	-1,5

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010 = 100;

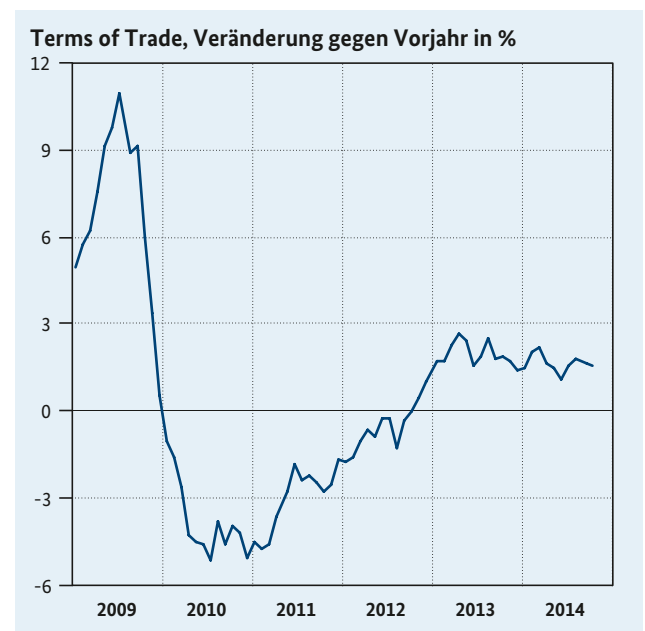
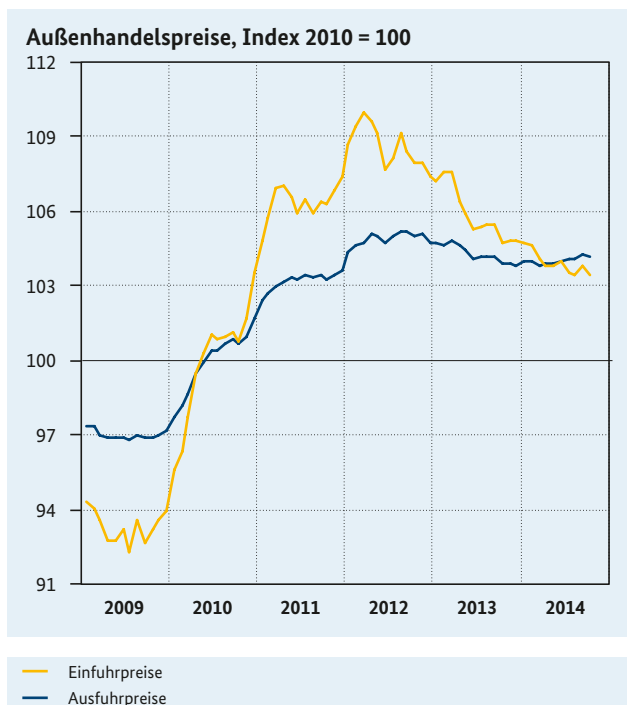
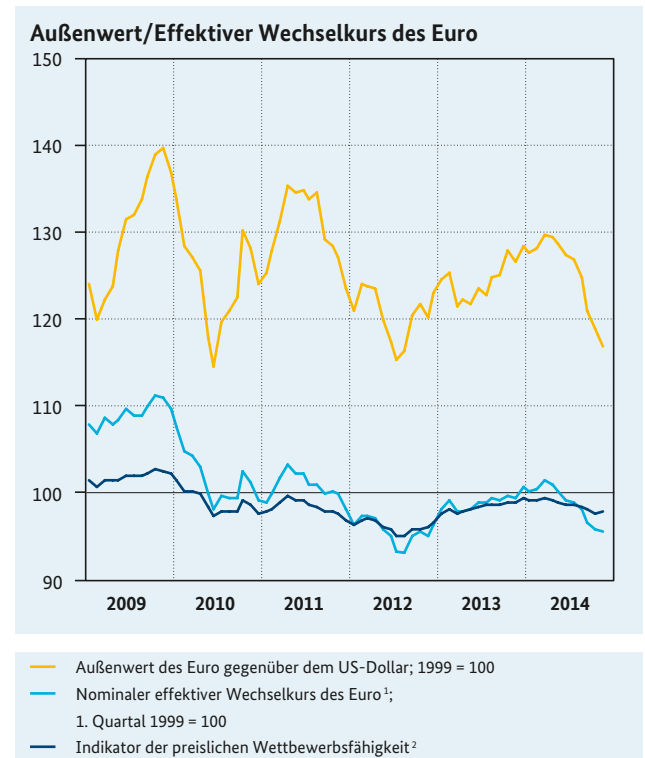
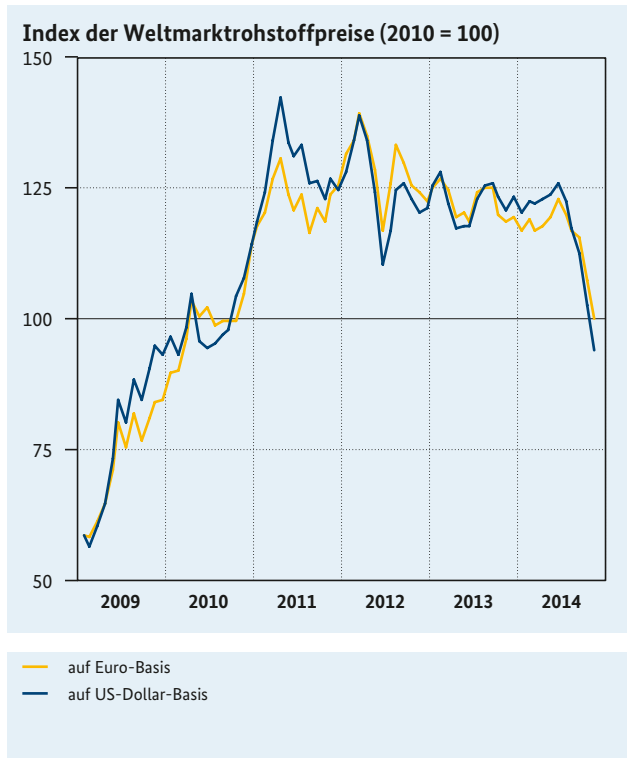
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-20 Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den zehn nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.



## 6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

## 7. Monetäre Entwicklung

### 7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2013	2014			2014					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Geldmarktsätze, Umlaufrenditen</b> (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats EUREPO	Zinssatz	0,06	0,04	-	0,09	0,14	0,13	0,00	0,06	0,03	0,02	-0,05	-0,06	-0,05
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	-	0,24	0,30	0,30	0,16	0,24	0,21	0,19	0,10	0,08	0,08
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	-	0,35	0,40	0,39	0,26	0,33	0,30	0,29	0,20	0,18	0,18
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	-	0,53	0,56	0,57	0,44	0,51	0,49	0,47	0,36	0,34	0,33
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-EUREPO	Zinssatz	0,51	0,18	-	0,15	0,15	0,17	0,16	0,18	0,17	0,15	0,14	0,13	0,00
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	-	0,48	0,45	0,29	0,12	0,20	0,18	0,12	0,06	0,03	0,02
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	-	1,06	1,01	0,74	0,51	0,63	0,60	0,48	0,44	0,35	0,29
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	-	1,75	1,61	1,35	0,99	1,26	1,11	0,95	0,92	0,79	0,72
<b>Geldmenge</b>														
Wachstum der Geldmenge M1 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	4,2	7,0	-	6,2	6,0	5,2	5,9	5,4	5,6	5,9	6,2	6,2	-
Wachstum der Geldmenge M2 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	3,3	4,0	-	2,9	2,3	2,1	2,7	2,3	2,5	2,7	3,0	2,7	-
Wachstum der Geldmenge M3 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	3,0	2,3	-	1,3	1,1	1,1	2,1	1,6	1,8	2,0	2,5	2,5	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	3,0	2,3	-	1,4	1,2	1,2	2,1	1,5	1,8	2,1	2,3	-	-
<b>Kredite</b>														
an den privaten Sektor im Euroraum <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-	-1,5	-2,4	-2,6	-1,9	-2,3	-1,8	-1,9	-1,9	-1,6	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-	-1,9	-2,3	-2,0	-1,4	-1,8	-1,4	-1,5	-1,3	-1,1	-
an den privaten Sektor in Deutschland <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	-	+0,2	+0,1	+0,5	+1,4	+0,4	+1,1	+1,4	+1,7	+1,5	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	-	0,0	0,0	+0,4	+1,1	+0,1	+0,7	+1,2	+1,4	+1,3	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-	-1,1	-0,8	-0,1	+0,2	+0,1	-0,1	+0,2	+0,5	+0,6	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-	-5,3	-5,2	-2,5	-2,1	-0,5	-1,4	-2,3	-2,8	-2,8	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	-	-1,8	-0,9	+2,2	+0,9	+1,7	+0,1	+0,5	+2,1	+2,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	-	+0,1	+0,3	+0,1	+0,7	0,0	+0,2	+0,8	+1,0	+1,0	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	-	+1,0	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+1,4	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	-	+2,2	+2,0	+2,0	+2,1	+2,0	+2,0	+2,1	+2,2	+2,3	-
<b>Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)</b>														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) <sup>3</sup>	Index	6857	8307	-	9085	9455	9705	9555	9927	9752	9273	9639	8982	9490
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	-	+9,1	+4,1	+2,6	-1,5	+2,3	-1,8	-4,9	+3,9	-6,8	+5,7
Dow Jones Euro Stoxx (50) <sup>4</sup>	Index	2415	2793	-	3020	3091	3213	3172	3272	3192	3089	3233	3030	3126
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	-	+8,4	+2,3	+3,9	-1,3	+2,3	-2,4	-3,2	+4,7	-6,3	+3,2
Standard & Poor's 500 <sup>4</sup>	Index	1379	1642	-	1771	1835	1901	1976	1947	1974	1962	1994	1937	2046
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	-	+5,8	+3,6	+3,6	+4,0	+3,0	+1,4	-0,6	+1,6	-2,8	+5,6
Nikkei 225 <sup>4</sup>	Index	9114	13540	-	14974	14994	14651	15564	15132	15372	15359	15960	15390	17150
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	-	+5,8	+0,1	-2,3	+6,2	+5,4	+1,6	-0,1	+3,9	-3,6	+11,4

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

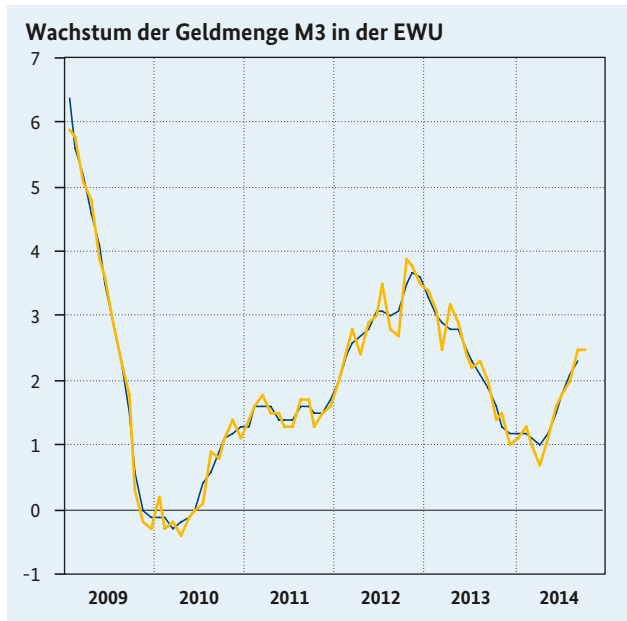
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Ursprungszahlen;

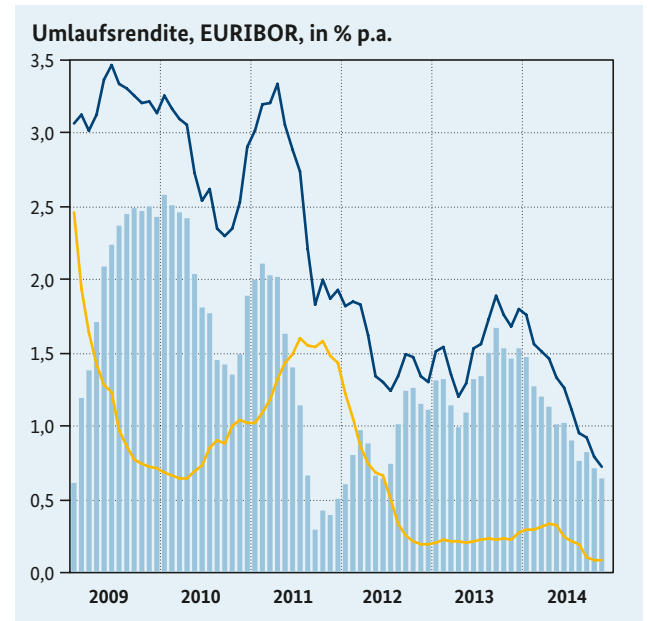
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

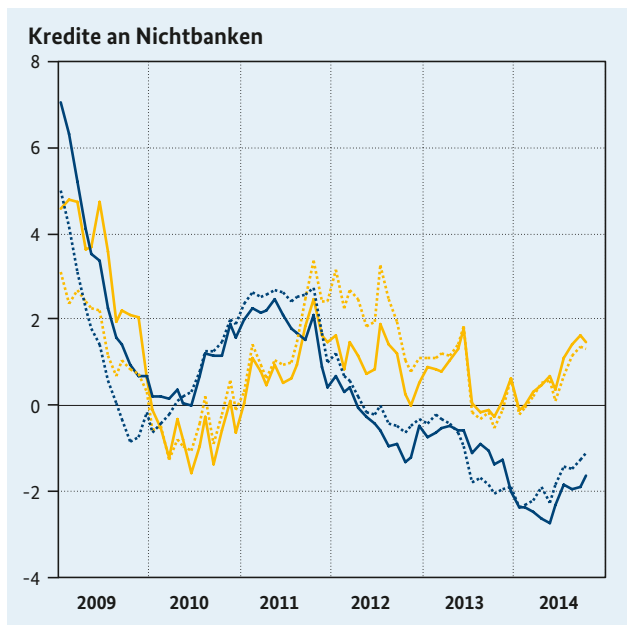
## 7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



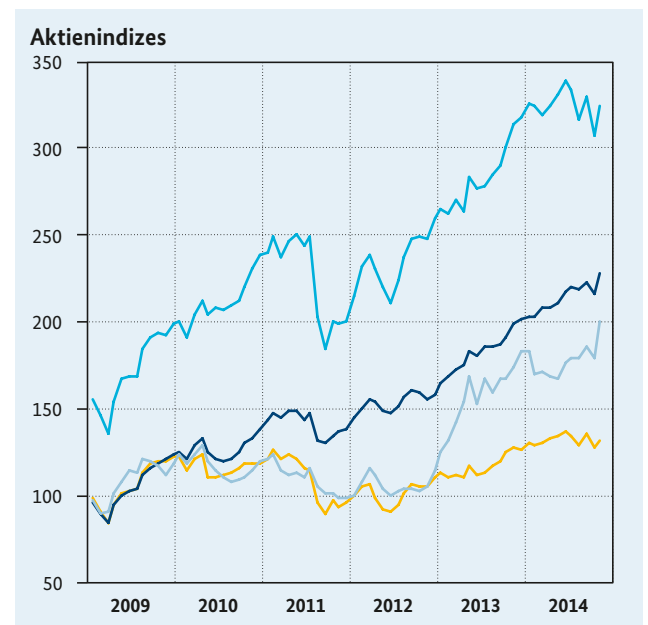
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %<sup>1</sup>  
 — monatlich  
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld<sup>2</sup>  
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit<sup>2</sup>  
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %  
 — Deutschland  
 — EWU  
 - - - Buchkredite Deutschland  
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100  
 — DAX 30<sup>3</sup>  
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)<sup>4</sup>  
 — Standard & Poor's 500<sup>4</sup>  
 — Nikkei 225<sup>4</sup>

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

## Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

#### **Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:**

Elena Brosch-Pahlke und Dr. Alexander Renner  
(Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz)

Sabine Döhmer und Tobias Zuchtriegel  
(Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ostdeutschland – ein politischer Auftrag)

Dr. Sven Reutzel  
(Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt, Mathias Kesting,  
Miriam Trolldenier  
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne  
an [sdw@bmwi.bund.de](mailto:sdw@bmwi.bund.de) richten.

# Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
<b>Januar 2014</b>	Das Wunder von Bali: die multilaterale Handelspolitik ist zurück EU-Finanzien im Zeichen der Zeit Versteckte Talente entdecken
<b>Februar 2014</b>	Wettbewerbsaufsicht in Deutschland: das Bundeskartellamt Mehr Licht! COSME: Große Hilfe für kleine Unternehmen Sukuk Murabaha und Sukuk Musharaka Innovationsförderung in der EU – auf zu neuen Horizonten Ökonomische Bedeutung des Wintersports in Deutschland
<b>März 2014</b>	Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 Ohne Energieeffizienz keine Energiewende Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft
<b>April 2014</b>	Bioökonomie: Mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaften
<b>Mai 2014</b>	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft – Aufschwung auf breitem Fundament Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss Regionale Wirtschaftspolitik Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung
<b>Juni 2014</b>	Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte
<b>Juli 2014</b>	Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien
<b>August 2014</b>	Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende Neue Technologien gehen uns alle an Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen Start des EEG-Anlagenregisters
<b>September 2014</b>	Reform des EEG Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft
<b>Oktober 2014</b>	Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland Kohlendioxid-speicherung – Quo vadis? Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann

Ausgabe	Fachartikel
<b>November 2014</b>	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
<b>Dezember 2014</b>	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik  
finden Sie im Internet unter  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>

---







